

**Enquete-Kommission**

**Protokoll**

9. Sitzung (öffentlich)

18. März 2011

Potsdam - Haus des Landtages

10.00 Uhr bis 16.10 Uhr

**Vorsitz:**

Susanne Melior (SPD)  
stellvertretender Vorsitzender Dombrowski  
(TOP 2 und 3)

**Protokoll:**

stenografischer Dienst (TOP 2, 3 und 4)  
Dr. Christina Trittel  
Dr. Andreas Stirn

**Anwesende**

**Kommissionsmitglieder:**

Susanne Melior (SPD)  
Thomas Günther (SPD)  
Kerstin Kaiser (DIE LINKE)  
Peer Jürgens (DIE LINKE)  
Dieter Dombrowski (CDU)  
Linda Teuteberg (FDP)  
Axel Vogel (GRÜNE/B90)  
stellvertretend Sabine Niels  
(GRÜNE/B90)

Dr. Jörg Kürschner  
Prof. Dr. Wolfgang Merkel  
Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs  
Prof. Dr. Klaus Schroeder  
Prof. Dr. Richard Schröder  
Dr. Reinhard Stolze

**Gutachter:**

Prof. Dr. Jürgen Angelow  
Prof. Dr. Johannes Weberling

**Anzuhörende:**

Prof. Dr. Rainer Eckert (Direktor Zeitge-  
schichtliches Forum Leipzig)  
Birgit Willschütz (Zeitzeugin)  
Prof. Dr. Günter Morsch (Direktor Stiftung  
Brandenburgische Gedenkstätten)  
Victoria Heydecke (AG Lager Sachsen-  
hausen 1945 – 1950 e. V.)  
Gisela Kurze (MEMORIAL e. V.)  
Gabriele Schnell (Gedenkstätte Linden-  
straße)  
Sibylle Schönemann (Zeitzeugin)

**Datum der Ausgabe: 06.07.2011**

## **Tagesordnung**

1. Bestätigung der Tagesordnung
2. Diskussion des Gutachtens von Prof. Dr. Jürgen Angelow zum Thema „Würdigung von Opposition und Widerstand und Anerkennung des erlittenen Unrechts im Land Brandenburg“
3. Anhörung von Sachverständigen bzw. Betroffenen zum Thema „Würdigung von Opposition und Widerstand und Anerkennung des erlittenen Unrechts im Land Brandenburg“
4. Diskussion des Gutachtens von Prof. Dr. Johannes Weberling zum Thema „Umgang öffentlicher Stellen, gesellschaftlicher Organisationen und politisch Verantwortlicher mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten im Land Brandenburg“
5. Diskussion und Beschluss der noch ausstehenden bzw. überarbeiteten Arbeitspapiere
6. Organisatorisches  
u.a. Beratung der Beschlussvorlage für die Umfrage und Besprechung von sich evtl. ändernden Sitzungsinhalten der kommenden Sitzungen
7. Verschiedenes

**Festlegungen:****Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Das Protokoll der 8. Sitzung vom 18.02.2011 wurde mit Änderungen einstimmig beschlossen. Statt „qualitative“ Interviews muss es richtig „quantitative“ Interviews heißen auf S. 3, 86 und 88.

Zukünftig wird es kein gesondertes Wort- und Beschlussprotokoll mehr geben, sondern nur noch ein Wortprotokoll, in dem auch die Festlegungen festgehalten werden.

**Zu TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde mit Änderungen beschlossen. Der ursprüngliche TOP 2 (Organisatorisches) wurde vor TOP 6 (Diskussion und Beschluss der noch ausstehenden bzw. überarbeiteten Arbeitspapiere) verschoben.

**Zu TOP 4: Diskussion des Gutachtens von Prof. Dr. Johannes Weberling zum Thema „Umgang öffentlicher Stellen, gesellschaftlicher Organisationen und politisch Verantwortlicher mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten im Land Brandenburg“**

Das Honorar von Prof. Dr. Johannes Weberling wurde neu auf 4.000 € festgesetzt.

Die Mitarbeiter der Enquete-Kommission werden beauftragt, die im Gutachten geäußerte Darstellung Prof. Dr. Weberlings, die Staatskanzlei habe einem Richter des OLG untersagt, auf die Rechercheanfrage Prof. Dr. Weberlings zu antworten bzw. die gegenteilige Äußerung der Vertreterin der StK, Frau Dr. Hildebrandt, dies sei nicht der Fall gewesen, zu prüfen.

**Zu TOP 5: Diskussion und Beschluss der noch ausstehenden bzw. überarbeiteten Arbeitspapiere**

Gutachten sollten den Mitgliedern der Enquete-Kommission mindestens drei Tage vor der Sitzung, in der sie besprochen werden sollen, vorliegen.

Die Kommission hat sich darauf geeinigt, dass Gutachten am Vormittag des Tages vor der Sitzung, in der sie besprochen werden, auf der Homepage der EK 5/1 veröffentlicht werden. Außerdem werden die Gutachten am Sitzungstag für die interessierte Öffentlichkeit in ausreichender Zahl im Sitzungssaal ausgelegt.

### *Themenbereich IV – Bildung*

Dr. Jutta Braun und Prof. Dr. Giselher Spitzer sollen jeweils ein Gutachten zum Thema Sport erstellen. Jedes der Gutachten wird mit 3.000 € honoriert. Die exakte Abgrenzung der Gutachteninhalte und -Perspektiven wird im Gespräch zwischen den Berichterstattern und den beiden Gutachtern abgestimmt.

### **Zu TOP 6: Organisatorisches**

Die Abgabefrist für die Gutachten von Gisela Rüdiger und Dr. Hanns-Christian Catenhusen sowie von Manfred Kruczek wird neu festgesetzt auf den 01.06.2011. Die Gutachten sollen am 24.06.2011 in der Enquete-Kommission vorgestellt werden.

Die Kommission hat einen neuen Plan für die Themenplanung der Sitzungen beschlossen (siehe Anlage).

Die Kommission hat die Beschlussvorlage als Grundlage für eine Umfrage zum DDR-Bild der Brandenburger Bevölkerung mit einer Ergänzung einstimmig beschlossen. Neu aufgenommen in die Vorlage wurde eine Formulierung, wonach die angefragten Institute in ihrem Angebot mitteilen sollen, wie viele Fragen sie für den genannten Preis in ihre Umfrage einbeziehen werden.

### **Aus der Beratung:**

#### **Vorsitzende Melior (SPD):**

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur heutigen Sitzung der Enquete-Kommission und begrüße ganz besonders die Gutachter Herrn Professor Angelow und Herrn Prof. Weberling. Wir werden über beide Gutachten heute diskutieren. Darüber hinaus begrüße ich auch die Anzuhörenden, die für die heutige Sitzung eingeladen sind. Als Sachverständige sind eingeladen Herr Professor Günter Morsch, Herr Professor Dr. Rainer Eckert, Frau Gisela Kurze, Frau Gabriele Schnell und Frau Victoria Heydecke. Darüber hinaus haben wir Zeitzeugen in der Runde der Anzuhörenden: Frau Birgit Willschütz und Frau Schönemann.

Zum Protokoll gibt es folgende Bemerkung: Ich habe in der letzten Runde der Enquete-Kommission wegen der Umfrage, die wir miteinander diskutiert haben zu dem Themenschwerpunkt I und alle anderen Themen, die mit einbezogen werden sollen, von qualitativen Interviews gesprochen. Das war falsch. Das sind quantitative Interviews. Ich habe mich da belehren lassen. Bei 1000 Probanden macht man quantitati-

ve Interviews. Das ist eine Korrektur des Protokolls. Gibt es darüber hinaus Korrekturwünsche? Das sehe ich nicht! Dann lasse ich über das Protokoll abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann ist das Wort- und Beschlussprotokoll so angenommen!

Dann sind wir bei einem wichtigen Punkt. Wort- und Beschlussprotokoll müssen zusammengefasst werden – können also nicht extra Protokolle sein, weil das große Schwierigkeiten mit sich bringt in der Registratur der Landtagsverwaltung, die nur das eine Protokoll pro Sitzung und keine zwei..., da kommt alles durcheinander. Deswegen werden wir in Zukunft so verfahren, dass Beschluss- und Wortprotokoll als ein Protokoll gesehen werden.

### **Zu TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung**

Ihnen liegt vor die Tagesordnung für den 18.03.2011, also für die heutige Sitzung. Gibt es da Ergänzungswünsche ihrerseits? Herr Schroeder.

#### **Prof. Dr. Klaus Schroeder:**

Ich schlage vor, dass wir den Punkt sechs vorziehen als Punkt drei, solange noch alle da sind, wenn wir über die Arbeitspapiere und die ausstehenden Arbeitsaufgaben abstimmen müssen.

#### **Vorsitzende Melior (SPD):**

Das klingt logisch, ist aber deswegen nicht möglich, weil wir die Zeitvorgaben auch an Zeugen, Anzuhörende und die Gutachter gegeben haben. Das geht jetzt wirklich nicht mehr, die Umstellung der Tagesordnung an der Stelle. Es bleibt dabei, dass wir den Punkt hinten anstellen müssen, und ich kann nur die herzliche Bitte aussprechen an die Mitglieder der Enquete-Kommission, dass wir dann möglichst auch noch beschlussfähig sind.

Ich schlage Ihnen darüber hinaus noch eine weitere Änderung vor, die damit zu tun hat, mit dem was ich eben gesagt habe: Der Punkt zwei 'Organisatorisches'. Da geht es um die Umfrage, die wir auf den Weg bringen wollen. Der Beschluss, der Ihnen vorliegt, besagt, dass wir nur die Landtagsverwaltung beauftragen, eine Ausschreibung zu machen. Mehr werden wir da heute nicht miteinander verabreden. Auch dieser Punkt geht nach hinten. Einverstanden? Sehe ich jedenfalls in der Runde! Dann verfahren wir so, also der Punkt zwei rückt in Folge an des jetzigen Punktes fünf.

Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? Eine Gegenstimme! Enthaltungen? Drei Enthaltungen! Dennoch so angenommen! Dann verfahren wir danach und kommen zu dem Gutachten von Professor Dr. Jürgen Angelow.

**Zu TOP 2: Diskussion des Gutachtens von Prof. Dr. Jürgen Angelow zum Thema „Würdigung von Opposition und Widerstand und Anerkennung des erlittenen Unrechts im Land Brandenburg“**

An der Stelle will ich Ihnen mitteilen: Herr Dombrowski und ich haben uns verabredet, dass wir jetzt beide die Plätze tauschen. Herr Dombrowski ist Stellvertreter der Enquete-Kommission, und es ist der Zuständigkeitsbereich, um den es hier jetzt geht von Ulrike Poppe und mir, und ich würde gerne mit diskutieren. Deswegen ist Herr Dombrowski so freundlich und hat sowohl die Diskussion zu dem Gutachten als auch die Anhörungen übernommen.

Wir wechseln jetzt und dann macht Herr Dombrowski weiter.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Meine Damen und Herren, wir machen weiter wie angekündigt und ich darf Herrn Professor Dr. Jürgen Angelow bitten, sein Gutachten vorzustellen.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Gestatten Sie mir einleitend einige kurze methodische Vorbemerkungen zum Verfahren sowie zum Spannungsverhältnis zwischen politischer Zielsetzung und Expertise, um anschließend etwas ausführlicher auf konkrete Handlungsempfehlungen einzugehen, die für die Arbeit mit Gedenkstätten, der politischen Bildung und mit den Schulen relevant sein könnten.

Die Untersuchung der oben genannten Fragestellungen erfolgte in Kombination von Sachexpertise und Befragung mittels vereinheitlichter Fragebögen sowie persönlicher Gespräche. Während die Sachexpertise aus wissenschaftlichen Veröffentlichungen sowie Stellungnahmen von zentralen Institutionen und politischen Bildungsträgern sowie einer Forschergruppe hervorgeht, werden die untersuchten Zusammenhänge deutlich durch Befragungen von Gedenkstätten sowie von Personen und Verbänden, die entweder Oppositionelle, Opfer oder Benachteiligte der SED-Diktatur waren. Da diese Befragungen verschiedene Blickwinkel abbilden, können Zusammenhänge und Konflikte genauer beleuchtet werden. Die Auswahl der Befragten erfolgte relativ zufällig auf Basis der Anschriftenliste der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und eigener Internet-Recherchen. Auf eine Datenbank zwecks Erhebung einer Stichprobe konnte nicht zurückgegriffen werden. Quantifizierende Aussagen sind daher nicht möglich, wohl aber qualitative Aussagen. Berücksichtigt wurden alle schriftlichen und mündlichen Äußerungen bis zum Abgabetermin, dem 4. März 2011.

Im Einzelnen waren Formen des Gedenkens an die Opfer kommunistischen Unrechts sowie die Bedeutung der Gedenkstätten im Land Brandenburg und ihre erzie-

herische Funktion unter Berücksichtigung der Gedenkstättenkonzeption zu thematisieren. Weiterhin sollte der Frage nachgegangen werden, ob Wissen und Erfahrungen der Verfolgten ausreichend berücksichtigt und in welcher Weise Interessenverbände und Aufarbeitungsinitiativen unterstützt würden. Schließlich ging es explizit darum, Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit jener Personen zu eruieren, die gegen die Diktatur Widerstand geleistet haben und/oder Opfer politischer Repression und Benachteiligung geworden sind. Der in der Aufgabenstellung abgesteckte Erwartungshorizont entspricht dem Willen des Brandenburgischen Landtages, Opposition und Widerstand in besonderer Weise zu würdigen, Wunden zu schließen und Wiedergutmachung zu organisieren. Das Gutachten steht hierzu in einem gewissen Spannungsverhältnis, da es aus Gründen eines wissenschaftlichen Standards einer ergebnisoffenen Formulierung von Problemen verpflichtet ist und davon ausgeht, dass politische Bildung auf eine pluralistische Grundlage gestellt gehört.

Verfolgte und Opfer in besonderer Form zu würdigen ist eine politische Zielbeschreibung, die der Brandenburgische Landtag formuliert hat. Mein Beitrag kann nur darin bestehen, Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Ziels auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse, Standards der politischen Bildung sowie der ermittelten Befunde klären zu helfen und konkrete Probleme der Realisierung anzusprechen. Dieser Grundsatz war für die abschließend gegebenen Empfehlungen verpflichtend.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte war nicht Gegenstand meines Gutachtens. Hier ging es vielmehr um die politische Bildung in den Gedenkstätten, den Schulen und natürlich im Bereich der politischen Bildung selbst. Hierfür ist der Beutelsbacher Konsens von 1976 verpflichtend, der drei konstitutive Minimalgrundsätze festgelegt hat.

Danach ist es – erstens – nicht erlaubt, Schüler und Erwachsene, mit welchen Mitteln auch immer, im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.

Zweitens muss alles, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht und in der außerschulischen politischen Bildung kontrovers erscheinen. Das bedeutet, dass unterschiedliche Standpunkte nicht unter den Tisch fallen und Optionen nicht unterschlagen werden dürfen. Hervorzuheben ist hierbei namentlich die Korrekturfunktion der Lehrer oder anderer Moderatoren, die jene Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten müssen, die den Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Drittens müssen Teilnehmer solcher Veranstaltungen in die Lage versetzt werden, ihre politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Diese drei Gesichtspunkte bilden das Fundament jeder politischer Bildung. Sie müssen beachtet werden, wenn es um die ideelle Wiedergutmachung durch Einbezie-

hung von Zeitzeugen im Bereich der Gedenkstättenarbeit, der politischen Bildung und der Schulen geht.

Hierzu nun meine Handlungsempfehlungen: Bei der Würdigung von Opposition und Widerstand und der Anerkennung des erlittenen Unrechts im Land Brandenburg muss das Verhältnis von materiellen und immateriellen Maßnahmen genau bestimmt und abgewogen werden. Zum Bereich der Letzteren zählen Aktivitäten, die auf öffentliche Gesten des Erinnerns und Gedenkens sowie auf eine würdige Einbindung von Oppositionellen und Opfern in die Gedenkstättenarbeit, schulische Aktivitäten und die politische Bildung zielen.

Das Gutachten konstatiert, dass es in Brandenburg in den drei letztgenannten Bereichen vielfältige Aktivitäten gibt, die geeignet sind, Opposition und Widerstand in die differenzierte und plurale Erinnerungslandschaft einzubinden, zu würdigen und die Perspektiven der Opfer angemessen zu berücksichtigen. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Perspektiven, Erfahrungen und Bedürfnisse der Opfer sehr unterschiedlich sind. Nach Ansicht des Gutachters sollte der Sinn des Widerstands gegen die Diktatur in besonderer Weise, durchaus auch biografisch, herausgestellt werden; doch auch zerrissene Biografien gehören thematisiert, da in ihnen die Zumutungen einer Diktatur beispielhaft festgemacht werden können. Einen stärkeren Akzent verdienen mithin die gesellschaftlichen Wirkungen und Spuren von Opposition in der DDR. Viele Akteure haben die Entwicklung des Landes Brandenburg nach 1989 mit beeinflusst, gerade auch auf lokaler Ebene. Opposition und Widerstand in diesem Sinne zu würdigen bedeutet, sich für eine unabhängige, kritische und pluralistische Zivilgesellschaft einzusetzen.

In welcher Form können Opfer nun immateriell gewürdigt werden? Dies sollte zunächst durch öffentliche Hinweise auf erbrachte Opfer und Leistungen sowie durch die Aufhebung von Schweigegeboten erfolgen. Gesellschaftliche Aufmerksamkeit kann durch Ehrungen, Privilegierungen und Zuhören entgegengebracht werden. Einladungen von Vertretern der Opferverbände zu politischen Handlungen mit Symbolwert wurden und werden stets als ehrende Gesten betrachtet. Umgekehrt sollten Politiker aller Ebenen an Handlungen wie Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen teilnehmen, um stellvertretend auch für ihre Wähler den Opfern ihren Respekt zu bekunden. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob ehemalige Opfer und Oppositionelle durch symbolische Privilegierungen – wie Freifahrten auf öffentlichen Verkehrsmitteln, kostenlosen Zugang zu Museen/Orten – eine größere öffentliche Aufmerksamkeit erfahren sollten.

Eine Einbindung von Opfern, Oppositionellen und Widerständigen in die politische Bildung soll auch weiter durch die Förderung ihrer publizistischen und künstlerischen Tätigkeit sowie ihre Mitarbeit in Beiräten von Gedenkstätten und Museen erfolgen. Anzuregen wären gemischte Projekte, bei denen Zeitzeugen in Kontakt mit jungen Autoren, Filmemachern oder Künstlern treten können, was an akademischen Bildungseinrichtungen, an Schulen und im Bereich der politischen Bildung möglich wäre.

Beim Einsatz von Opfern, Oppositionellen und Widerständigen als Zeitzeugen sollte auf solche Einbindungen Wert gelegt werden, die die Kräfte der Betreffenden möglichst schonen und ihren Beitrag in würdiger Form zur Geltung bringen. Hierfür sind Zeitzeugengespräche mit klaren inhaltlichen Schwerpunkten nach professionell geführten Gedenkstättenbesuchen das geeignete Mittel. Ungefilterte Führungen durch Zeitzeugen sollten vermieden werden, es sei denn, die Betreffenden sind professionell geschult. Anzuregen wäre die Zentralisierung von Zeitzeugenschulungen im Bereich der Landeszentrale für politische Bildung. Auch vonseiten interessierter Zeitzeugen könnte eine entsprechende Schulung als Zuwendung empfunden werden.

Die Professionalisierung der Arbeit mit Zeitzeugen sollte aber vor allem über die bessere Schulung der Vermittler erfolgen. Namentlich die Geschichtslehrer sollten in Vorbereitung von Zeitzeugengesprächen ausreichende Kenntnisse zur DDR-Geschichte vermittelt und ihre Eignung als Mediatoren unter Beweis gestellt haben, denn sie müssen in der Lage sein, die Aussagen der Zeitzeugen einzuordnen, didaktisch aufzubereiten und dem Gesichtspunkt der Multiperspektivität Rechnung zu tragen, ohne die Zeitzeugen zu verletzen. Dem Bereich der Lehrerweiterbildung durch Teilnahme an akademischen Lehrveranstaltungen ist auch unter diesem Aspekt mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sei es durch gezielte Angebote oder Abminderungsstunden. Lehrer sollten stets konkurrierende Deutungsangebote – Eltern, Verwandte usw. – in Rechnung stellen sowie kontroverse Diskussionen und Meinungsbildungsprozesse anregen.

Zeitzeugengespräche sind intensiv vorzubereiten. Kontroversität und Dialogizität sind nicht zuletzt auch eine Frage der inhaltlichen Formate, der Umgebung und der Methoden. Bisher dominieren frontale Formate; inhaltlich mangelt es an einer Verzahnung von Perspektiven und Themen gerade auch mit Blick auf die Durchbrechung der Dichotomie von Alltags- und Repressionsgeschichte. Ansätze eines eigenständigen und forschenden Lernens sollten weiter angeregt, schulische Exkursionen unbürokratisch und ohne lange Beantragungsszenarien gefördert werden.

Da eine ausschließliche Beschäftigung mit dem Thema Repression zur Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte als zu einseitig und nicht förderlich betrachtet wird, wäre der Kanon der Lernorte dringend um Orte zu erweitern, die eine differenzierende Perspektive auf den DDR-Alltag sowie eine Einbeziehung des örtlichen Umfelds ermöglichen. Bereits bestehende Einrichtungen – ich denke hier an Eisenhüttenstadt, Industriemuseum Brandenburg, Rüdersdorf usw. – sollten in diese Richtung weiterentwickelt werden, um sie zu wirklichen Lernorten zu machen.

Viele Möglichkeiten der differenzierten Darstellung von Alltagsperspektiven in Gedenkstätten und Museen werden nach Ansicht des Gutachters noch immer verschenkt. Eine reine Sammlung von Alltagsgegenständen mit nostalgischem Wert legt noch keine historisch-kritische Auseinandersetzung mit der DDR an. Hier gilt es im Zusammenwirken von Gedenkstätten und wissenschaftlichen Einrichtungen Konzepte zu entwickeln, die den Alltag in der DDR, die Diktatur und ihre Grenzen lebensnah und multiperspektivisch abbilden, gleichzeitig zum Nachdenken über Lebensformen

und Arbeitswelten in der DDR anregen und die Einordnung und Auseinandersetzung mit ihnen ermöglichen.

Gedenkstätten und Museen benötigen langfristige Planungssicherheit und feste personelle Strukturen. Sie auf die freiwillige, ehrenamtliche und oft unentgeltliche Mitarbeit von engagierten Bürgern bzw. Zeitzeugen zu basieren ist auf die Dauer nicht haltbar. Hier sollte ein Umdenken erfolgen, denn der Respekt vor Opfern und Oppositionellen wird auch durch eine professionelle Hinwendung zu ihren Schicksalen bezeugt.

Die Mitwirkung von Opfern und Aufarbeitungsinitiativen im Bereich der Gedenkstätten ist nach Ansicht des Gutachters weiterhin zu sichern. Es wäre jedoch mehr Energie darauf zu verwenden, durch eine flüssige und direkte Kommunikation Konflikte und Abstimmungsprobleme zu entschärfen, bevor sie in der Öffentlichkeit polemisch ausgetragen werden. Hierbei hat die Politik eine Moderatorenpflicht, der sie gezielter nachkommen sollte.

Im Bereich der Gedenkstätten selbst ist stärker auf ihre Multifunktionalität Wert zu legen. Sie sind nicht nur Orte der historisch-politischen Bildung, sondern auch Begegnungsstätten und Orte des Gedenkens. Sie sollten offene Gesprächsräume darstellen, in denen individuelle Erfahrungen ausgetauscht und Emotionen gedämpft werden können. Derartige Gespräche gibt es bereits in Form von Workshops, Lesungen, Vorträgen mit Diskussionen usw. Sie stärker in Richtung eines Austauschs kontroverser Standpunkte zu entwickeln wäre Anliegen des Gutachters.

Politisch-historische Aufklärung und ehrendes Gedenken sind nicht dasselbe. Während für Erstere Pluralismus, Meinungsvielfalt und Dissens zugelassen werden müssen, sollte das Zweite im Konsens geschehen. In Gedenkstätten ist auf die Möglichkeit zum Gedenken und individuellen Trauern mehr Wert zu legen. Die hier möglichen Formen sind sehr unterschiedlich. Es können separate Räume der Ruhe oder Trauer sein, Kunstobjekte oder Installationen. Diese Formen sollten der Initiative der Opfer anheimgestellt werden. Die Gedenkstätten sollten diesem Aspekt aber stets die nötige Aufmerksamkeit schenken und auch bei der Entwicklung von Ritualen des Gedenkens den Betroffenen, insbesondere den Opfern, einen größeren Spielraum geben, um authentische Formen zu finden und diese selbst zu praktizieren.

Einer Initiierung von Gedenkritualen durch die Gedenkstätten sogar auf der Basis wissenschaftlicher Befunde soll hier nicht das Wort geredet werden. Ein offizielles Heldengedenken sollte es nach Ansicht des Gutachters nicht geben. Vielmehr sollten gewachsene Gedenkrituale der Opfer mit öffentlicher Aufmerksamkeit beschieden werden. Ergänzend wären auch Beispiele für unangepasstes und beherztes Verhalten, für Einsicht, Orientierungsvermögen und Mut stärker hervorzuheben und kenntlich zu machen.

Die Trägerlandschaft in Brandenburg ist vielfältiger und interessanter als hier berücksichtigt. Opposition und Widerstand werden nicht nur von der Landeszentrale für poli-

tische Bildung und den politischen Stiftungen aufgegriffen, sondern auch von vielen kleinen Trägern und Initiativen, die zum Teil aus oppositionellen Milieus hervorgegangen sind. Ich denke hier nur an die Umweltbewegung, die Friedensbewegung und kirchliche Gruppen. Die Arbeit dieser Akteure müsste aufgewertet und durch unbürokratische Förderung besser unterstützt werden. Hier wäre an zusätzliche Projektmittel zu denken, etwa im Zusammenhang mit der Würdigung von Gedenktagen oder besonderen historischen Daten oder für herausragende Projektmaßnahmen, Schülerwettbewerbe, Exkursionen usw.

Es wird weiterhin vorgeschlagen, bei der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur ein Projekt zur Erfassung, Würdigung und Visualisierung von Gesichtern der Revolution in Brandenburg anzudocken. Außerdem sollten im Bereich der politischen Stiftungen Projekte angeboten werden, in denen sehr unterschiedliche Perspektiven, auch Zeitzeugenerinnerungen, im Bereich öffentlicher und halböffentlicher Gesprächsräume aufeinander treffen. Solche Gespräche können dem Ziel dienen, gegensätzliche Perspektiven auszutauschen sowie Verstörendes und Verletzendes sichtbar werden zu lassen. Sie sollten gleichzeitig konkurrierenden bzw. konträren Ansätzen ein konkretes Gesicht geben und ein individuelles Aufeinander-Zugehen ermöglichen.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Dankeschön, Herr Professor Angelow. Hiermit möchte ich zu Nachfragen und Diskussionen überleiten.

#### **Dr. Jörg Kürschner:**

Herr Professor Angelow, Sie haben in Ihrer kurzen Einführung gar nicht erwähnt, dass Sie Ihren Untersuchungsauftrag für das Gutachten aus meiner Sicht erweitert haben, nämlich auf Gedenkstätten in Berlin, unter anderem auf die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Das ist Bestandteil Ihres Gutachtens. Da sehe ich mich doch schon gezwungen, einige Unrichtigkeiten zurückzuweisen. Zum Hintergrund: Ich bin seit etwa 2001 ständig in der Gedenkstätte, mache auch ab und zu Führungen und bin seit 2003 Vorsitzender des Fördervereins der Gedenkstätte. Sie schreiben in Ihrem Gutachten, dass die Zeitzeugen in Hohenschönhausen wissenschaftlich nicht angeleitet werden. Das ist nun erkennbar falsch. Es finden regelmäßig – dreibis viermal im Jahr, mitunter auch öfter – solche Anleitungen statt, Kolloquien, die für die weitere Beschäftigung als Zeitzeuge zur Pflicht gemacht werden. Das ist also erkennbar unrichtig, scheint sich also auf Ihre sogenannte studentische Projektarbeit zu beziehen, die Sie ja als Quelle angeben. Wobei ich da schon die Frage stellen muss, ob das überhaupt wissenschaftlich ist, weil außer studentischer Projektarbeit dort gar nichts steht.

Weiter führen Sie aus, dass die Zeitzeugen doch stärker durch wissenschaftlich ausgebildete angeleitet werden sollen. Ich möchte Sie ernsthaft fragen, ob Sie eine solche ungeheuerliche Forderung auch gegenüber einem Zeitzeugen des Nationalso-

zialismus aufstellen würden. Das bitte ich Sie ernsthaft zu prüfen.

Im Grunde sprechen Sie Zeitzeugen – ich bin selbst einer, ich war in Hohenschönhausen inhaftiert – die Authentizität ab. Das finde ich ungeheuerlich. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen gleichwohl sagen, dass ich Ihr Gutachten im Grunde begrüße, weil Sie wirklich den Vorhang herunterlassen. Sie waren früher – korrigieren Sie mich, wenn das falsch sein sollte – als Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Instituts eine tragende Säule der zweiten deutschen Diktatur. Es wäre noch zu klären, ob Sie einen militärischen Dienstgrad gehabt haben. Und in dieser früheren Funktion versuchen Sie jetzt, die Zeitzeugen, die Opfer unter die Kuratel der systemgeneigten Wissenschaftler zu stellen. Das allerdings ist hochinteressant.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Zunächst irritiert es mich etwas, dass Sie hier biografische Aspekte ansprechen. Wenn wir jetzt anfangen, uns alle gegenseitig biografisch zu beleuchten, dann kann das eine sehr interessante Veranstaltung werden.

(Vereinzelt Beifall, Zurufe)

Ich möchte aber trotzdem auf Ihre Frage eingehen. Der Aspekt, das Gutachten um zwei Fallstudien zu erweitern, die nicht zum Thema gehören, nämlich Hohenschönhausen und die Normannenstraße, lag auf einer qualitativen Vergleichsebene nahe, und zwar deshalb, weil man auch in Brandenburg einmal über den Tellerrand schauen und sehen kann, welche Erfahrungen es mit Gedenkstätten und Lernorten wie den eben beschriebenen gibt. Da gibt es, wie gesagt, eine Studie, die an der Universität Potsdam entsteht und die zu einem wissenschaftlichen Antrag, zu einem Drittmittelprojekt, führen wird, die sich mit diesen Einrichtungen beschäftigt hat. Hier haben Studenten nach einem Kriterienkatalog und nach Fragebögen nicht nur die Gedenkstätten evaluiert, sondern sie haben auch die Wirkung der Gedenkstättenarbeit, das heißt die Wirkung der Führungen, die dort stattfinden, auf Schüler untersucht und sind dabei zu sehr erstaunlichen und sehr differenzierten Ergebnissen gekommen, die man im Einzelnen sicher nachlesen kann. Diesen methodischen Vorwurf, den Sie mir machen, möchte ich zurückweisen, weil es mir um qualitative Aspekte geht. Diese qualitativen Aspekte erschließen sich eben auch, wenn man den Blick einmal über den Gartenzaun lenkt und sich einmal anschaut, was beim Nachbarn so los ist und welche Fehler dort möglicherweise auch gemacht werden, neben den Erfahrungen, die gewonnen wurden – Dinge, die man ja in Brandenburg anders machen kann.

Zum Vorwurf der wissenschaftlichen Anleitung von Zeitzeugen: Ich habe diesem Aspekt in meinem Vortrag eben noch einmal Raum gegeben. Ich bin der Meinung, dass der entscheidende Punkt nicht die Anleitung der Zeitzeugen ist, sondern die Anleitung der Moderatoren, das heißt auch der Lehrer, die bessere Fähigkeit dieser Moderatoren, Zeitzeugeninterviews, Gespräche mit Zeitzeugen entsprechend einzuordnen, um solche Aspekte der Überwältigung, wie sie in Hohenschönhausen zu konstatieren sind, auszuschließen. Mein Vorschlag war, Zeitzeugen dann anzuleiten und zu

coachen, wenn sie Aspekte der DDR-Geschichte ansprechen, die über ihre eigenen, individuellen Erfahrungen hinausgehen. Solange der Einzelne seine eigene Erinnerung in einem Gespräch darstellt, das moderiert wird, ist das in meinen Augen methodisch völlig in Ordnung. Wenn er aber zur DDR-Geschichte allgemeine Aussagen macht, dann gehört dazu auch eine wissenschaftliche Vorbildung bzw. eine wissenschaftliche Anleitung.

Natürlich habe ich den Zeitzeugen keine Authentizität abgesprochen. Diesen Vorwurf möchte ich zurückweisen.

**Prof. Dr. Klaus Schroeder:**

Vielleicht können Sie die Fragen beantworten, ob Sie dies auch NS-Zeitzeugen zumuten würden und welchen militärischen Dienstgrad im Militärgeschichtlichen Institut Sie hatten. Darauf würde ich schon Wert legen.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Wenn Sie das unbedingt wissen wollen: Ich war Zivilbeschäftigter. Ich habe dort im September 1988, kurz vor dem Ende der DDR, als Militärgeschichtler angefangen. Ich bin von einer zivilen Hochschule gekommen, von der Universität Leipzig, und habe mich mit Militärgeschichte des 19. Jahrhunderts beschäftigt. Sie können gern meine Dissertation zur Hand nehmen. Darin geht es um die Militär- und Sicherheitspolitik des deutschen Bundes im europäischen System, im Mächtekonkordat des 19. Jahrhunderts.

Zur ersten Frage: Wenn ein Zeitzeuge in seinem Vortrag generelle Aspekte anspricht, die über seine eigene Erinnerung hinausgehen und eine Epoche der deutschen Geschichte ins Visier nimmt, dann gehört dazu eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung bzw. ein Coaching, etwas, was ihn in den Stand setzt, professionell solche Aussagen zu treffen; und da mache ich keine Unterschiede.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Dazu kann Professor Morsch nachher sicher auch noch etwas sagen. – Frau Kaiser, ist der Geschäftsordnungshinweis, den Sie geben wollten, mit der Beantwortung der grenzwertigen Frage erledigt?

**Abg. Kaiser (DIE LINKE):**

Ich hätte gern eine Anmerkung gemacht, nicht zum Inhalt; aber dazu möchte ich mich in die Rednerliste einreihen, wenn wir diskutieren. Nur, vielleicht um die Situation für die Gäste der heutigen Runde erklärbar zu machen: Ich war mir sicher, dass Herr Angelow die Antworten entsprechend sachlich jetzt auch zu seiner Biografie gibt; das ist nicht die Frage. Aber ich möchte Ihnen nur sagen, dass wir hier gemein-

sam in der Runde der Mitglieder der Enquete-Kommission über jeden einzelnen Gutachter abgestimmt haben, dass wir diskutiert haben, dass wir Zweifel an wissenschaftlicher Expertise, soweit das überhaupt vonseiten der Abgeordneten möglich ist, aber seitens der Wissenschaftler immer zugelassen bzw. sogar herausgefordert haben. Nach meiner Erinnerung gab es bezüglich der Analyse von Herrn Angelow gar keine Zweifel. Es kommt schon vor, dass wir uns hier auch über biografische Hintergründe verständigen, weil wir uns nicht alle gegenseitig persönlich kennen. Die Enquete-Kommission hat das in ihrer ersten Sitzung sehr ausführlich gemacht. Insofern kommen solche emotionalen Momente immer wieder vor. Aber ich möchte doch sagen, dass wir es bis jetzt gut geschafft haben, uns an den Inhalten zu orientieren und nicht an Infragestellungen von Personen oder Angriffen auf Personen. Ich halte das, was jetzt gelaufen ist, in Bezug auf Herrn Angelow an dieser Stelle auch für nicht so glücklich.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Frau Kollegin, war das Ihre Wortmeldung, oder kommt diese noch?

**Abg. Kaiser (DIE LINKE):**

Ich hätte erwartet, dass vielleicht eine Erklärung in Richtung der Gäste gegeben würde – insofern.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Dann ist jetzt Professor Dr. Klaus Schroeder an der Reihe.

**Prof. Dr. Klaus Schroeder:**

Herr Angelow, ich glaube, Ihr Gutachten durchzieht ein Missverständnis, das bei ehemaligen Diktaturträgern vorhanden ist. Der Blick auf die DDR kann und sollte nicht ergebnisoffen erfolgen, sondern auf Basis einer freiheitlich-demokratischen, auf internationalen Menschenrechten beruhenden Werteordnung. Insofern ist das nicht ergebnisoffen, was dort geschieht, und es kann auch nicht darum gehen, ehemaligen Trägern Raum zu lassen, zu erzählen, warum die DDR eigentlich etwas ganz Schönes war und nur manches schiefgelaufen ist. Das zieht sich bei Ihnen durch.

Deshalb ist das mit Berlin ja nicht zufällig: dass Sie den beiden Institutionen, die sehr vehement die DDR aus dieser Perspektive kritisieren, hier auf Basis eines obskuren Gutachtens von Studenten, das Sie auch noch „Evaluation“ nennen, Unprofessionalität vorwerfen. Was Sie damit vielleicht erreichen wollen oder unbewusst erreichen, ist, den Brandenburger und auch Ostberliner Lehrern, die kaum diese beiden Gedenkstätten besuchen, eine billige Legitimation zu geben, warum man dort nicht hinzugehen hat. Das ist schon einigermaßen infam, muss ich Ihnen sagen.

Für das Stasi-Museum in der Normannenstraße trifft das Gleiche wie auf Hohen-

schönhausen zu. Dort werden selbstverständlich Schulungen der Referenten und Moderatoren regelmäßig durchgeführt. Sie ordnen die Stasi in den gesellschaftlichen Zusammenhang, in den Herrschaftszusammenhang der DDR ein. Und was dort passiert, ist viel professioneller und wissenschaftlicher als das, was in manchen staatlich geleiteten Institutionen stattfindet, wo professionelle Weichzeichner am Werke sind. Das vielleicht grundsätzlich zu dem Gutachten.

Ich muss Ihnen noch etwas sagen: Wenn Sie Multiperspektivität fordern – das Arrangement-Gedächtnis soll auch mit zum Tragen kommen und seine Träger selbstverständlich –, was heißt das eigentlich? Sie fordern ja, dass Zeitzeugen und Referenten bei der Landeszentrale für politische Bildung geschult werden. Nehmen wir doch deren Leiterin, die auch eine einschlägige Vergangenheit hat. Sollen jetzt also ehemalige Opfer mit Frau Weyrauch vor Schülern reden, und Frau Weyrauch erklärt noch einmal, warum das politische Strafrecht der DDR international vorbildlich war, und das Opfer sagt dann: „Das habe ich nicht ganz so empfunden“, sodass sozusagen beide Meinungen hier im Raum stehen? Das kann doch nicht ernsthaft die Perspektive sein! Sie können doch Zeitzeugen, die Opfer waren, nicht zumuten, dass sie von dieser Institution geschult werden – entschuldigen Sie –, da hört doch wirklich der Spaß auf.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Herr Professor Schroeder, die Landeszentrale gehört jetzt nicht ganz zum Erörterungsbereich; aber gut, es steht im Gutachten. Es wird eine interessante Diskussion, setzen wir sie einfach fort.

#### **Abg. Vogel (GRÜNE/B90):**

Ich bin davon ausgegangen, dass die Grundlage für das Gutachten die Leitfragen aus dem Arbeitspapier von Frau Melior und Frau Poppe waren, das hier abgesegnet und damit zum Auftrag der Kommission insgesamt wurde. Sie greifen das auch in der Überschrift auf: Welche Vorhaben des Gedenkens an die Opfer kommunistischen Unrechts wurden in Brandenburg entwickelt? Allerdings vermisse ich dabei, dass es eine systematische Antwort und Aufarbeitung gibt. Nur als Beispiel sei genannt, dass Sie sich nicht mit den folgenden Fragen auseinandersetzen, obwohl diese auch Thema der Fragestellung sind: Was ist aus dem Gedenkstättenkonzept von 2009 geworden? Was ist aus dem Konzept der Landesregierung zur aktiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur vom November 2007 geworden? Es gibt keinen Blick auf Gedenktage. Ich meine, man hätte noch etwas tiefer einsteigen können und sollen. Vielleicht war das auch nicht Untersuchungsauftrag, aber das könnte ja dann klargestellt werden; aber ich hatte es eigentlich so verstanden. Es ist auch nicht erkennbar, inwieweit es Forschungsvorhaben und Ergebnisse zum Thema „Opposition und Widerstand in Brandenburg“ gibt. Das alles sind Punkte, das sich in den Fragestellungen für dieses Thema finden.

Was ich sehr kritisch werten möchte, ist, dass in Ihrer deskriptiven Darstellung der

einschlägigen Einrichtungen keine systematische Einordnung oder Bewertung enthalten ist. Es ist teilweise einfach ein „copy and paste“ aus Selbstbeschreibung oder Antwortschreiben auf versandten Fragebögen. Das fällt insbesondere bei der Gedenkstätte in der Leistikowstraße negativ auf. Es gibt ja diese Auseinandersetzung zwischen den Opferverbänden und dem Träger der Leistikowstraße. Die Kritik der Opfer wird in aller Kürze abgehandelt, ohne dass die Beteiligten die Chance bekommen hätten, sich selbst in ähnlicher Ausführlichkeit wie die Gedenkstättenleiterin zu äußern. Die vollkommen unkommentierte Sicht der Gedenkstättenleitung auf den Konflikt wurde, nachdem dies offensichtlich auch Ihnen aufgefallen ist, in einer überarbeiteten Gutachtenfassung korrigiert. So heißt es nun auf Seite 23 statt:

„Der Gedenkort wird als Lernort national und international sehr gut angenommen“

nunmehr:

„Der Gedenkort wird nach Aussage der Leiterin als Lernort national und international sehr gut angenommen.“

Aber es ist nicht ersichtlich, was das denn eigentlich bedeuten soll. Wenn es stimmt, dass es sich um ungefähr hundert Besucher pro Monat handelt, dann hätte ich schon ganz gern auch eine Einordnung solcher Zahlen oder zumindest eine Aufführung der Zahlen insgesamt.

Insgesamt habe ich auch das Problem, dass Sie, auch wenn Sie es jetzt relativiert haben, aber aus dem Gutachten heraus durchgängig von der These ausgehen, dass SED-Opfer, insbesondere dann, wenn sie als Zeitzeugen in Schulen oder Gedenkstätten im Einsatz sind, nicht in der Lage seien, dem Publikum eine wissenschaftlichen Mindeststandards genügende Sicht auf die SED-Diktatur zu ermöglichen. Aus dem Text selber ergibt sich so ein Bild von traumatisierten, in ihrem eigenen Schicksal gefangenen Opfern, die allenfalls unter wissenschaftlicher Aufsicht in der politischen Bildung tätig werden dürfen. Das sehe ich als ein Problem an, weil damit auch ein Erklärungs- und Rechtfertigungsdruck gegenüber den Betroffenen aufrechterhalten wird, wenn sich diese Menschen, wohlgerne eine Minderheit, gegenüber der Mehrheit für ihre Vita verteidigen müssen.

Die Frage nach der Heldenverehrung finde ich bestenfalls überflüssig. Denn gerade für diejenigen, die die Träger der Revolution waren, muss das Thema „Ehren von Helden der Revolution“ als Hohn wirken. Wer wollte denn Helden untersucht sehen? Gerade die Protagonisten der friedlichen Revolution begehrten ja gegen den DDR-Heldenkult auf. In dieser Weise das Thema Heldenverehrung zu drehen, finde ich doch sehr problematisch.

Zum Beutelsbacher Konsens: Ich meine, es lohnt sich wirklich, sich damit auseinanderzusetzen. Denn das darin enthaltene Verbot der Parteinahme bzw. das Gebot der Pluralität findet seine Grenzen, wenn es zu einer wertfreien Artikulationspluralität von

DDR-Diktaturopfern mit Tätern führt. Genau das deutet sich aber in Ihrem Gutachten an. Ich meine, Kontextualisierung von Zeitzeugenauftritten ist gegebenenfalls sinnvoll; aber Empathie für Opfer zu entwickeln sollte nicht verboten sein, sondern sollte eigentlich völlig klar sein.

Zu Ihrem Zeitzeugenprojekt: Ich finde es nicht falsch, zu sagen, dass Zeitzeugen auch eine Schulung erhalten sollen. Allerdings finde ich es auch problematisch, wenn es bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt wird. Denn wenn in den Opferverbänden Vorbehalte gegenüber der Landeszentrale bestehen, dann ist es nicht sehr produktiv, das dort vorzuschlagen, sondern wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es ja bei Frau Poppe etwas Ähnliches. Dann wäre es sinnvoller, bei Frau Poppe ein derartiges Zeitzeugenprojekt anzuregen.

Jetzt habe ich an der Analyse sehr viel kritisiert. Andererseits muss ich sagen: Die Vorschläge in Ihrem Gutachten finde ich zum Teil sehr gut. Von daher unterstütze ich auch eine Vielzahl Ihrer Vorschläge, die meines Erachtens etwas von dem Analyse- teil losgelöst sind. Insbesondere begrüße ich auch, dass Sie ausdrücklich anmahnen, dass die Gedenkstätten und Museen im Land personell und finanziell besser ausgestattet werden, dass Planungssicherheit gegeben wird und dass sie nicht hauptsächlich auf den Schultern der Ehrenamtlichen ruhen dürfen. Begrüßenswert ist auch der Vorschlag, eine Liste potenzieller Erinnerungsorte zusammenzustellen, in denen Opposition und Widerstand zukünftig stärker gewürdigt werden können. Es gibt noch einige Punkte, die ich auch positiv finde. Diese lasse ich aber jetzt weg.

### **Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Zunächst möchte ich mich für die Kommentare sehr herzlich bedanken. Ich bin der Auffassung, dass ein wissenschaftlicher Blick auf Geschichte, auf welchen Gegenstand auch immer, ergebnisoffen sein muss. Das ist selbstverständlich, das ist ein Standard der wissenschaftlichen Forschung. Dem fühle ich mich natürlich verpflichtet. Wo würden wir hinkommen, wenn wir von vornherein wüssten, welche Resultate wir unseren wissenschaftlichen Untersuchungen zugrunde legen müssten?! Das wäre ein meines Erachtens ganz unwissenschaftliches Vorgehen, von dem ich mich hier außerordentlich distanzieren möchte.

Der zweite Punkt betrifft die politische Bildung. Hier ist der Beutelsbacher Konsens für mich maßgebend. Warum sollen wir von diesem Minimalkonsens, der in den 70er Jahren in der Bundesrepublik entwickelt wurde und dieser demokratischen Gesellschaft adäquat ist, abrücken, wenn es um einen Gegenstand wie DDR-Geschichte geht? Wir können hier keine Unterschiede machen, und wir müssen uns diesen Gepflogenheiten der politischen Bildung anschließen, wir müssen sie akzeptieren. Dazu gehört eben auch Kontroversität, und diese Kontroversität muss sich auch in der Erinnerungslandschaft widerspiegeln. Sie spiegelt sich in der Erinnerungslandschaft sowieso wider, das haben Sie völlig richtig gesagt, Herr Schroeder, und das muss auch in der politischen Bildungsarbeit deutlich werden. Das ist das Plädoyer, das ich in meinem Gutachten so zu formulieren versucht habe.

Was die Schulung der Referenten angeht, ist dies eine konkrete Fragestellung, die Sie noch einmal angesprochen haben. Ich habe ja gar nicht in Abrede gestellt, dass Schulungen in Hohenschönhausen stattfinden. Aber es wäre doch viel sinnvoller, wenn diese Schulungen an einer zentralen Stelle stattfinden würden, wenn sie nicht an dem Ort vorgenommen würden, wo sozusagen eine Befangenheit auch gegenüber den Mitarbeitern besteht. Ob diese Schulungen nun in der Landeszentrale für politische Bildung oder bei der Diktaturbeauftragten stattfinden, das ist für mich ganz einerlei. Es ist eine Frage, wie man das organisiert und wie es am besten passt. Aber es muss ein neutraler Ort sein, an dem diese Schulungen stattfinden, finde ich. Im Übrigen möchte ich wiederholen, dass die Arbeit mit den Moderatoren, die Arbeit mit den Lehrern natürlich der entscheidende Punkt ist, nicht die Schulung der Zeitzeugen.

Einige Worte zu Ihrem Statement, Herr Vogel: Forschungsergebnisse zur DDR-Geschichte waren nicht Thema meines Gutachtens. Die Einzelpunkte dieses Gutachtens sind ja mit den Mitgliedern der Enquete-Kommission sehr genau besprochen worden. Ich bin nicht sehr glücklich über die Breite des Themas, die methodisch außerordentlich schwierig zu bewältigen war. Es waren ja viele Aspekte, die hier eine Rolle gespielt haben und die man methodisch halbwegs nachvollziehbar darstellen musste. Ich bin natürlich in der Bewertung von sehr kontroversen Auffassungen, die durch die Befragungen zutage gefördert wurden, sehr zurückhaltend. Ich bin ja nicht der Richter, der sozusagen entscheiden muss, wer recht hat. Denn es sind so viele komplexe Themen, die in diesen einzelnen Konflikten angelegt sind. Diese Konflikte haben zum Teil auch eine persönliche Dimension. Es ist schwierig, sich dort als Richter aufzuspielen. Man sollte sehr zurückhaltend, mit sehr viel Fingerspitzengefühl und Sensibilität an diese Konflikte herangehen und versuchen, sie moderierend zu lösen.

### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Herr Professor Angelow, Sie haben vorhin in Ihrem Vortrag zur Erläuterung des Gutachtens auch ausgeführt, dass der Besuch eines Industriemuseums in Eisenhüttenstadt wichtig sei, um sozusagen ein breiteres Bild des Lebens in der DDR darzustellen. Nun ist es ja so, dass die Enquete-Kommission einen klaren Auftrag hat; das findet sich schon in ihrem Namen wieder: „Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Insbesondere das Thema des Gutachtens, das Sie zu erstellen hatten, gibt an sich eine etwas andere Richtung. Trotzdem: Man muss ja jeden Hinweis, der kommt, aufnehmen. Sie sind auch nicht Richter, sondern Sie geben Empfehlungen.

Meine Frage: Welches pädagogisch nachhaltige Ziel bei der Aufarbeitung von DDR-Unrecht hat aus Ihrer Sicht der Besuch einer Schulklasse in einem Industriemuseum? Können Sie einmal erläutern, was damit gemeint ist? Geht es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen oder die Tätigkeit der individuellen Mitarbeiter in diesem ehemaligen Betrieb? Was soll für die Schülerinnen und Schüler dabei herauskommen?

Zum Thema wissenschaftlich-juristischer Hintergrund: Auf Seite 31 Ihrer Ausführun-

gen schreiben Sie zur ehemaligen Haftanstalt in Cottbus von „Häftlingen aus den Prozessen des Staatssicherheitsdienstes“. Was, bitte, sind für Sie „Prozesse des Staatssicherheitsdienstes“ in der DDR gewesen?

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Das Zweite ist sicherlich ein Missverständnis. Ich müsste noch einmal schauen, ob hier eine missverständliche Formulierung vorliegt. Ansonsten gibt es natürlich keine Prozesse des Staatssicherheitsdienstes. Es gibt sozusagen Untersuchungsführungen, die durch die Stasi gemacht wurden; dann ist das damit gemeint.

Zum ersten Teil Ihrer Frage: Es ist eine Perspektive auf die DDR-Geschichte und auch auf die SED-Diktatur, die die Frage der Diktatur stärker mit der Alltagsperspektive verzahnt und an das anknüpft, was im kommunikativen Gedächtnis vorhanden ist. Das Ziel ist, an bestimmte Punkte anzuknüpfen, die von den Menschen verinnerlicht worden sind, die die Menschen erinnern und die sie beispielsweise in ihren Familien weitergeben. Ich halte diese Vorgehensweise für sehr geschickt, weil sie den Widerspruch bzw. die Lücke zwischen dem kommunikativen Gedächtnis und den Erinnerungen, die ja von der Opfer- bzw. der Widerstandserinnerung abweichen, schließen hilft. Das ist sozusagen das Ziel. Wenn man beispielsweise in einem solchen Museum darüber hinauskommt, nur einfach zu zeigen, wie bestimmte Produktionsprozesse ausgesehen haben, sondern wenn man zeigt, wie sich die soziale Situation der DDR im Kleinen abgespielt hat, wenn man zeigt, wie Hierarchisierungen stattgefunden haben, wie die Unterstellungen dieser Kombinate waren oder wie diese Industriestandorte ausgesehen haben, wie der Arbeitsalltag tatsächlich aussah, welche Probleme es mit der Zulieferung von Material gab usw., kann man sehr viel über das Wirtschaftssystem der DDR sagen, über ein System, das eine viel geringere Innovationsrate und eine viel geringere Effektivität hatte. Da sind Aussagen möglich über den Alltag der Arbeiter, über die Möglichkeiten der Arbeiter, Refugien außerhalb des Systems zu finden, aber auch Unterstellungen und solche Dinge sind hier von Bedeutung. Das ist eine Frage, die ich jetzt auch nicht ad hoc beantworten kann, weil man hierzu eine wissenschaftliche Fundierung benötigen würde. Aber ich bin der Meinung, der entscheidende Punkt ist, dass man an die Erfahrungen und die Erinnerungen der Menschen direkt anknüpft. Wenn man SED-Diktatur und DDR-Geschichte zeigt, dann sollte man die Potenzen, die sich aus diesem Anknüpfen ergeben können, nicht verschenken.

**Abg. Teuteberg (FDP):**

Herr Professor Angelow, ich möchte einige Anmerkungen machen und sie in eine Frage münden lassen, gerade zum Thema Vermittlung an junge Menschen, an Schüler im Land Brandenburg. Der Beutelsbacher Konsens als Überwältigungsverbot in der politischen Bildung kommt in Ihrem Gutachten ja häufig vor. Ich finde schon, dass das Verbot der Parteinahme sicherlich für tagespolitische Fragen gilt, wo die Lehrer nicht die Schüler im Sinne ihrer Meinung indoktrinieren sollen, sondern mögliche an-

dere Optionen und Sichtweisen aufzeigen sollen, dass das aber da seine Grenzen finden muss, wo es um eine Diktatur geht. Da muss es schon im Sinne aller Demokraten sein, eine Diktatur auch eine solche zu nennen, und zwar unabhängig davon, was gerade die Erzählung im Elternhaus ist. Gerade wenn Kinder im Elternhaus tagaus, tagein beschönigende Darstellungen über eine Diktatur hören, ist es Aufgabe der Schule, durch Aufklärung dieses Zerrbild zu korrigieren. Im Übrigen finde ich, dass Literatur wie „Das Tagebuch der Anne Frank“ oder Filme wie „Schindlers Liste“ durchaus legitime Mittel sind, Schülern diese Themen nahezubringen, ohne ständig irgendwie historisch korrigierend zu kommentieren, und ich finde, dass gerade Empathie auch mit Einzelschicksalen und Opfern eine ganz wichtige Aufgabe ist.

Ich komme zu einem Thema zurück, das wir schon in der Januarsitzung besprochen haben. Bei aller Meinungsvielfalt und Pluralität, die für die Wissenschaft richtig und wichtig sind, muss man irgendwann auch definieren, was das Minimum ist, das jeder Schüler in Brandenburg über die DDR lernen soll, übrigens nicht nur diejenigen, die das Abitur erwerben, sondern auch diejenigen, die nach der 10. Klasse abgehen. Dabei sehe ich schon Probleme darin, alles differenziert, vielfältig und in allen Verästelungen darzustellen. Man wird, glaube ich, einem Schüler in der 8. Klasse nicht alle außenpolitischen Bedingungen der DDR erklären können und muss doch einmal zu dem Punkt kommen, wo man auch deutlich sagt: Menschen, die ihr Land verlassen wollen, dafür mit dem Leben bezahlen zu lassen, das entsprach auch nicht dem, wozu sich die DDR völkerrechtlich verpflichtet hat, und das ist Unrecht, egal unter welchen besonderen politischen Bedingungen. Da stellt sich auch ein Zeit- und Quantitätsproblem.

Bei der Frage, wie viele Gedenkstätten Schüler besuchen sollen, ob sie zum Beispiel neben den Gedenkstätten, die besonders den Repressionscharakter verdeutlichen, wie ehemalige Haftanstalten, auch noch Alltagskulturmuseen besuchen sollten, habe ich schon die Vorstellung, dass wir erst einmal dafür sorgen sollten, dass genügend Schüler den Repressionscharakter durch eine Exkursion während ihrer Schulzeit angemessen erfahren, ehe wir das erweitern, was die Schule dort alles machen soll.

Es würde mich interessieren, was Sie sich als Minimum dessen vorstellen, was in der schulischen Bildung an Brandenburger junge Menschen vermittelt werden soll. Ich sehe dabei das Problem, über das wir im Januar schon gesprochen haben: Irgendwann müssen wissenschaftliche Erkenntnisse in die schulische Bildung transferiert werden, wo man wirklich auch einige Dinge definieren muss, die nicht infrage gestellt werden; denn auch in Bezug auf andere Epochen werden bestimmte Dinge im Schulbuch nicht noch einmal besonders infrage gestellt. Gerade für diesen Bereich ist es wichtig, in der Enquete-Kommission zu Handlungsempfehlungen zu kommen. Es würde mich interessieren, wie Sie das empfinden. Wenn die Wissenschaft sagt, sie könne und wolle nicht Richter spielen, ist das sicher richtig, aber um in der Schule etwas zu vermitteln, muss irgendwann die Stelle kommen, an der auch einmal gerichtet wird, glaube ich.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Vielen Dank, Frau Teuteberg, für Ihre Meinung. Ich sehe gar nicht einen so großen Widerspruch zwischen dem, was wir hier wollen. Natürlich muss die Diktatur vermittelt werden. Bloß geht mein Plädoyer dahin, Diktatur so differenziert wie möglich zu vermitteln, auch in ihrer zeitlichen Unterschiedlichkeit zu vermitteln, in unterschiedlichen Feldern, auch die Diskurse um Diktatur mit zu beleuchten. Es gibt ja keine einheitliche Meinung über die SED-Diktatur, sondern es gibt verschiedene wissenschaftliche Diskurse dazu. Das muss man sozusagen in die Diskussion mit einfließen lassen. Es geht nicht darum, Diktatur wegzureden oder schönzureden oder weichzuspülen. Das kann gar nicht Ziel einer schulischen oder wissenschaftlichen Beschäftigung mit der DDR sein, und das soll es auch gar nicht sein. Aber das schließt doch nicht aus, dass man sich gegenseitig nicht überwältigt und dass man an dem Beutelsbacher Konsens festhält. Ich sehe da gar keinen Widerspruch. Obwohl ich kein Lehrer bin und das nicht aus der Insider-Perspektive bewerten kann, meine ich, es ist doch für Schüler sicherlich viel besser, wenn sie um ein Thema diskutieren können, als wenn man ihnen von vornherein frontal sagt, wie sie über eine bestimmte Sache zu denken haben. Das regt also viel mehr zum Nachdenken an, ist viel interessanter und auch am Ende viel tiefergehend, was die Stoffvermittlung angeht.

Was das Minimum der schulischen Bildung betrifft, ist es wohl auch die Meinung des LISUM, dass sich in den letzten zwei Jahren, was die Lehrpläne angeht, doch einiges getan hat. Ich kann das im Einzelnen nicht bewerten und möchte das auch gar nicht. Es gibt hierzu noch ein extra Gutachten über die Arbeit mit den Lehrplänen in den Schulen usw. Mein Plädoyer geht in die Richtung, dass man Exkursionen in besonderer Weise fördern soll, dass man diese Exkursionen auch durch unbürokratische Hilfe unterstützen soll, dass man die Mittel für Exkursionen in unbürokratischer Weise freimachen soll. Denn hier lag offenbar auch ein Problem der Lehrer vor, die sich darüber beschwert haben, dass es einen zu großen logistischen Aufwand bedeuten würde, solche Exkursionen vorzubereiten, und dass die Mittel hierfür auch nicht immer zur Verfügung stünden.

**Abg. Melior (SPD):**

Ich möchte mich sehr kurz fassen, denn das Gutachten liegt allen vor, und alle hatten Gelegenheit es einzusehen. Ich möchte nur auf eine Schwierigkeit hinweisen, die Herr Professor Angelow selbst auch schon vorgetragen hat; aber es kommt vielleicht doch etwas klarer heraus, wenn ich sie noch einmal erwähne. Die Schwierigkeit liegt in der Spanne zwischen Quantität und Qualität; das ist ein ziemlich breiter Bogen. Normalerweise hätte man hier sehr viel mehr einsteigen müssen. Aber im Eingangstext des Gutachtens ist dies auch ausdrücklich angesprochen worden und der Hinweis enthalten, dass diese Schwierigkeit bestand und dass sich Herr Professor Angelow auch eher auf die qualitative Seite beziehen musste.

Ein zweiter Punkt hat mich beim Lesen sehr interessiert. Wir haben ja als Politikerinnen und Politiker immer wieder einmal Gelegenheit, an gemeinsamen Gesprächen

mit Schulklassen teilzunehmen, selbst in Gedenkstätten zu sein – ich zumindest nehme das in Anspruch – und dort miteinander zu reden. Ich habe das sehr aufmerksam gelesen; denn ich glaube schon, dass man auch auf Grenzen hinweisen muss, die im Gespräch mit Zeitzeugen deutlich werden, was die psychische Belastung der Zeitzeugen angeht – wir haben das als Enquete-Kommission in Cottbus auch selbst erlebt –, aber auch was die Situation der Schulklassen und der Lehrerinnen und Lehrer angeht. Ich wünschte mir da schon eine bessere Vorbereitung, sage ich jetzt einmal ungeschützt, wohl wissend, dass auch Lehrerinnen und Lehrer individuell zu betrachten sind und dass das in dem einen oder anderen Fall sehr gut gelingt, in anderen Fällen weniger gut. Zeitzeugen- und Gedenkstättenarbeit bleibt ein Spannungsfeld. Dieses Spannungsfeld muss auch entsprechend von allen Seiten betrachtet werden. Dazu würde ich uns alle ermuntern wollen. Ich wünsche mir – und da gebe ich Herrn Vogel ausdrücklich recht –, dass wir auf die authentische Darstellung von Zeitzeugen keinesfalls verzichten. Die Authentizität ist für die Schülerinnen und Schüler übrigens auch ein ganz wichtiger Punkt, ein ganz hohes Gut, aber dies dann mit entsprechender Vorbereitung und Diskussion zu den jeweiligen historischen Abschnitten zusammengefügt. Es ist ganz wichtig, dass junge Menschen selbst entscheiden können, wie sie damit umgehen, was für sie jetzt die Wahrheit ist, die sie selbst finden sollen, und der Weg, den sie selbst für sich suchen. Wir alle können uns daran erinnern, dass man in der Jugend auf der Suche danach ist und möglichst viel Pluralität erleben sollte, um seinen eigenen Weg zu finden.

Wenn wir uns gegenseitig die Biografien vorhalten oder wenn der Hinweis in Richtung Landeszentrale für politische Bildung erfolgt ist, möchte ich noch eine Anmerkung machen. Das Spannende sind doch die Brüche im Leben eines Menschen. Da wünsche ich uns etwas mehr Mut, diese auch auszuhalten, miteinander zu diskutieren und daraus Honig zu saugen.

#### **Abg. Kaiser (DIE LINKE):**

Ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich für das vorliegende Gutachten bedanken, Herr Professor. Das Thema war Würdigung von Opposition und Widerstand und Anerkennung des erlittenen Unrechts im Land Brandenburg. Aus meiner Sicht haben Sie für uns zu dieser Würdigung und Anerkennung klare Handlungsaufgaben formuliert. Ich vermisse, in Richtung des Kollegen Vogel gesagt, Empathie gegenüber den Opfern durchaus nicht, sondern sie sind aus meiner Sicht sehr differenziert berücksichtigt.

Die Handlungsempfehlungen für uns, die jetzt vorliegen, sind zu diskutieren. Das können wir heute nicht; sie beziehen sich auf die Bereiche der Bildungspolitik, der Wissenschafts- und Kulturpolitik. Es ist eine gesonderte Aufgabe, uns damit zu befassen.

Aus meiner Sicht ist uns auch die Grenze von quantitativen Erhebungen mit der Debatte um das erste Gutachten vor Augen geführt worden. Insofern habe ich die quantitativen Erhebungen nicht vermisst. Wir nähern uns solchen Gutachten, ihren Aussa-

gen und Empfehlungen immer von unterschiedlichen Seiten und Erfahrungen; das ist ja auch normal. Dass wir hier diskutieren, ist auch normal. Aber ich würde mir wünschen, darin Konsens zu erzielen, dass uns auch Widersprüche, die wir bei der Bewertung haben, in der Debatte am Ende voranbringen. So wäre für mich eine wichtige Schlussfolgerung für unsere Diskussion: Es sind hier klare Aufgabenstellungen an die Politik formuliert worden, auch im Hinblick auf die Anerkennung der Opfer; es ist „materiell und immateriell“ gesagt worden. Gerade das Emanzipatorische, das Einbeziehen der Menschen in heutige Prozesse, sie nicht einfach nur als Zeitzeugen – jemand erzählt sein Leben – zu betrachten, sondern zu akzeptieren, dass sie sehr wohl wichtige Beiträge zur Geschichtsbetrachtung, zur Stärkung demokratischer Strukturen zu leisten haben, kommt hier für mich zum Ausdruck. Es kommt für mich auch zum Ausdruck, dass wir uns beeilen sollten. Denn es geht auch darum nachzusehen: Was ist gelaufen? In welcher Art und Weise geht man mit Menschen um, die in der DDR, ja, Frau Teuteberg, in einer Diktatur, ganz klar, Nachteile gehabt haben, gelitten haben, zu Unrecht verurteilt wurden, in Gefängnissen saßen? Für mich ist das weit mehr als eine formale oder widersprüchliche Debatte aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Erwägungen heraus. Für mich ist einfach wichtig, dass wir uns möglicherweise gerade zu diesem Themenfeld, das Frau Poppe und Frau Melior verantworten, mit Schlussfolgerungen auch sehr zügig befassen, so sie politische Konsequenzen beinhalten. Das kommt aus diesem Gutachten ganz klar heraus.

Alles, was für die Träger der politischen Bildung, auch für die Bildungspolitik erarbeitet wurde, ergibt ausreichend Stoff, sich damit zu beschäftigen. Auch das, was von LISUM, von der Landeszentrale als zusätzliche Unterlagen im Original vorliegt, belegt: Dass diese Fragestellung der heutigen Sitzung unterbelichtet, ignorant oder nur formal im Land Brandenburg stattgefunden hat, lässt sich aus den uns vorliegenden Unterlagen, glaube ich, ausdrücklich nicht ableiten. Insofern ist mit dem, was uns hier vorliegt, für mich der Auftrag des Gutachtens erfüllt, und wir haben deutlich dezidierte und handlungsorientierte Empfehlungen.

Ich möchte noch zwei Bemerkungen zur Diskussion machen, eine im Zusammenhang mit einer Äußerung von Frau Teuteberg, die ich durchaus verstehe: Sie sagen, erst einmal solle den Schülern beigebracht werden, dass das eine Diktatur war. Ich sage aus eigenem Erleben: Wir hatten, weil hier immer wieder die Vergangenheitsdiskussionen über das Nazi-Regime als Parallele angeführt werden, möglicherweise den Beweis dafür, dass eine derart holzschnittartige ein-eindeutige Klarheit und Konzentration auf eine solche Bewertung am Ende nicht davor geschützt hat, dass man blind wurde vor den Zwängen einer neuen Diktatur, sondern dass sich demokratische Handlungen bei Kindern, bei jungen Leuten in einer Gesellschaft entwickeln, wenn Widersprüchlichkeiten zugelassen werden. Ich habe nicht das Gefühl, dass man das gegeneinander aufwiegen sollte.

Das bezieht sich auf eine weitere Bemerkung. Ich erinnere daran, was wir schon in der allerersten Diskussion dieser Kommission besprochen haben, als es um Geschichtsbilder an sich ging, dass es eben keine eindeutig zu verordnende Geschichtsbilder geben darf, sondern dass es verschiedene Aspekte gibt. Ich weiß

nicht, ob Sie sich an das Überraschungsmoment erinnern, als wir mit einem Althistoriker diskutierten und wir alle gesagt haben: Es war eine total überraschende Debatte und Schlussfolgerung für manche, weil sie das so nicht erwartet hatten, ich inklusive. Oder ich erinnere an die Diskussion mit Professor Sabrow und Professor Görde-markers, als es darum ging, dass es wissenschaftlich nicht haltbar ist, dass man ein vorgeschriebenes Geschichtsbild in den Mittelpunkt stellen oder überhaupt erwägen darf.

Ich habe inzwischen gelernt, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untereinander offensichtlich mit wesentlich weniger Ärmelschonern und weniger Diplomatie umgehen und diskutieren. Ich kann mich daran auch gewöhnen; an persönliche Angriffe werde ich mich nicht gewöhnen.

### **Abg. Günther (SPD):**

Ich tue mich leicht, mich beim Gutachter für das Gutachten zu bedanken, und zwar deshalb, weil es seine Funktion erfüllt: Ich kann mich an ihm reiben. Es gibt nicht in jeder Hinsicht meine Meinung wieder, aber es trägt zur Diskussion bei, wie wir auch schon gesehen haben. Ich werde jetzt versuchen, beide Pole, Plus- und Minuspol, für mich einmal hinzulegen. Auf der Plusseite – Sie haben es klargestellt – fordern Sie auch entgegen dem, was unterstellt wurde, gerade Schülerinnen und Schüler auf, nicht weniger, sondern mehr in Gedenkstätten zu gehen. Positiv ist für mich auch die Idee, dass ein Projekt bei der Landesbeauftragten angelegt werden soll, um Opfern ein Gesicht zu geben.

Was ich in jedem Fall anders sehe, ist die Frage der Schulung von Zeitzeugen, und zwar in jeder Hinsicht. Zeitzeugen sind so, wie sie sind, mit ihrer ganzen Biografie, und sie werfen Schlaglichter auf eine geschichtliche Epoche. Sie zu schulen hieße, ihre Unverfälschtheit zu verfälschen. Deshalb würde ich das in jeder Hinsicht ablehnen. Was ich gut und wichtig finde, ist die Schulung von Moderatoren, wie Sie es genannt haben, ich würde sagen, von Lehrerinnen und Lehrern, weil mir der Bildungsbereich auch am Herzen liegt. Ich sehe darin eher eine große Unsicherheit, Zeitzeugen aus diesem Bereich einzuladen. Schon um die Unsicherheit, wer ein Zeitzeuge ist, wen man einlädt, wie man mit ihm umgeht, abzubauen, ist es sehr wichtig, vorbereitet zu sein, einen Zeitzeugen in den Unterricht zu integrieren und ihn als das zu nehmen, was er ist, nämlich mit seiner individuellen Biografie ein Ausschnitt aus dieser Epoche.

An dieser Stelle auch die Frage: Sie haben auch Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich beleuchtet. Teilen Sie meine Auffassung, dass es eine zu große Zurückhaltung gibt, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, Zeitzeugen in den Schulunterricht zu integrieren?

Sie hatten formuliert, Gedenkstätten hätten die Aufgabe, Emotionen zu dämpfen. Hier bin ich definitiv anderer Auffassung. Gedenkstätten haben aus meiner Sicht nicht diese Aufgabe. Ich stelle mir das auch rein praktisch sehr schwierig vor. Dazu

würde ich gern noch Ausführungen von Ihnen hören.

Aus meiner Sicht ist es auch kein Gegensatz, eine Gedenkstätte und ein Industriemuseum zu besuchen. Ich komme aus einer Stadt, in der ein riesiges Stahlwerk stand. Die Bedeutung dieses Stahlwerks für die ganze Region deutlich zu machen, von der Frage der Arbeitskräfte bis zur Frage der Umweltbelastung, das ist möglich; aber es ist extrem anspruchsvoll. Das wäre für mich schon ein guter zweiter Schritt, wenn man denn schon den ersten Schritt macht, eine Gedenkstätte zu besuchen und sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Herr Professor Angelow, das waren im Grunde genommen zwei Fragen, zum einen eine Frage zur Integration von mehr Zeitzeugen und zum anderen eine Verständnisfrage zu Gedenkstätten und Emotionen.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Zunächst vielen Dank für die Statements. Ich habe zu dem Statement von Frau Kaiser noch eine kurze Anmerkung zu machen. Ich finde, es ist wichtig, noch einmal herauszustellen – es ist mir persönlich sehr wichtig, dies hier zu tun –, dass es mir nicht darum geht, die Frage der Einbeziehung von Opfern und Oppositionellen in die Zeitzeugenarbeit irgendwo infrage zu stellen, sondern mir geht es darum, diese so zu qualifizieren, dass dies in würdiger, auch in ansprechender und den Standards entsprechender Form geschieht. Das ist das, was ich hier noch einmal unterstreichen möchte. Ich möchte, dass hier keine Missverständnisse aufkommen.

Zu Ihrem Statement, Herr Günther: Ich denke, dass eine Schulung von Zeitzeugen abhängig sein soll von dem, was die Zeitzeugen selbst sagen, zu welchen Themen sie selbst Stellung nehmen. Solange sie ihre eigene Erinnerung darstellen, ihr Leben darstellen, die Dinge, die sie erlebt haben, authentisch wiedergeben, ist das in meinen Augen nicht nötig. Da reicht es, wenn man einen Zeitzeugen in ein Gespräch einbindet, ein Gespräch, das moderiert wird, und wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seine Erfahrungen und seine Erinnerungen weiterzugeben. Aber wenn er darüber hinaus allgemeinere Aspekte der DDR-Geschichte darstellt, wenn er über bestimmte Themenfelder, die wissenschaftlich im Diskurs sind, Stellung nimmt, dann gehört eine Schulung dazu. Dann ist das ein anderes Thema, dann ist das eine Frage, die mit der Zeitzeugenschaft und der Authentizität der Zeitzeugenschaft im engeren Sinne nichts mehr zu tun hat, sondern eine andere, eine weitere, eine wissenschaftliche Beschäftigung mit einem Thema nahelegt, und dazu gehört eine professionelle Schulung, finde ich.

Es gibt an den Universitäten – ich habe selbst in Potsdam Seminare zum Thema „Oral History und Einbindung von Zeitzeugen zur Potsdamer Stadtgeschichte 1945“ durchgeführt, wo mir viele Zeitzeugen auch persönlich bekannt wurden. Wir haben mit Studenten Zeitzeugenbefragungen zu diesem Thema, aber auch zur Wende-

bzw. Revolutionserfahrung 1989 durchgeführt. Es gibt solche Angebote an den Universitäten, und ich finde, es wäre gut, wenn man Lehrer nicht nur ermutigen könnte, sondern ihnen auch die Möglichkeit geben würde, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, um sich auch zu qualifizieren; denn das sind wirkliche Qualifikationsangebote, die sich auch an Lehrer richten. Es gibt Beispiele dafür, dass Lehrer an universitären Veranstaltungen teilnehmen und daraus auch einen großen Nutzen ziehen. Ich weiß nicht, woran das scheitert. Vielleicht sind es die Abminderungsstunden oder irgendwelche anderen Dinge, die dort eine Rolle spielen. Das sollte man einmal im Einzelnen prüfen.

Gedenkstätten haben eine dreifache Funktion. Es sind

- Orte der Erkenntnisvermittlung, also dessen, was man an geschichtlichem Umfeld darstellen will,
- Lernorte, aber auch
- Begegnungsorte und
- Gedenkstätten im Sinne von Gedächtnis, von Gedenken und von Trauer.

Der zweite Aspekt ist der Aspekt, auf den Sie eingegangen sind. Ich denke, man sollte Gedenkstätten auch nutzen, um kontroverse Narrative zur DDR-Geschichte und zur SED-Diktatur auszutauschen. Es geht nicht darum, dass wir uns gegenseitig auf die Schulter klopfen und uns gegenseitig versichern, dass wir alle gute Demokraten sind, dass wir auf dem Boden des Rechtsstaates stehen und gegen die Diktatur sind. Das ist zu einfach. Wir müssen unterschiedliche Lebenserfahrungen, die in der DDR gewonnen wurden, unterschiedliche Narrative, unterschiedliche Erzählungen von DDR, so wie sie die Erinnerungslandschaft, die eine plurale Erinnerungslandschaft ist, auszeichnen, auch in den Gedenkstätten zur Sprache bringen. Das ist ein kontroverser Prozess, der aber auch Irritationen und Unterschiedlichkeiten, auch biografische Unterschiedlichkeiten, deutlich macht und der viel mehr zum Nachdenken, zur Auseinandersetzung und zum kritischen Reflektieren einlädt als eine sich gegenseitig bestätigende Form der Präsentation.

### **Prof. Dr. Wolfgang Merkel:**

Wichtiges wurde gesagt, und insofern kann ich mich sehr kurz fassen. Dennoch eine Bemerkung zu den Begriffen „Schulung“, „Qualifizierung“, „allgemein verbindliche Normen“, „Standards“, „ungefilterte Führungen sind zu vermeiden“. Ich will mich nicht an den Begriffen aufhängen, die Begriffe sind aber mehr als problematisch. „Filter“ ist Zensur. Wo auch immer Sie Ihre „allgemein verbindlichen Normen“ hernehmen, ist fraglich. Welche „Standards“ Sie meinen, ist ebenso fraglich. Es ist auch ein Verkennen, welche Funktion Zeitzeugen haben. Das ist ein höchst subjektiver Blick auf die Geschichte, soll ein subjektiver Blick sein und bleiben und kann nicht durch angeblich existierende allgemeine Normen und Standards verwässert werden. Das ist nach meiner Meinung ein völliges Verkennen der Funktion, die Zeitzeugen haben, um Einsicht in die Dechiffrierung von Geschichte zu nehmen. Sie würden genau diese Authentizität zerstören, wenn Sie – wie Sie das auch immer nennen – Schulungen

durchführen. Ein hoher Informationsverlust wäre damit verbunden. Wir wissen das aus sozialpsychologischen und anderen Forschungen. Wenn dann die Zeitzeugen durch den Filter der professionellen Schulungen ihre subjektiven Erlebnisse schildern sollen, sind es nicht mehr ihre subjektiven Schilderungen. Das ist etwas, wo sicherlich keinerlei Standards – um einmal Ihren Begriff zu verwenden – in einem wissenschaftlichen, öffentlichen, politischen Diskurs anzuwenden wären.

### **Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Angesichts des Diskussionsverlaufs will ich mich auf zwei Anregungen beschränken und mich beim Gutachter erkundigen, ob er sich meine Anregungen zu eigen machen möchte.

Anregung 1 beruht auf einem Satz, den ich in Ihrem Gutachten außerordentlich interessant finde. Dort ist auf Seite 15 zu lesen:

„Beim Gedenken an Repression und Unrecht in der DDR spielen Erinnerungsorte eine bestimmende Rolle. Mit ihnen ist die Vorstellung verbunden, dass das kollektive Gedächtnis einer sozialen Gruppe an bestimmten Orten kristallisiert, wobei ‚Ort‘ sowohl als geografischer Ort als auch als mythische Gestalt, Ereignis, Institution oder Begriff, aber auch als Buch oder Kunstwerk usw. definiert werden kann. Diese Orte besitzen eine aufgeladene symbolische Bedeutung, die für die jeweilige Gruppe identitätsstiftend sein kann.“

Das heißt, das gilt auch für Bezeichnungen von Straßen. Hier will ich, weil ja die Wahrheit verfluchterweise immer konkret ist, ein konkretes Beispiel nennen: Strausberg. Dort gibt es eine Straße, die nach Peter Göring benannt ist. Dieser Mann hat mit 44 Schuss einen 14-jährigen Flüchtigen erschossen – zusammen mit zwei weiteren. Er selbst wurde auch erschossen, und zwar im Mai 1962 von einem West-Berliner Polizisten. Es ist also ein Erinnerungsort, wenn an diesen Mann erinnert wird – so what! Wenn das eben dem kollektiven Gedächtnis nützlich sein soll, dann gut. Aber in Strausberg existiert auch eine Straße, auf der sowjetische Panzer entlangrollten, um den 17. Juni in Berlin niederzustampfen. Frage 1 an unseren Gutachter: Könnten Sie sich vorstellen, dass man zumindest einen einzigen Kilometer dieser Straße nach dem 17. Juni benennt – als Erinnerungsort für einen Teil einer Gesellschaft?

Anregung oder Frage 2: Ich habe in Ihrem Gutachten gelesen, dass es Erinnerungsorte auch für die Herbstrevolutionäre 1989 in Potsdam gibt. Sie heben dort insbesondere auf den Pflingstberg und das Café Heider ab. Ich gebe zu, ich war nur Wessi, der hier als Tourist über die Straßen gelaufen ist, ein neugieriger Bürger im Oktober und November 1989. Aber ich meine, dass der ökumenische Friedenskreis in der Potsdamer Erlöserkirche, wo der Gründungsaufruf des Neuen Forums in Potsdam verabschiedet und auch die Demonstration für den 4. November 1989 vorbereitet wurde, einen Hauch gewichtiger sein könnte als das Café Heider. Oder: Die Babelsberger Friedrichskirch-Gemeinde – ich denke nur an das Pfarrerehepaar Flade – hat

die erste Informationsveranstaltung des Neuen Forums und auch das provisorische Büro des Neuen Forums am 4. November 1989 beherbergt. Könnten Sie sich vorstellen, diese beiden Erinnerungsorte mit zu empfehlen? Sie finden in Ihrem Gutachten gar keinen Niederschlag. Wobei dies, wenn ich mich richtig erinnere – und ich war nur Zuschauer –, die zentralsten Orte in Potsdam waren.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Ich kann mir sowohl das Erste als auch das Zweite ohne Probleme vorstellen. Es ist so, dass die Idee, dafür das Café Heider als Beispiel zu nehmen, aus der Tatsache resultiert, dass dort die friedliche Revolution in Potsdam, also die Demonstrationen im Oktober 1989, meines Wissens ihren Ursprung hatte.

(Zurufe – Herr Prof. Dr. Müller-Enbergs: Das war nur ein Fluchtort. Aber wenn man die Literatur – es gibt sechs Bücher dazu – zur Kenntnis nimmt, dann wird das sehr genau von den beteiligten Oppositionellen in Potsdam geschildert.)

Aber man kann diese Orte natürlich beliebig ausweiten. Man muss sich dann überlegen, wo man sozusagen das Gedächtnis signifikant festmachen kann und wo vielleicht auch die Wirkung am größten ist, um einen solchen Ort irgendwie zu benennen.

Das Statement von Herrn Kürschner würde ich ganz kurz beantworten: Ich habe natürlich meine wissenschaftliche Verortung und auch den Standort meines Statements deutlich offengelegt. Zu dem Problem der Schulung von Zeitzeugen habe ich viel differenzierter bereits Auskunft gegeben, als mir das in der Frage abverlangt wurde.

**Prof. Dr. Klaus Schroeder:**

Ich muss darauf bestehen: Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass Wissenschaft, auch historische Wissenschaft, Bewertungskriterien hat. Es gibt keine wertfreie Wissenschaft, die sozusagen einfach nur etwas in den Raum stellt. Und ich halte es für ein Gebot der Fairness, dass Wissenschaftler offenlegen, auf welcher Basis sie beispielsweise die DDR bewerten.

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland in einer wehrhaften Demokratie mit Pluralismus. Aber der Pluralismus hört da auf, wo Freiheit und Demokratie infrage gestellt werden, und er hört da auf, wo eine menschenverachtende Diktatur im Nachhinein noch legitimiert werden soll. Ich meine, das muss auch für uns hier eindeutig klar sein.

Zum zweiten Punkt, der hier erwähnt wurde: In dem Gutachten wird den Gedenkstätten auch noch vorgeworfen, dass Schüler, die da waren, nicht vorbereitet waren. Das kann man natürlich den Gedenkstätten nicht vorwerfen. Aber hierzu gibt es mehrere Studien. Auch wir führen derzeit Schülerbefragungen durch, die sowohl NS- als auch

DDR-Gedenkstätten besuchen. Sowohl bei uns als auch bei anderen Studien hat sich herausgestellt, dass nicht die Vorbereitung des Besuchs, sondern die Nachbereitung das Entscheidende ist. Bei Schülern bleibt in einem Jahr mehr hängen, wenn es gut nachbereitet ist. Wenn es nur vorbereitet und nicht nachbereitet ist, bleibt viel weniger hängen. Darauf muss man achten und dann den Lehrern auch sagen, dass die Nachbereitung auf keinen Fall vergessen werden darf. Denn wenn etwas im lebendigen Gedächtnis der jungen Menschen bleiben soll, muss hinterher, nachdem sich der erste, vielleicht auch emotionale Eindruck gelegt hat, darüber diskutiert werden. Dann kann es auch in den Kontext, meinetwegen auf die DDR bezogen, des Herrschaftssystems, des Alltags usw. der DDR gestellt werden.

Also, wir sollten hier nicht immer alternativ diskutieren, sondern vieles hängt ja miteinander zusammen, und wir sollten das – um ein Modewort zu nehmen – ganzheitlich betrachten, wo sowohl Gedenkstätten, Zeitzeugen als auch wissenschaftliche Betrachtung usw. eine Rolle spielen, und das, was wir erreichen wollen – wir wollen Demokratieerziehung bei den jungen Menschen erreichen, auch in der Betrachtung der Diktatur – scheint mir immer ein bisschen außen vor zu bleiben.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Danke. – Herr Dr. Stolze, bitte.

#### **Dr. Reinhard Stolze:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich finde es ein wenig schade, dass die heutige Runde so wenig über die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen diskutiert, die ich eigentlich auch für diskussionswürdig einschätze, wie Herr Vogel. Er hat den Professor ja sogar dafür gelobt, und ich muss sagen: Wir sitzen eigentlich hier zusammen, um uns die Frage zu stellen: Wie können wir das zukünftig besser machen? Es gibt natürlich eine Menge Kritik an dem Gutachten. Darüber möchte ich im Detail nichts sagen, weil ich auch nicht der Spezialist bin. Sie wissen, ich bin Landwirt, kein Historiker oder Pädagoge. Aber ich möchte die Frage aufwerfen, die nach meiner Ansicht eine wichtige Gretchenfrage ist: Wie kann die Wirksamkeit der Geschichtsvermittlung an unsere Kinder bzw. an die Bevölkerung allgemein erhöht werden? Ich stelle nicht fest, dass wir hier schon den Stein der Weisen gefunden haben und mit welchen Methoden wir das machen wollen.

Ich muss Ihnen sagen: Mein Geschichtsbild – ich bin in der DDR großgeworden, in der DDR-Zeit zur Schule gegangen – hat mir mein Großvater vermittelt. Er war ein Kaisertreuer. Nach Kaiser Wilhelm II. gab es nur Scharlatane, Pharisäer, Philister, Verbrecher usw. Er war im „Stahlhelm“; er hat Hitler nicht verehrt und war auch gegen Adenauer, weil er meinte, der teile Deutschland. Ich möchte Ihnen das nur einmal so erzählen.

Aus dieser Sicht habe ich eigentlich alle Kenntnisse, die die Lehrer mir in der Schule über das Nazireich vermitteln wollten, sehr kritisch betrachtet. Ich gebe ehrlich zu:

Als zum Beispiel das Braunbuch der DDR auf den Tisch kam, habe ich daran gezweifelt. Das neue Braunbuch, das in der Bundesrepublik herausgegeben wurde, hat noch viel schlimmere Tatsachen über diese Zeit hervorgehoben. Aus dieser Sicht heraus bin ich wie Frau Teuteberg dafür, dass das Vermitteln einer Diktaturform wichtig und richtig ist. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit.

Aber ich stelle einmal die Frage: Wenn wir nur die Diktatur in der Schule vermitteln wollen – ist das glaubwürdig? Nehmen das unsere Kinder an? Ich habe eine Enkeltochter in Strausberg. Sie war sogar in Hohenschönhausen und kam mit einem Berg an Fragen zurück. Aber diese wurden nicht diskutiert; das hat sie mit mir gemacht. Ich erzähle das aus meinen ganz persönlichen Blickwinkel, weil ich kein Fachmann für Geschichte bin. Ich möchte das nur einmal schildern, wie sich das in einer Familie abspielt.

Wenn wir die Sache nicht ausgewogener, differenzierter usw. behandeln und nur die Repressionsverfahren betonen und in den Mittelpunkt stellen, dann glaube ich nicht, dass wir viel erreichen, wenn wir nach Hause gehen und der Vater oder Großvater sagt: Mädels, aber die Bockwurst hat nur 95 Pfennig gekostet. So spielt sich das doch in Wirklichkeit ab. Ich finde, das, was wir hier machen, ist für Wissenschaftler – Methodik usw. – eine hoch interessante Diskussion. Aber ich weiß nicht, ob sie uns weiterhilft, die Wirksamkeit der Geschichtsvermittlung zu erhöhen; und vielleicht, Herr Professor, haben Sie da weitergehende Forschungen, als Sie in den Handlungsempfehlungen aufgeschrieben haben.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Ich würde jetzt fortsetzen. Herr Prof. Stolze, zu Ihren Hinweisen: Fachleute sind wichtig, aber wir wollen es ihnen nicht allein überlassen, und die Entscheidung dafür werden wir in der Enquete-Kommission am Ende treffen. Daher sind die Fachleute, wie auch das, was Sie aus dem normalen Leben schildern, sehr wichtig. Dafür haben Sie schon die richtigen Worte gefunden. – Ich würde nun Frau Teuteberg, danach Herrn Prof. Schröder und anschließend noch einmal Herrn Prof. Angelow das Wort erteilen. – Frau Teuteberg, bitte.

#### **Abg. Teuteberg (FDP):**

Ich möchte gern noch einmal auf das eingehen, was Frau Kaiser sagte und jetzt auch Herr Prof. Stolze aufgegriffen hat. Ich denke, es gibt noch etwas zwischen "holzschnittartig" und "alles diskutieren und differenzieren". Ich habe übrigens nicht gesagt, man solle nicht diskutieren, sondern die entscheidende Frage ist doch: Worüber wird in der Schule noch diskutiert? Wird der Unrechtscharakter noch infrage gestellt, oder diskutiert man eher darüber, dass Menschen verschiedene Motive oder Zwänge haben, die sie zu einem bestimmten Handeln geleitet haben?

Ich habe jedes Verständnis dafür und finde es auch gut, wenn man diskutiert, mit welchen Motiven Menschen möglicherweise am Anfang an die DDR geglaubt haben.

Aber trotzdem ist es Aufgabe des Lehrers, zum Beispiel den Kindern klar zu sagen, dass auch die frühen Wahlen in der DDR keine Wahlen waren, die demokratischen Maßstäben genügen. Wenn man sich die Befragung von Schülern anschaut, dann ist auch über relativ einfache Tatsachen über die DDR noch nicht genug Klarheit vorhanden, und ich meine, das ist der Punkt, wo auch von Lehrern Klarheit gefragt ist, dass man über viele Sichtweisen in der Schule diskutieren kann und dann doch dazu kommen muss, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt – die Mittel, die die Diktatur angewandt hat.

Das ist keine Frage zwischen "holzschnittartig" und "diskutieren", aber man muss die Grundlage der Diskussionen klarmachen, und dabei sind wir noch nicht an dem Punkt, den wir brauchen. Das ist nur ein Beispiel, die Frage, dass der Lehrer nicht sagen kann, es sei eine Demokratie neuen Typs und das kann man auch gut finden, sondern er muss klar sagen: Ist das eine Demokratie, wie wir sie definieren, oder ist es keine? Dann kann sich immer noch jeder Schüler seine eigene Meinung bilden und eigene Erfahrungen oder Dinge, die ihm seine Eltern und Großeltern erzählt haben, einbringen. Das ist kein Widerspruch. Aber ich denke, dass wir eine bessere Grundlage dafür legen müssen, dass sich die Schüler ihre eigene Meinung bilden können, und dabei müssen Lehrer bestimmte Dinge auch klar darstellen.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Danke. – Herr Prof. Richard Schröder, bitte.

#### **Prof. Dr. Richard Schröder:**

Ich finde auch, wie manche meiner Vorredner, dass man aufpassen muss, dass wir mit dem Argument des Pluralismus und wie schön dieser sei, nicht geradewegs in einen Relativismus steuern. Alles ist irgendwie gleichrangig. Es gibt auch falsche Meinungen. Es gibt nicht nur zutreffende oder weniger zutreffende, sondern es gibt auch falsche Meinungen. Man kann falsche Meinungen mindestens an der Selbstwidersprüchlichkeit identifizieren.

Nun möchte ich einmal darauf hinweisen, dass wir bei den Diskussionen um die DDR-Diktatur in aller Klarheit sagen können: Die legitimatorische Behauptung, die unabhängige Justiz sei schädlich, sie müsse parteilich sein, dann sei sie besser, die grundsätzliche Ablehnung der Gewaltenteilung ist ja nicht nur gemacht worden, sondern es ist auch so gerechtfertigt worden mit Argumentationen, die wahrheitswidrig waren. Die verlogene Selbstlegitimation der Diktatur ist in meinen Augen nichts, zu dem man sagen kann, man kann auch anderer Meinung sein und behaupten, es war nicht verlogen, dass diese Wahrheiten, die dort gemacht worden sind, die wahren Wahrheiten seien, dass diese Demokratie, die mit der Diktatur identisch sein sollte, die wahre Demokratie sei. Das ist keine Meinung, die man auch haben kann. Haben kann man sie, aber dann hat man eben eine falsche Meinung, das wollte ich hier einmal feststellen. Die Kriterien des Selbstwiderspruchs – den Blick auf Argumentation bzw. auf Reden und Tun – sind handhabbar, und wenn dann noch jemand sagt: Ich

sehe das aber anders, dann kann es passieren, dass man ihm berechtigterweise sagt: nämlich falsch.

Nun, Frau Kaiser, komme ich noch einmal zu Ihrer Theorie, die ich so verstanden habe: Man habe die nationalsozialistische Diktatur so massiv eineindeutig abgelehnt, dass daraufhin Menschen, ohne es richtig zu merken, in die nächste Diktatur geschlittert sind und diese mit aufgebaut hätten. Habe ich das Argument richtig verstanden?

**Abg. Kaiser (DIE LINKE):**

Ja.

**Prof. Dr. Richard Schröder:**

So habe ich Sie verstanden. Dann muss ich Ihnen sagen: Sie haben diejenigen Kommunisten, die aus dem Antifaschismus die Notwendigkeit einer weiteren Diktatur gefolgert haben, falsch verstanden; denn die haben anders argumentiert und gesagt: "Amboss oder Hammer sein". Nach der Diktatur des Monopolkapitals werden wir die Macht nicht wieder aus der Hand geben. Sie waren der Meinung, die richtige Antwort auf die Diktatur des Monopolkapitals sei die Diktatur des Proletariats bzw. des Politbüros.

So herum ist es gewesen, und nicht, dass man den Nationalsozialismus so eindeutig verurteilt hätte, hat zu diesem Irrtum geführt, sondern dass man keine anständigen Kriterien zur Beurteilung einer Diktatur angewandt und gesagt hat: Gewaltenteilung – bürgerliches Allotria, unabhängige Justiz – bürgerliches Allotria. Das haben sie alles auf den Misthaufen der Geschichte geworfen und nicht kapiert, dass eine Diktatur mit entgegengesetzter Begründung auch noch eine ist. Das sind Behauptungen, bei denen ich mir nicht sagen lasse, man kann mit demselben Recht auch anderer Auffassung sein.

Es gibt – bei allem Pluralismus – den Unterschied zwischen richtig und falsch an einigen Punkten. Dafür wollte ich mich hier noch einmal mit aller Entschiedenheit stark machen. Herr Sabrow hat unter anderem über die Menschenrechte gesagt – auch unter dem Gesichtspunkt, man solle nicht mit eineindeutigen Maßstäben arbeiten –, das sei doch ein relativ junger Maßstab, der vor circa 40 Jahren überhaupt nicht üblich gewesen sei, und ich mache mir Vorwürfe, dass ich dem nicht entgegengetreten bin.

Ich kann dazu nur sagen: Mein Vater war ein überzeugter Rechtsstaatler. Er hat regelmäßig beim Mittagessen darauf herumgehackt, welches der verfassungsrechtlichen Grundrechte der DDR-Verfassung an dieser oder jener Stelle schon wieder einmal gebrochen wird. Das heißt, es stimmt nicht, dass wir 1949 so dumm waren, nicht zu wissen, was Grund- oder Menschenrechte sind, und erst später irgendjemand gekommen ist und uns klargemacht hat, was es heißt, wenn jemandem Grundrechte in

der Verfassung vorenthalten werden. Primitivisieren Sie uns also nicht so sehr; ein wenig helle waren wir zu DDR-Zeiten auch. – Danke.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Herr Professor, eigentlich sollte jetzt Schluss sein mit den Nachfragen, aber nun hat sich Frau Kaiser angesprochen gefühlt.

**Abg. Kaiser (DIE LINKE):**

Vielleicht ist es ein Missverständnis. Sie sagen, ich habe mich angesprochen gefühlt. Ich glaube, ich wurde angesprochen, und damit möchte ich an dieser Stelle sagen, weil mir das sehr wichtig ist: Dies ist jetzt ein Moment, in dem ich mich durchaus verstanden fühle, und gleichzeitig möchte ich etwas richtigstellen:

Ich bin genau Ihrer Meinung. Sie haben das vielleicht viel besser gesagt, als ich das sagen konnte, und zwar theoretisch. Aber ich bin keine Theoretikerin auf diesem Gebiet. Ich bin Jahrgang 1960 und habe versucht zu sagen, dass ich als Mensch diese Geschichte, die eindeutige Vermittlung, nicht erlebt habe. Ich habe andere erlebt und kann anderes belegen – aber diese habe ich nicht erlebt –, das mich möglicherweise für Momente in meinem Leben unsensibel gemacht hat, in dem ich großgeworden bin.

Deshalb war es für mich wichtig zu sagen, dass es nicht allein wichtig ist, ein Urteil zu fällen und zu sagen, das ist wichtig; wenn du das verstanden hast, ist alles richtig und der Rest ist unwichtig, sondern dass möglicherweise diese Widersprüchlichkeit genau in der Art, wie Sie es gerade beschrieben haben, diskutiert werden muss. Ich habe – und darum ging es – das Herangehen von Herrn Prof. Angelow und seine Handlungsempfehlungen genau so verstanden, dass es nicht darum geht, A oder B zu sagen oder bei „holzschnittartigen“ Erkenntnissen stehen zu bleiben, sondern es aufzuweichen und die Möglichkeiten für eine differenziertere Sicht zu öffnen. Ich fühle mich von Herrn Prof. Angelow sehr verstanden.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Herr Prof. Angelow, Sie erhalten jetzt die Gelegenheit zu einem Schlusswort.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es sehr kurz machen. Zunächst einmal gibt es zwischen dem, was Frau Teuteberg verlangt hat, und dem, wofür Herr Schröder plädiert hat, von meiner Position aus eigentlich überhaupt keine Differenz. Ich bin auch gegen Relativismus und eine ohne moralische Standpunkte verordnete pluralistische Vorstellung von Geschichte. Ich bin nur der Auffassung, dass man als Historiker bei den moralischen Statements nicht stehen bleiben darf und kann, sondern dass man hierbei differenzieren muss und dem wissenschaftliche Er-

kenntnisse anfügen muss.

Mir erschien auch wichtig – um noch einmal kurz auf die Meinungsäußerung von Herrn Schroeder einzugehen –: Was die Schülerbefragung betrifft, Herr Schroeder, möchte ich Ihnen überhaupt nicht widersprechen. Sie sind Spezialist für diese Dinge, und wenn Sie der Auffassung sind, dass die Nachbereitung entscheidender ist als die Vorbereitung, dann kann ich das nur zur Kenntnis nehmen. Ich denke aber, dass die Vorbereitung der Schüler natürlich auch wichtig ist, dass sie kontextualisiert in eine solche Veranstaltung hineingehen und wissen, was sie erwartet, dass sie einen Überblick über die allgemeinen Abläufe haben, die hier möglicherweise eine Rolle spielen, damit sie in der Lage sind, die individuelle Lebenserfahrung eines Einzelnen, die im Oral History oder in einer Zeitzeugenbefragung deutlich wird, einzuordnen.

Es geht mir nicht um die Legitimierung der Diktatur; das ist ganz abwegig. Ich möchte mich auch dagegen verwahren, Diktaturen monolithisch erscheinen zu lassen. Ich denke, wir haben hier ein Problem, zwischen einer politischen und einer wissenschaftlichen Diskussion zu unterscheiden. Ein statisches Verständnis von Diktatur oder Demokratie ist mir persönlich ganz fremd. Ich bin als Wissenschaftler natürlich angehalten, hierbei zu differenzieren und die Unterschiedlichkeiten in der Diktatur zu sehen sowie die unterschiedlichen Diskurse um die Diktatur mitzudenken.

Ich möchte noch einmal kurz auf das Statement von Herrn Stolze eingehen. Die Wirksamkeit der Geschichtsvermittlung ist ein Thema, worüber man Bücher schreiben könnte. Das ist eine so hoch komplexe Angelegenheit, die in ihrer Wirksamkeit überhaupt nicht umfassend bewertet werden kann; denn wir wissen nicht, welchen Einfluss beispielsweise die modernen Medien auf das Geschichtsbild haben und wie das familiäre Umfeld, soziale Beziehungen, Kontakte usw. im Vergleich zu dem gewichtet werden müssen, was zum Beispiel in den Schulen gelehrt wird. Das ist eine sehr schwierige Angelegenheit, die in ihren Wirkungen auf die Schüler unbedingt mitgedacht werden muss.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Danke schön, Herr Prof. Angelow.

**Zu TOP 3: Anhörung von Sachverständigen bzw. Betroffenen zum Thema  
„Würdigung von Opposition und Widerstand und Anerkennung  
des erlittenen Unrechts im Land Brandenburg“**

Nun darf ich in der Tagesordnung fortfahren. Wir kommen jetzt zur Anhörung der Sachverständigen. Der Fragenkatalog sollte jetzt auf dem Beamer zu sehen sein. Wir dürfen beginnen mit Herrn Prof. Dr. Eckert. Meine herzliche Bitte an alle Anzuhörenden und die Zeugen, sich auf 10 Minuten zu beschränken.

**Prof. Dr. Rainer Eckert (Anzuhörender):**

Herzlichen Dank für die Einladung sowie für die Bitte um Kürze. Es freut mich ganz besonders, hier sprechen zu dürfen – zum Ersten als Potsdamer und zum Zweiten als jemand, der seine Jugend im Café Heider verbracht hat. Darüber könnte ich vieles erzählen. Das spare ich mir. Ich bin übrigens immer noch vom Wohnort her Brandenburger.

Meine Damen und Herren! Die Auseinandersetzung mit der Geschichte totalitärer Herrschaft in Deutschland ist notwendig und unverzichtbar für die Stabilisierung der Demokratie in unserem Land. Wenn ich das sage, habe ich beide Formen totalitärer Kulturen, den Nationalsozialismus und die kommunistische Diktatur, im Blick, ohne hier gleichsetzen zu wollen. Vergleich ja, aber keine Gleichsetzung. Das muss immer klar sein.

Mein zweiter Punkt ist: Wir sind in der Auseinandersetzung mit den Themen in Deutschland so weit wie in keinem anderen Land der Welt mit einer postdiktatorischen Gesellschaft. Auch dies sollte nicht vergessen werden. Ich denke, dass im Zentrum der wissenschaftlichen Auseinandersetzung die Beschäftigung mit Opposition, Widerstand und politischer Repression in der SED-Diktatur stehen sollte, dass dies aber nicht von Alltagsbezügen und allgemeinen gesellschaftlichen und sonstigen Herrschaftsstrukturen zu lösen ist. Eine ähnliche Debatte ist damals schon über Jahre geführt worden. Ich bin weiterhin der Meinung, wir kommen sonst zu keinem die breite Bevölkerungsmehrheit widerspiegelnden Bild.

Der dritte Einführungspunkt ist folgender: Es ist immer wieder zu hören, wir wären in der Auseinandersetzung mit diesen Themen in Deutschland weit zurück und würden ganz am Anfang stehen. Unser Geschichtsbild würde von Ostalgie und den Geschichtsstrukturen der Geheimpolizei und den Altkadern der Staatspartei beherrscht werden. Ich vermag dies nicht zu teilen. Mir ist durchaus bewusst, dass sich letzters wieder die hundert NVA-Offiziere in Uniform im Berliner Tierpark getroffen haben, aber unser Geschichtsbild, in der Geschichtsdiskussion wird davon nicht berührt. Wir haben hier eine feste Basis, auf der wir stehen können.

Die Diskussion um Opposition, Widerstand und politische Repression setzte nach der friedlichen Revolution 1989/90 relativ schnell ein und gehört heute zu den bestverfolgten Gebieten deutscher Zeitgeschichte. Es ist immer etwas peinlich, pro domo zu sprechen, aber vor drei Tagen ist eine dicke Bibliografie von mir zu diesem Thema zur Leipziger Buchmesse, die gerade stattfindet, erschienen. Ich habe Tausende von Titeln zu diesem Thema zusammengetragen, um gegen das Argument anzugehen, das wäre viel zu wenig vorhanden.

Etwas anderes ist natürlich die Frage: Woran soll in einer Demokratie zuerst erinnert werden? Ich halte es für selbstverständlich – das ist auch gesagt worden –, dass die Opfer anzuerkennen und zu würdigen sind. Nun gibt es in der Bundesrepublik verschiedene Defizite, so auch in Brandenburg. Zu den Defiziten, auch hier in Branden-

burg, die ich sehe, zählt der geringe öffentliche Bekanntheitsgrad derjenigen Menschen, die Opfer politischer Verfolgung wurden oder die Widerstand leisteten.

Ein anderer Punkt, der noch nicht angesprochen wurde, ist, dass über die Folgen der Zersetzung Oppositioneller durch die Geheimpolizei und die Staatssicherheit Unklarheit herrscht, genauso wie über die Auswirkungen indirekter Disziplinierung und deren Langzeitschäden. Jeder, der einen Antrag stellt, um als Opfer politischer Gewalt anerkannt zu werden, wird auch in Brandenburg diese bittere Erfahrung machen müssen. Ich denke, hier herrscht dringender Handlungsbedarf.

Ein nächster Punkt, für den ich in der Kürze der Zeit plädieren möchte, ist, dass wir in unserem heutigen demokratischen Selbstverständnis und auch in unserer wissenschaftlichen Beschäftigung mit der kommunistischen Diktatur die Perspektive stärker verlagern – von den Opfern hin zu denen, die aktiv Widerstand geleistet haben. Das will ich auch nicht vernachlässigen, das ist klar, weil jene, die aktiv Widerstand geleistet und Zivilcourage gezeigt haben, dann zum Teil Opfer der politischen Verfolgung wurden. Das weist in die Zukunft unseres demokratischen allgemeingültigen Gesellschaftswesens.

Zu dem, was hierzu bisher vorliegt, will ich mich an zwei Punkten orientieren. Das widerständige Verhalten ist nicht gleichmäßig erforscht. Wir haben deutliche Schwerpunkte: zeitliche Schwerpunkte sowie einen Schwerpunkt in der frühen Zeit nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone und dann wieder in der Periode der Bürgerbewegungen in den Achtzigerjahren sowie in der friedlichen Revolution. Ganz typisch ist das Herausheben einzelner Persönlichkeiten. Ich möchte dazu Havemann oder Biermann nennen. Relativ weit ist die Forschung des Widerstands in der Nationalen Volksarmee. Auch das sowjetische Speziallager, Justizterror ist inzwischen relativ gut erforscht.

Wir haben darüber hinaus territoriale Schwerpunkte. Die Schwerpunkte der Veröffentlichungen liegen in Sachsen und Thüringen und, was die Städte betrifft, in Berlin, Dresden, Jena oder Leipzig; und wir haben eine Forschung, die sich an großen Jubiläen orientiert. Dies ist zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni ganz deutlich gewesen sowie zum Jahrestag der friedlichen Revolution 2009 in Leipzig, und es wird in diesem Jahr mit dem Jubiläum des Baues der Berliner Mauer wieder deutlich werden.

Das ist wissenschaftspraktisch wahrscheinlich normal und nicht zu verhindern. Es ist auch sinnvoll; es gibt Ressourcen dafür. Das Problem dabei ist, diese erreichten Erkenntnisse auch nachhaltig zu gestalten. Besonders deutlich wurde das bei den Feiern anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni. Von einem Tag zum anderen war es kein Thema mehr in den Medien. In der öffentlichen Wahrnehmung gab es insgesamt damit ein Problem, so auch in Brandenburg. Wenn man sich die Literatur im Einzelnen ansieht, wird man feststellen, dass die Literaturverzeichnisse der vorliegenden Arbeiten lückenhaft sind. Die theoretische Durchdringung von Themen wie Revolution, Widerstand, Opposition – von Wende will ich gar nicht sprechen – ist in den meis-

ten Arbeiten weiterhin mangelhaft.

Jetzt komme ich zu Brandenburg und versuche, Ihnen eine Quantifizierung der Ergebnisse, wie ich sie gewinnen konnte, für meine Themen in Brandenburg vorzutragen. Ich bin der Auffassung, dass von allen ostdeutschen Bundesländern inklusive Berlin die Themen Opposition, Widerstand, politische Situation in Brandenburg am Wenigsten thematisiert worden sind, und zwar mit deutlichem Abstand. Das wird verschiedene Gründe haben. Ein Grund liegt sicher auch darin, dass hier so lange keine Staatssicherheitsbeauftragte, Diktaturbeauftragte – Demokratiebeauftragte wäre mir noch lieber – im Land gearbeitet hat.

Ich will das für Brandenburg einmal an drei Punkten festhalten. Über Opposition und Widerstand habe ich 217 relevante Bücher, Berichte und Aufsätze ermittelt, davon vier über Brandenburger Themen. Es gibt eine Vergleichszahl: Für Sachsen sind es 70.  $70 : 4$  wäre das Verhältnis von Sachsen zu Brandenburg. Das Thema 17. Juni habe ich mir angesehen. Dazu gab es in den letzten zehn bis 15 Jahren 47 relevante Arbeiten. Hier ist Sachsen-Anhalt durch das Chemiedreieck führend. Das wären Leuna und was dort geschehen ist, mit 19 Arbeiten, Brandenburg wiederum mit vier wichtigen Arbeiten. Es geht um Stalinstadt/Fürstenberg, Brandenburg, Strausberg und Potsdam am 17. Juni 1953.

Mein dritter Punkt. Friedliche Revolution, Fall der Mauer, Wiedervereinigung, Auflösung der Geheimpolizei: insgesamt 483 relevante Arbeiten zur Geschichtsvermittlung, aus Brandenburg 32. Hier die Relation zu Sachsen: 227; also ein deutliches Ungleichgewicht, wobei mir bewusst ist, dass Sachsen etwas größer als mein Heimatland ist. Trotzdem ist diese Relation etwa  $1 : 8$ . Ich denke, daran muss sich in Zukunft Grundsätzliches ändern. Ich nenne einmal die Städte, die in Brandenburg Themen waren: Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Guben, Perleberg, Potsdam und Pritzwalk sowie einige Regionen. Thematisch lagen die Arbeiten in diesem Bereich auf den Runden Tischen. Diese waren eines der Hauptthemen.

In Brandenburg haben sich verschiedene Einrichtungen mit Opposition, Widerstand und Revolution beschäftigt: das Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung in Potsdam, das Militärgeschichtliche Forschungsamt, die Viadrina mit Forschung zu alternativen Gruppen, Detlef Pollack, und die Technische Universität Cottbus mit Forschung zur Berliner Mauer.

Mein nächster Blick geht zu den großen Standardwerken, die sich mit diesen schon genannten Themen beschäftigen, und inwieweit in den großen Standardwerken Ereignisse und widerständiges Handeln in Brandenburg thematisiert werden. Hier ist das Ergebnis ähnlich negativ. Brandenburger Ereignisse spielen in den großen Standardwerken eine relativ geringe Rolle. Vieles wird vernachlässigt oder ist nicht bekannt. Ein Beispiel dazu: Die Sprengung der Potsdamer Garnisonkirche 1968 und der Protest gegen die Sprengung wird in kaum einem Geschichtswerk aufgenommen, auch in den großen Monografien nicht, auch bei Neubert nicht – erst in der letzten Auflage, weil ich es persönlich gesagt habe; aber an und für sich wurde sie erst

einmal vernachlässigt. Es gibt ähnliche Lücken an verschiedenen anderen Orten. Konkret hervorgehoben werden in der Regel die Gründung der ostdeutschen Sozialdemokratie in Schwante, die oft thematisiert wird, oder die Gründung des Neuen Forums in Grünheide, und hin und wieder berühmte Persönlichkeiten, die in Brandenburg gelebt haben.

Wenn wir den Blick auf die politische Repression und ihre Erforschung im Land Brandenburg lenken, so fällt auf, dass das Thema Staatssicherheit kaum thematisiert wird. Das hat wahrscheinlich mit dem Fehlen der Landesbeauftragten zu tun und damit, dass die Außenstelle der BStU von Potsdam nach Berlin verlagert wurde. Nicht viel besser steht es mit der Grenzziehung nach West-Berlin und den Fluchten nach West-Berlin und in die Bundesrepublik; beispielsweise die Bernauer Straße. Wenn es dort um Flucht geht, wird immer die Inner-Berliner Grenze thematisiert. Viele kommen gar nicht auf die Idee, dass es auch noch eine andere gab, im Westen, die Grenze um West-Berlin.

Der nächste Punkt ist die Erforschung der Geschichte des sowjetischen Internierungslagers in Brandenburg, Sachsenhausen, aber auch in anderen. Es gibt einige Arbeiten zum Strafvollzug, besonders Brandenburg-Görden und das „Lindenhotel“ in Potsdam sind thematisiert, in letzter Zeit auch die Haftanstalt der sowjetischen Spionageabwehr in der Leistikowstraße. Auch der Militärstrafvollzug in Schwedt ist erstmals durch das Militärgeschichtliche Forschungsamt durch eine Monografie aufgegriffen worden. Ich kann das Manuskript dann zu den Akten geben. Darin steht auch alles andere im Detail.

Ich darf noch kurz auf drei Aspekte eingehen. Der eine ist museale Situation. Ich sehe besonders in der Landeshauptstadt Potsdam durchaus eine reale Chance, hier, bezogen auf unsere Themenschwerpunkte, in der musealen Darstellung entscheidend weiterzukommen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass dies politisch gewollt und gefördert wird. Ich weiß, Politik betreibt nicht Geschichtspolitik direkt, kann aber Förderbedingungen schaffen, und mir würde eine weitaus stärkere Profilierung der Gedenkstätte in der Lindenstraße vorschweben, die ich für inhaltlich ausgezeichnet gelungen halte. Wenn ich dort bin und feststelle, dass ich der einzige Besucher bin, sich aber in Hohenschönhausen Tausende drängen, dann denke ich: Hier ist noch etwas zu tun. Ich bemühe mich um eine Zusammenarbeit der Leistikowstraße, mit einem Vorbereitungsgremium und mit dem ZZf, dem Potsdam Museum und dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, die wir jetzt in der neuen Dauerausstellung "Arbeit und Alltag in der DDR" thematisieren.

Zurzeit gibt es Hoffnung auch in der Forschung. Dort gibt es durchaus Hoffnung, aber nicht nur Hoffnung, die Hoffnung, die ich hier in der engen Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und -verbänden zwischen Berlin und Potsdam sehe. Das ist schwierig, wie man weiß; aber hier könnte eine Chance liegen, in der Forschung voranzukommen. Mein Ziel wären zwei große Monografien: einmal die Geschichte von Opposition und Widerstand in der kommunistischen Diktatur in meiner Heimatstadt Potsdam und zum Zweiten eine umfassende Geschichte über politische Verfolgung

und Widerstand gegen die SED-Diktatur im ganzen Land Brandenburg.

Mein letzter Satz: Eisenhüttenstadt hat eine gute Arbeit geleistet, es macht Fortschritte. Man soll es aber nicht überbewerten; dafür es gibt zwei Gründe. Der eine ist die Eigenständigkeit, und der andere Grund ist: Man kann in Eisenhüttenstadt den Alltag und das Leben zeigen, aber dies muss immer mit den repressiven Seiten des Alltags in der Diktatur verbunden sein. Das ist nicht zu lösen. Es muss auch Aufgabe des Beirates sein. Man wird auch die Alltagsgeschichte in Eisenhüttenstadt nicht ohne Staatssicherheit und vor allem nicht ohne die kleine Repression von morgens bis abends, vom Kindergarten bis zur Schule, erzählen können. Das sollte unbedingt im Blick bleiben.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Danke, Herr Prof. Eckert – Gibt es Anfragen bzw. Nachfragen an Herrn Prof. Eckert? – Herr Dr. Kürschner.

**Dr. Jörg Kürschner:**

Wie erklären Sie sich, dass Brandenburg im Vergleich zu anderen neuen Ländern so untergewichtig ist in der Aufarbeitung dessen, was Sie in vielen Forschungsprojekten usw. recherchiert haben?

**Prof. Dr. Rainer Eckert (Anzuhörender):**

Das ist einmal das Fehlen der Landesbeauftragten. In einigen ostdeutschen Bundesländern sind ganze Schriftenreihen entstanden, die sich gerade mit dieser Thematik beschäftigen. – Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass es insgesamt als Thema in der Forschung im ZZF immer noch nicht thematisiert wird, und auch an der Potsdamer Universität, die ich in Vorbereitung auf den heutigen Tag angeschrieben hatte, hat man mir gesagt, sie hätten einiges getan, aber die DDR war ja nur ein kleiner Bruchteil der gesamten Nationalgeschichte, und man würde eher die Forschung zur DDR zurückfahren. Das ist ein weiterer Grund, dass nicht bzw. zu wenig erkannt wird, dass Universitäten, die sich auf dem Territorium des ostdeutschen Bundeslandes befinden, auch eine ganz besondere Verpflichtung haben, sich der diktatorischen Geschichte zuzuwenden.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Danke, Herr Prof. Eckert. – Ich darf fortfahren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine Bitte weiterzugeben. Frau Willschütz, die als Zeitzeugin geladen ist, ist gesundheitlich eingeschränkt und hat mitgeteilt, dass sie Schmerzen hat und deshalb darum bittet, vorzeitig ihren Beitrag leisten zu können. So Sie nicht widersprechen, werden wir so verfahren. – Bitte, Frau Willschütz.

**Birgit Willschütz (Anzuhörende):**

Wenn es passt, mache ich das gern. Ich habe mich aufgrund meiner Verletzung nicht sehr umfassend vorbereiten können, weil ich nicht wusste, ob ich es überhaupt schaffe, herzukommen. Vielleicht sollte ich für alle, die mich nicht kennen, sagen, dass ich gebürtige Potsdamerin bin und 1984 in Potsdam aufgrund „illegaler Verbindungsaufnahme“ mit Organisationen in West-Berlin verhaftet wurde. Ich habe dann vier Monate im Jugendteil in der Stasi-U-Haft im Zuchthaus Hoheneck gesessen und bin 1985 freigekauft worden.

Als 1989/90 die Wende war, hat mich das riesig gefreut. Meine ganze restliche Familie wohnt hier in Potsdam und Umgebung, und ich bin auch gern hergekommen. Aber diese Freude hat nicht lange gedauert, weil ich zunehmend merkte, wie traumatisiert ich von diesen Geschichten in der ehemaligen DDR war, und ich habe bis vor einigen Jahren immer ein sehr ungutes Gefühl gehabt, wenn ich nach Potsdam gekommen bin. Ich bin jahrelang in Behandlung bei Herrn Trobisch, da ich seit dem Freikauf 1985 in Berlin – damals in West-Berlin – wohne, und ich wusste von ihm, wenn ich mit ihm über Potsdam sprach, dass im Land Brandenburg nicht viel für ehemalige politisch Inhaftierte im Zuge einer Würdigung oder Ähnlichem passiert. Vom Land Brandenburg war auch in Berlin bekannt, dass dort nichts getan wurde.

Wenn ich mir jetzt einige Fragen durchlese, kann ich Ihnen zum Beispiel sagen, dass ich im Jahr 2008 das erste Mal wieder gern in Potsdam war, als die Eröffnung der Gedenkstätte im „Lindenhotel“ gleichzeitig mit dem Empfang beim Oberbürgermeister mit dem Festakt in der Kirche stattfand. Zu diesem Zeitpunkt bin ich das erste Mal wieder gern in meiner Stadt gewesen, denn Potsdam ist eigentlich meine Stadt; und ich finde es traurig, dass es erst durch diese Würdigung bzw. die Eröffnung der Gedenkstätte gelungen ist, mein Trauma so zu unterdrücken bzw. wieder gern mit offenen Augen hier durch die Straßen zu gehen.

Das war vorher nicht der Fall. Da ist mir auch in der Öffentlichkeitsarbeit selten einmal irgendetwas aus Brandenburg entgegengekommen. Im Gegenteil, wenn Sie hier fragen – das ist wahrscheinlich für den nächsten Diskussionspunkt ganz wichtig –: 2007 habe ich im Ministerium des Innern – als ich meinen Antrag auf Ausreise stellte, hieß es Abteilung Inneres – des Landes Brandenburg den Antrag auf Rehabilitation beruflicher und verwaltungstechnischer Art gestellt. Da wurde mir schon bei der Antragstellung telefonisch mitgeteilt: Das ist Quatsch, diesen Antrag brauchen Sie gar nicht zu stellen, der wird sowieso abgelehnt – ohne überhaupt zu wissen, welches meine Gründe sind.

Zwei Jahre später habe ich dann auch die Ablehnung bekommen und musste erkennen, dass in der Begründung eigentlich nur stand, was aus Stasi-Unterlagen herausgezogen werden konnte. Man fragte nicht nach. Das war noch einmal ein "Tritt in den Hintern". Mich hat nie jemand angerufen oder mal gefragt, ob ich vielleicht noch andere Darstellungsweisen habe. Das fand ich schlimm, denn für mich gehört eine Würdigung nicht nur in Form von Ausstellungen, sondern auch in Form von Anerken-

nung von erlittenen Schäden dazu. Das ist mir bis heute nicht gelungen. Ich habe auch keinen Widerspruch eingelegt, weil mich die Art der Begründung so an meine Antragstellung 1984 erinnert hat, dass ich wieder so damit konfrontiert war und nicht die Kraft hatte, damit noch vor Gericht zu gehen oder hier in Potsdam irgendetwas durchzuziehen – was ich eigentlich hätte tun sollen. Aber das konnte ich nicht.

Eine Frage befasst sich mit der Konzeption der Gedenkstätte. Dazu muss ich leider sagen: Da ich in Berlin wohne, bin ich zwar ab und zu schon hier im „Lindenhotel“ gewesen, aber als ehemalig Inhaftierte immer nur ganz kurz: "Augen zu und durch". Eine Ausnahme hat eine temporäre Ausstellung von dem Videokünstler Stefan Roloff im letzten Jahr gemacht, die mich sehr beeindruckt hat und die auch international wohl gut angekommen ist, weil diese Darstellungsweise von Gedenkstätten wie der Haftanstalt virtuell, mithilfe der Videos, für mich und Leute, die dort waren und mit denen ich gesprochen habe, sehr anrührend und bewegend war. Das hat mir sehr gut gefallen. Zu dem Rest der Ausstellung kann ich leider nicht viel sagen, denn wie die anderen ehemaligen Inhaftierten bin ich nicht gerne in dieser Umgebung.

Ich habe das Gutachten von Herrn Prof. Angelow leider erst kurz vor der Veranstaltung bekommen und konnte nur kurz querlesen. Daher habe ich mich nicht dazu geäußert. Aber darin kommt immer wieder das Wort "Opfer" vor. Gerade wenn über Kinder oder Schüler gesprochen wird – Herr Prof. Angelow, ich weiß nicht, ob Sie den Schülerjargon kennen –, ich würde das Wort "Opfer" nicht gern verwenden, sondern eher "Verfolgte" oder "Betroffene", denn in Berlin im Kiez sagt man: „ey, du Opfer, Alter". Diese Herabwürdigung des Begriffes macht mir große Bauchschmerzen. Das ist sehr unangenehm. Ich habe in Hohenschönhausen – dort war ich auch – oft gesehen, wie Jugendliche im Alter von 15, 16 Jahren johlend durch die Gedenkstätte gerannt sind, mal kurz hereingesehen haben, durchgelaufen und wieder hinausgegangen sind. Andere hingegen waren sehr empfindsam und haben sich ganz anders verhalten, je nach dem, aus welchem Umfeld sie vielleicht auch kamen. Das wollte ich nur kurz erwähnen.

Was ich mir in Brandenburg wünschen würde, ist, dass die Behandlung von Rehabilitationsanträgen ganz anders gehandhabt wird, als ich es vor vier Jahren kennen gelernt habe, dass geholfen wird und nicht nur den Akten der Staatssicherheit geglaubt wird, was mir große Bauchschmerzen verursacht hat, denn ich fühlte mich wieder zurückversetzt in die Abteilung Inneres von 1984 mit genau dem gleichen Tenor und genau dem gleichen Ton; und ich wünsche mir sehr, dass sich das ändert.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Danke, Frau Willschütz. – Dazu haben wir auch in der letzten Enquete-Kommission schon Hinweise bekommen, die sich mit Ihren Anmerkungen decken. Möchten die Berichterstatter dazu sprechen? – Nicht. Vielen Dank. – Wir treten nun in die eigentliche Reihenfolge ein, sodass nun Herr Prof. Morsch das Wort erhält.

**Prof. Dr. Günter Morsch (Anzuhörender):**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete und Mitglieder der Enquete-Kommission! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwer, nach solch einem Vortrag von Ihnen, Frau Willschütz, zu sprechen; denn die Fragen, die mir vorgelegt wurden, sind natürlich ganz anderer Natur. Was Sie gerade geschildert haben, ist tatsächlich ein Problem mit der Situation, dass sich Menschen oft mit Leuten konfrontiert sehen, die – ohne etwas unterstellen zu wollen – eher aus dem entgegengesetzten Kreis gekommen sind. Daher kann man nur sagen: Es ist notwendig, dass an diesen Stellen auch wirklich Menschen sitzen, die viel Verständnis haben. Ich kann das nur unterstreichen. Entschuldigen Sie also bitte, wenn ich jetzt zu den Fragen übergehen muss, aber ich wollte das trotzdem noch erwähnt haben.

Ich bedanke mich zunächst einmal für die Einladung, der ich gern gefolgt bin. Gestatten Sie mir bitte, dass ich im Zusammenhang mit der Beantwortung Ihrer Fragen im Folgenden auch einige grundsätzliche Ausführungen machen muss. Dadurch sollen die gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen erläutert werden, die den Auftrag und die Aufgaben der Errichtung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten definieren, nach der Sie mich gefragt haben.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten wurde durch eine Verordnung der damaligen Landesregierung im Januar 1993 als gemeinnützige, rechtsfähige und selbstständige Stiftung öffentlichen Rechts gegründet. Obwohl Landesstiftung, beteiligte sich die Bundesregierung von Anfang an zur Hälfte an deren Finanzierung, was zur damaligen Zeit einen großen politischen Erfolg darstellte, da bis dahin unter Berufung auf den Kulturföderalismus eine Unterstützung von Gedenkstätten strikt abgelehnt wurde.

Die brandenburgische Stiftung sowie die erwähnte später gegründete, ganz ähnlich verfasste Stiftung „Buchenwald und Mittelbau-Dora“ in Thüringen wurden in den darauf folgenden nunmehr fast 20 Jahren zweifelsohne zu Vorbildern, denen inzwischen ein Großteil der anderen Bundesländer – natürlich mit jeweils regionalspezifischen Adaptionen – gefolgt ist.

An dieser Stelle bietet es sich an, Ihre beiden Fragen zur Einbeziehung der Überlegungen und Interessen von Organisationen kommunistisch Verfolgter zu beantworten. Die Stiftung verfügt über ein Beschluss- und zwei Beratungsgremien. Überlebende und Vertreter von Interessenorganisationen für alle Gedenkstätten sind im internationalen Beirat zusammengefasst, der aus zwei Arbeitsgruppen besteht. Die Belange der kommunistisch Verfolgten vertreten vier Überlebende des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen. Der Vorsitzende dieser Arbeitsgruppe ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbeirates. Er nimmt sowohl an den Beratungen der anderen Arbeitsgruppe des Beirates als auch des Stiftungsrates teil. In letzterem, dessen Vorsitz die brandenburgische Kulturministerin innehat, bilden vier Vertreter der beiden die Stiftung finanzierenden Regierungen von Land und Bund eine Mehrheit. Diese Mehrheit hat sich etwas geändert, weil Frau Poppe nach ihrer Ernennung

in diesen „Beirat 2“, wie wir dazu etwas lax sagen, mit berufen worden ist.

Neben diesen institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit gibt es natürlich auch zahlreiche andere Formen. So tritt die Gedenkstättenleitung von Sachsenhausen alle zwei bis drei Monate mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft „Lager Sachsenhausen“ zusammen. Zweck unserer Stiftung ist es, – Zitat –, "an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern, die Auseinandersetzung der Öffentlichkeit mit diesem Thema zu fördern und ein würdiges Gedenken der Opfer und Hinterbliebenen an die Verbrechen der Gewaltherrschaft zu ermöglichen."

Während also in diesem allgemeinen Grundsatzparagrafen keine Einengung im Hinblick auf eine einzige Diktatur erfolgt, schränken die nachfolgenden Sätze diesen Aufgabenbereich wieder stark ein. "Die Stiftung", so heißt es im § 2 der Verordnung, "erfüllt ihren Zweck, indem sie die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen/Ravensbrück fortführt, die Dokumentationsstätte in Brandenburg aufbaut und eine Begegnungsstätte in Ravensbrück errichtet."

Die Einengung der Stiftungsaufgaben auf dem Gebiet der genannten Einrichtungen macht angesichts der angestrebten Erhaltung einer dezentralen zivilgesellschaftlich organisierten Erinnerungskultur durchaus Sinn, sie enttäuscht aber viele, die sich von der Stiftung professionelle und finanzielle Unterstützung erhoffen. Wie eng diese Verordnung interpretiert werden kann, zeigt die kürzlich geäußerte Kritik des Landesrechnungshofes an der Übernahme der Verwaltungstreuhänderschaft für die unselbstständige Stiftung „Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße“. Insoweit fällt in den Aufgabenbereich unserer Stiftung im Hinblick auf die Phase kommunistischer Verfolgung lediglich das sowjetische Speziallager in Sachsenhausen.

Nun kann man zu Recht einlenken, dass ebenso wie Sachsenhausen auch das Zuchthaus in Brandenburg-Görden ein Ort zweifacher Vergangenheit ist. Leider ist es aber der Stiftung trotz erheblicher Anstrengungen ihrerseits bisher nicht gelungen, in der Stadt Brandenburg eine Ausweitung ihres sich bisher nur auf die NS-Opfer erstreckenden Auftrages zu erreichen. Bedauerlich ist vor allem, dass die Bundesregierung trotz einer eindringlichen Empfehlung der Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Folgen und Ursachen der SED-Herrschaft sowie des 1. Bundesgedenkstättenkonzeptes 1999 eine Einbeziehung der Dokumentationsstelle in die institutionelle Förderung der Stiftung nach wie vor ablehnt. Wie sehr der Stiftungsvorstand trotzdem nach wie vor an dem Ziel festhält, in Brandenburg eine größere Gedenkstätte aufzubauen, die auch an die Opfer kommunistischer Verfolgung erinnert, kann man unter anderem daran sehen, dass die Stiftung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls eine Wanderausstellung erarbeitet hat, die den Aufstand hinter Gittern 1989/90 veranschaulicht.

Allerdings zählt aus Sicht der Stiftung zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat – Sie werden unschwer Ihren Titel erkennen – gerade auch die Auseinandersetzung mit dem sogenannten antifaschistischen Erbe der DDR. Erhebliche An-

strengungen der verschiedenen Einrichtungen der Stiftung waren daher darauf gerichtet, sich kritisch mit den Interpretationen der NS-Geschichte und ihrer politischen Instrumentalisierung zu beschäftigen. Dafür bedurfte es in fast allen Bereichen einer umfassenden Neuorientierung. Einseitige oder fehlende wissenschaftliche Forschung musste auf das Niveau moderner Zeitgeschichte gehoben werden, Sammlungen und Archive ergänzt, Konzepte und Praxis der Gedenkstättenpädagogik fast komplett umgestellt, Publikationen und andere Formen der Medien- und Öffentlichkeitsvermittlung erarbeitet, vollkommen neue Museen und Ausstellungen geschaffen sowie die baulichen Relikte, Mahnmale und Gebäude umfassend saniert oder neu gestaltet werden.

Wer heute Sachsenhausen oder Ravensbrück besucht, findet Gedenkstätten vor, die sich als moderne zeithistorische Museen mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben in fast allen Bereichen von den vorangegangenen Mahn- und Gedenkstätten der DDR unterscheiden und die nicht zuletzt deshalb hohe internationale Anerkennung erfahren.

Auf ein nicht ganz unbedeutendes Beispiel möchte ich hier verweisen. Es waren die Brandenburgischen Gedenkstätten Sachsenhausen im Jahr 1996 und Ravensbrück 1998, die sich als erste bundesdeutsche Gedenkstätten überhaupt zwar kritisch, aber nicht einseitig mit der eigenen Geschichte in großen, die Dauerausstellung begleitenden Publikationen befassten. Dort wird der Prozess der Entstehung der Mahn- und Gedenkstätten dargelegt, ihr Missbrauch durch die Politik der DDR ebenso wie das ehrliche Engagement vieler Menschen für das Gedenken an die Opfer.

Es werden aber auch die seit Mitte der Achtzigerjahre langsam entstehenden Risse in den Säulen der Tempel gezeigt, als zum Beispiel frei organisierte Homosexuelle und Lesbengruppen in der DDR ihr Recht zum Gedenken an die bis dahin verschwiegenen Opfergruppen durchsetzten, internationale Gruppen der Aktion "Sühnezeichen" das bis dahin hermetisch gehütete Opferbild hinterfragten oder Bürgerrechtler im Rahmen des sogenannten Olof-Palme-Friedensmarsches zu dem Mahnmal in Sachsenhausen offen Reisefreiheit verlangten.

Ich glaube jedenfalls, dass diese nicht einfache, lang dauernde, aufwendige und keinesfalls konfliktfreie kritische Auseinandersetzung mit dem sogenannten antifaschistischen Erbe in den ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten unbedingt in eine Bilanz der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg einbezogen werden muss, weil ohne eine sehr ernsthafte, zugleich sensible und kritische Beschäftigung mit diesem für viele Menschen – nicht nur in den neuen Bundesländern – zunächst als uneingeschränkt positiv und bewahrenswert empfundenen Erbe eine tiefgehende Verankerung demokratischer Geschichtskultur nicht möglich war und ist.

Wenn ich jetzt im Folgenden versuchen werde, Ihre beiden anderen konkreten Fragen zum Umgang mit unserer Erinnerungsarbeit zu beantworten, gebe ich zu bedenken, dass es für die Gedenkstättenstiftung fast einer eigenen, aber durchaus lohnenswerten Forschungsanstrengung bedarf, um exakte Zahlen und Daten zu ihrer vielfältigen 18-jährigen Tätigkeit zu eruieren. Auch möchte ich davor warnen, den ge-

rade im Verhältnis der Opferorganisationen beider Diktaturen zueinander so außerordentlich problematischen Aufrechnungsmodus – ob in Quadratmetern oder Euro – zu befördern. Schließlich haben die Gründer unserer Stiftung mit Überlegung und Bedacht gemeinsame Einrichtungen und Grundlagen geschaffen, die sich, wie zum Beispiel die jährlichen Haushaltsansätze, nachträglich kaum noch nach den verschiedenen Einrichtungen, geschweige denn nach Geschichtsperioden aufrechnen lassen.

Der Schwerpunkt der Aufarbeitung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers lag in Brandenburg anfangs, anders als etwa in Thüringen, auf der Herrichtung würdiger Gedenkorte. Sehr schnell wurden zunächst von der Gemeinde Schmachtenhagen, dann von der Landesregierung und der Stiftung die drei Massengräber des Speziallagers als würdige Friedhöfe, Trauerstätten und Gedenkorte eingerichtet. Deren Gestaltung geschah in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft "Lager Sachsenhausen 1945 bis 1950".

Der größte Gedenkort, wo die sterblichen Überreste von etwa 7.500 Opfern vermutet werden, konnte deshalb schon ein Jahr nach der Stiftungsgründung im Rahmen einer großen Gedenkveranstaltung vom Landtagspräsidenten eingeweiht werden. Seitdem finden dort die alljährlichen Gedenkveranstaltungen statt. Wir sind den Landtagspräsidenten und Landesregierungen sehr dankbar, dass sie auf Initiative der Stiftung nach besonderen Gedenktagen in den vergangenen Jahren immer wieder Empfänge für die Überlebenden der Speziallager in Brandenburg ausrichten.

Wissenschaftliche Forschung dagegen war durch das Fehlen einschlägiger Quellen der Täter weitgehend behindert. Insoweit erbrachte das große Kooperationsprojekt der Universitäten Jena und Hagen sowie der Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen zusammen mit dem Staatsarchiv Moskau einen entscheidenden Durchbruch. Die beiden daraus entstandenen Quellen- und Darstellungsbände sind nach wie vor die maßgeblichen Standardwerke, auf die sich bisher alle weitergehende Forschung bezieht.

Im Rahmen jährlicher Arbeitstagen und wissenschaftlicher Konferenzen, die die Gedenkstätte – nicht zuletzt in Kooperation mit den bekannten Parteienstiftungen – durchführte, konnte unser dadurch beträchtlich gewachsenes Wissen mit den Berichten von Zeitzeugen und anderen Quellen abgeglichen werden. Im Ergebnis entstand in der Gedenkstätte Sachsenhausen eine von der Landeszentrale finanzierte Publikation, in der erstmals die Geschichte aller sowjetischen Speziallager in Brandenburg in einer gut lesbaren und übersichtlichen Broschüre zusammengefasst wurde. Ein mehr als 500 Seiten umfassendes Nachschlagewerk stellt auch der Katalog der Dauerausstellung dar, in dem zahlreiche Schlüsseldokumente übersetzt, abgedruckt und kommentiert sind. Aufgrund der geringen Personalkapazitäten aber kann weitere Forschung, die dringend notwendig wäre, trotzdem – auch wenn Sie meinen, es sei schon viel; aber es gibt noch sehr viele Fragen – nur in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen, insbesondere den Universitäten, erfolgen.

Parallel zur Forschung erfolgte der Aufbau eines eigenen Museums zur Geschichte

des sowjetischen Speziallagers. Mehrere Sonderausstellungen zeigten bereits Teile der seit der Gründung der Stiftung begonnenen Sammlungserfolge. Das 2001 in einem eigens errichteten, mit einem Architekturpreis ausgezeichneten Neubau sowie zwei original erhaltenen Steinbaracken eingerichtete Museum ist mit einer Gesamtfläche von circa 850 Quadratmetern das größte seiner Art in der Bundesrepublik und wird es auch bleiben.

Auch nach der Eröffnung des von vielen maßgeblichen Rezensenten vor allem wegen seiner Vielzahl an interessanten und unerwarteten Exponaten gelobten Museums wurden und werden weiterhin regelmäßig Sonderausstellungen gezeigt, wie zum Beispiel zu Workuta oder Häftlingen aus Falkensee usw. Nicht mehr zu überschauen sind die Anzahl und die Vielfalt der Veranstaltungen zu den einschlägigen Themen. Jedes Jahr finden Vorträge, Film- oder Buchvorstellungen statt; ich spare mir jetzt Beispiele.

Auch bei den pädagogischen Veranstaltungen gehört die Geschichte des sowjetischen Speziallagers natürlich und selbstverständlich zum Standardrepertoire. In jeder Führung wird auf die zweite Lagergeschichte hingewiesen. Regelmäßig finden eigene thematische Sonderführungen statt. Pädagogische Ein- oder Mehrtagesprojekte, zum Teil in der Jugendbegegnungsstätte Haus Szczypiorski, gehören ebenso zum pädagogischen Angebot der Gedenkstätte wie Zeitzeugengespräche und Multiplikatorenschulungen. Hilfreich ist dabei, dass das Bildungsministerium einen der sogenannten Gedenkstättenlehrer speziell für die Vermittlung der Speziallagergeschichte an die Stiftung abgeordnet hat.

Natürlich ist das sowjetische Speziallager auch in alle pädagogischen Materialien, wie Faltblätter, Internetauftritte, Audioguides usw., integriert. Den nur allzu verständlichen Wunsch der Überlebenden- und Interessenorganisationen, das Angebot der Gedenkstätten noch weiter zu verstärken, stehen die Probleme begrenzter finanzieller und personeller Kapazitäten, aber auch der Nachfrage gegenüber. Eine internationale Gedenkstätte wie Sachsenhausen, wo die Mehrheit der mehr als 400.000 Besucher mittlerweile aus dem Ausland kommt, ist nicht zuletzt deshalb der Name des ersten großen KZ-Komplexes und in erster Linie mit dem großen KZ zu Kriegsbeginn, der Verwaltungszentrale aller KZ oder den großen Massenmordaktionen verbunden und daher nicht mit den spezifischen Orten kommunistischer Verfolgung vergleichbar.

Ein zentraler Tätigkeitsbereich der Gedenkstätte – damit komme ich zum Schluss – besteht in der humanitären Betreuung der Angehörigen der Überlebenden sowie der Zeitzeugenarbeit. In der Gedenkstätte Sachsenhausen fanden unter anderem Mutter-Kind-Seminare sowie am Sitz der Geschäftsstelle sogar die Jahreshauptversammlung der UOKG (Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.) statt. Hunderte von Zeitzeugenberichten liegen inzwischen als schriftliche bzw. Audio- oder Videoquellen vor. Auf ihnen vor allem fußt der Großteil der danach entstandenen Literatur.

Die Gedenkstätte steht in einem regelmäßigen Briefkontakt mit zahlreichen Überlebenden und ihren Angehörigen, die größtenteils dann auch häufig persönlich in der Gedenkstätte betreut und begleitet werden. Jährlich beantwortet die Gedenkstätte zwischen 150 und 300 Archivanfragen, weshalb man schätzen kann, dass im Laufe der Jahre mehrere tausend Überlebende und Angehörige der Opfer von der Stiftung über Haftzeiten oder Sterbedaten informiert wurden. Zu solchen Archivauskünften ist die Gedenkstätte im Grunde nicht berechtigt. Dies ist die Aufgabe des DRK (Deutsches Rotes Kreuz) in München. Trotzdem ist es uns ein zentrales humanitäres Anliegen, den Angehörigen oder Überlebenden auf der Basis der Akten des russischen Staatsarchivs Auskunft geben zu dürfen. Es war uns deshalb eine besondere Freude, dass wir im vorigen Jahr nach langer intensiver und aufwendiger Forschungsarbeit endlich das Totenbuch des sowjetischen Speziallagers Nummer 7 und Nummer 1 publizieren konnten.

Meine Damen und Herren, das ist natürlich bei Weitem kein vollständiger Überblick. Ich würde mich natürlich über Fragen freuen. Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, ob ich die mehrfach geäußerten Fragen nach dem Umgang mit Zeitzeugen in NS-Gedenkstätten direkt beantworten soll, oder wie Sie es möchten. Das stelle ich Ihnen anheim.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Ich wäre schon daran interessiert, zu erfahren, wie Sie mit Zeitzeugen umgehen. Halten Sie eine Schulung der Zeitzeugen für notwendig, bevor sie in Ihre Arbeit eingebunden werden?

**Prof. Dr. Günter Morsch (Anzuhörender):**

Ich glaube – ich habe das vorhin mit Entsetzen gesehen und durfte nicht einschreiten –, Sie haben aneinander vorbeigeredet. Es gab viel Kritik für Professor Angelow, die ihn absolut nicht getroffen hat, sondern Sie müssen in den Gedenkstätten unterscheiden zwischen den Zielen, den Motiven und dem Sinn. Selbstverständlich ist genau dieser die Vermittlung des Unterschieds zwischen Demokratie und Diktatur, die Bedeutung der Menschenrechte usw. und der didaktische Umgang damit, und ich habe ihn so verstanden. Der Beutelsbacher Konsens zielt auf nichts anderes als auf den didaktischen Umgang. Das heißt, wir wollen kein Dropdown-Konzept – das haben Frau Kaiser, Herr Schroeder und viele andere erläutert –, bei dem von vorn eine bestimmte Sichtweise vermittelt wird, sondern wir wollen ein didaktisches, dialogisches Verfahren. Das ist etwas völlig anderes als ein wertfreies Vermitteln von Pädagogik, Herr Schroeder.

Der Beutelsbacher Konsens ist etwas, was in den NS-Gedenkstätten völlig unbestritten ist, und er gehört auch zur Charta der internationalen Gedenkstätten, die in der UNO (Organisation der Vereinten Nationen) zusammengeschlossen sind. Was die Zeitzeugenarbeit jetzt konkret angeht, ist es jetzt genauso – da würde ich Ihren Kollegen sehr gern zustimmen –, dass wir in den NS-Gedenkstätten aus bitterer Er-

fahrung eben keine Schulung von Zeitzeugen vornehmen, sondern sie, so wie Sie zu Recht gesagt haben, eigentlich für sich selbst sprechen lassen. Aber worauf Herr Angelow zu Recht hinweist, ist, dass wir sie natürlich nur in dem Bereich einsetzen, der getrennt ist, der abgeschirmt ist, schon um die Zeitzeugen selbst zu schonen. Das heißt, Zeitzeugengespräche verlaufen bei uns so, dass die Führungen und all dieses von professionellen Menschen, also von uns, wahrgenommen werden und dass im Anschluss daran in einem Raum, der möglichst angenehm ist, auch für die Zeitzeugen, damit sie nicht retraumatisiert werden, die Zeitzeugen über ihre Geschichte völlig unbefangen, völlig ohne Zensur und ohne dass jemand interveniert erzählen. Dies ist eigentlich ein Verfahren, so wie es in allen NS-Gedenkstätten üblich ist. Denn wir erinnern uns mit Schrecken an die Zeit zum Beispiel der DDR – insoweit verstehe ich Frau Kaiser sehr gut –, als das nicht üblich war, als die NS-Zeitzeugen beispielsweise durch Sachsenhausen führten und natürlich ihre Persönlichkeit, ihre Ausstrahlung auch auf Bereiche übergeschlagen ist, für die sie überhaupt nicht kompetent waren und vor denen man sie eigentlich schützen muss. So ist es in den NS-Gedenkstätten üblich. Wir binden Zeitzeugen in Zeitzeugengespräche ein, die von großen Führungen getrennt werden; diese übernehmen unsere Leute. Dann kommt es zu einem, wie Sie gesagt haben, völlig unzensierten Gespräch. Denn die subjektive Sichtweise ist ja das Entscheidende, diese wollen wir hören, und diese soll auch ohne Filtrierung zum Ausdruck kommen.

Aber noch einmal: Mein Eindruck war, dass Sie leider aneinander vorbeigeredet haben. Ich hätte mir gehofft, früher intervenieren zu können, was aber nicht möglich war.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Jetzt kommen wir unmittelbar zu den Zeitzeugen. Frau Heydecke von der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen, versuchen Sie bitte, mit zehn Minuten Redezeit auszukommen.

#### **Victoria Heydecke (Anzuhörende):**

Ich muss meine Darlegungen aufgrund dieses Ablaufs etwas ändern und werde mich bemühen, mich kurz zu fassen.

Ich habe gehört, dass die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten darum kämpft, noch mehr Möglichkeiten in Potsdam und Umgebung zu bekommen, über die kommunistische Diktatur aufzuklären und zu berichten. Ich würde mir wünschen, Sie würden die Gelegenheit wahrnehmen, das in Sachsenhausen zu tun. Aber dort wird diese einmalige Chance der Aufklärung überhaupt nicht genutzt.

Die Verfahren, die in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gelten, sind ganz sonderbar. Kein Mensch kann sich vorstellen, dass es so etwas gibt. Wir haben ein wichtiges Beratungsgremium, das ist der Beirat. Der Beirat besteht aus zwei Unterteilen: Beirat 1 mit 19 Mitgliedern, dort sind die Verfolgten des Nationalsozialismus ver-

treten; Beirat 2 mit vier Mitgliedern, das sind die Nachkriegsverfolgten. Es gibt noch ein Verbindungsglied zwischen den beiden Beiräten, das ist der Vorsitzende des Beirats 2. Er ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des gesamten Beirats, also des Beirats 1. Aber er hat es so ausgedrückt: Es sei mehr ein Potemkinsches Dorf, was da aufgebaut ist. Er hat noch nie von dem Vertretungsrecht Gebrauch machen können. Er hat aber das Recht, den Sitzungen des Beirats 1 beizuwohnen; er kann dort zuhören und sogar sprechen, aber er hat kein Entscheidungsrecht. Vor allen Dingen meint er, dass er auch nicht das Recht hat, den Beirat 2 über das zu unterrichten, was im Beirat 1 passiert. Das ist für den Beirat 2 sehr wichtig in all den Fällen, in denen der Beirat 1, also die Vertreter der Opfer des Nationalsozialismus, unter ihnen auch viele Kommunisten, darüber entscheidet, wie nun der Nachkriegsopfer zu gedenken ist. Das ist nämlich nicht etwa nur Aufgabe der Mitglieder des Beirats 2.

Also: Zunächst tagt der Beirat 1. Wir erfahren nicht, zu welchen Themen er tagt, und es wird auch nicht von dem Vorsitzenden unterrichtet über das, was da gelaufen ist. Der Beirat 2 wird nun einberufen und weiß überhaupt nicht, was vorher passiert ist. Denn wenn der Beirat 1 getagt und sein Votum abgegeben hat, ist die Sache ja eigentlich schon entschieden. Bei 19 zu 4 Stimmen kann man sich ausrechnen, dass die Chancen, die für den Beirat 2 bleiben, gar nicht hoch sind.

Der Beirat 2 wird auch hinterher nicht unterrichtet, wenn er getagt und irgendein Votum abgegeben hat, was dann passiert. Denn dann entscheidet ja noch die Sachverständigenkommission; darüber wird überhaupt nicht informiert. Danach entscheidet der Stiftungsrat; auch da bleiben wir im Dunkeln. Die Arbeitsgemeinschaft ist nun ganz und gar draußen. Das ist eine sehr starke Beeinträchtigung der Arbeit. Wir tapen im Dunkeln. Man geht wie im Nebel übers Moor und weiß nicht, was passiert.

Wir sind auch als Arbeitsgemeinschaft nie an irgendwelchen Entscheidungen beteiligt worden, die wichtig sind, beispielsweise zur Ausgestaltung des Museums oder was auch immer. Wir haben die eine Möglichkeit, über den Beirat 2 Einfluss zu nehmen; aber das ist eine sehr beschränkte Möglichkeit, die uns bleibt, weil uns einfach die Informationen total fehlen.

Im Beirat 2 sind drei Mitglieder, die keiner Verfolgtenorganisation im Land Brandenburg angehören. Wir haben nur einen Einzigen, den wir zum Schluss benannt haben, der in der Arbeitsgemeinschaft organisiert ist. Die anderen sind Einzelkämpfer oder sind außerhalb von Brandenburg organisiert. Sie haben, muss man vermuten, nicht so ganz den Kontakt zur Menge der Mitglieder, die wir in der Arbeitsgemeinschaft haben. All das Know-how, das wir als Arbeitsgemeinschaft präsentieren können, wird nicht berücksichtigt.

Dann haben wir die Gespräche, die vielleicht viermal im Jahr stattfinden, mit der Gedenkstättenleitung. Bei diesen Gesprächen beziehen wir uns im Allgemeinen auf das, was wir zu beanstanden haben, was vorher ohne unsere Mitwirkung beschlossen worden ist. Unsere Erfolge sind, so habe ich es formuliert, „gut überschaubar“. Wir haben Erfolg gehabt mit dem „Lärmvorhang“. Das ist der Krach, der ertönte, wenn

man dieses Museum betrat. Wir haben so lange dagegen Stellung genommen, bis der Krach etwas leiser gestellt worden ist. Es war im Sommer unerträglich, wenn die Tür offen war und man ständig dieses Gekreische hörte.

Was haben wir noch erreicht? Herr Morsch hat uns versprochen, dass auf einem Modell, das in dem Museum ausgestellt wurde, dem Modell des Speziallagers, zwei kleine Baracken, Baracken 53 und 54, in der Zone 2 nachgerüstet werden. Es wird ein Architekt bestellt. Das sind millimeterkleine Klötzchen. Die Zusage haben wir schriftlich und mündlich, dass das gemacht wird. Aber das ist bisher noch nicht passiert.

Weiterhin werden jetzt die Wege vom Museum zu den Museumsbaracken und zum Kommandantenhof hergerichtet. Das ist ein positives Beispiel. Wir haben versucht, mündlich in längeren Diskussionen und schriftlich zu erreichen, dass neben das Dokument des ehemaligen Leiters des Speziallagers, Herrn Kostjuchin, in dem steht, dass im Lager vier Gauleiter und 77 Kreisleiter waren, ein Dokument gelegt wird, das erklärt, dass das so nicht richtig ist, dass kein einziger Gauleiter und auch nicht 77 Kreisleiter im Lager waren. Damit hatten wir keinen Erfolg, sondern sind total gescheitert.

Unsere Einflussmöglichkeiten sind gering. Wir können eigentlich immer nur nachhaken und sagen: Dies ist nicht richtig, jenes ist nicht richtig. Über die Gespräche kann ich nichts sagen, höchstens, dass ich schon Angenehmeres erlebt habe.

Jetzt haben wir ein neues Problem. Die Arbeitsgemeinschaft hat angeregt, dass Geld aus den SED-Millionen für die Darstellung der Zone 2 zur Verfügung gestellt wird. Es sind 950.000 Euro für die Zugänglichmachung der Zone 2 und für die Erläuterung des Geschehens dort zur Verfügung gestellt worden. Außerdem war das Geld für eine Überarbeitung der Ausstellung im Zuchthaus Brandenburg-Görden gedacht. Nun sind wir informiert worden, dass das Geld dafür nicht gebraucht wird; denn in Brandenburg-Görden kann die Ausstellung nicht erweitert werden, weil dies in einem noch tätigen Zuchthaus nicht möglich ist. Da das Geld dafür nicht gebraucht wird, wären also 950.000 Euro für die Zone 2 vorhanden gewesen. Aber was wird denn nun umgesetzt von dem Geld? Neulich waren wir bei Herrn Staatssekretär Gorholt zusammen mit Professor Dr. Morsch. Dort wurde uns gesagt, wofür das Geld ausgegeben werden soll: für die Umzäunung, für ein Tor und für die Lagerstraße. Das sind zusammen 213.500 Euro. Ich habe noch nicht herausbekommen können, was mit dem restlichen Geld geschieht. Wahrscheinlich wird es so sein, dass es verfällt. Man müsste sich entschließen – wir haben eine Menge Vorschläge, was man alles damit machen könnte –, das umzusetzen; denn die Gelder verfallen, wenn sie nicht bis Ende des Jahres ausgegeben und abgerechnet worden sind. Es scheint so zu sein, dass dies ganz den Bach runtergeht. Aber es wäre wichtig gewesen, gerade die Zone 2 darzustellen; denn in der Zone 2 ist etwas zu sehen, was bei den Speziallagern einmalig ist. In dieser Zone 2 war ein als Hochsicherheitstrakt ausgebautes Zuchthaus, lauter kleine Barackenhöfe, umgeben von hohen Mauern. Es war entsetzlich, was die Häftlinge allein schon durch die Isolierung ertragen mussten. Das wird nicht gezeigt. Es wird gesagt, es sei uninteressant, es gebe nicht genügend Ge-

bäude. Zur gleichen Zeit werden in der Zone 1 die Grundrisse aller Baracken, die es dort gegeben hat, dargestellt. Aber in der Zone 2 ist es noch nicht einmal möglich, die vorhandenen Bodendenkmale zu sichern. Das könnte man ja machen, dazu gibt es Methoden. Man könnte sie aufnehmen, dokumentieren, man könnte sie mit einer Schutzschicht versehen, damit die Bodenreste erhalten bleiben. Sie werden durch die Natur langsam zerstört. Es wachsen Krüppelkiefern und Wildgras durch, und die Betonplatten verschwinden. Jetzt ist schon nicht mehr viel zu sehen, und der Tag ist nicht mehr fern, an dem gar nichts mehr davon zu sehen ist. Ich hatte gedacht, es müsste möglich sein, in der Zone 2 für die Nachkriegsverfolgten etwas zu machen. Der Raum hat zwar zum KZ gehört; aber es gab dort keine Baracken, in denen irgendwelche Gefangenen gequält wurden. In der gesamten Zone 2, in dem Ost-Lager, war Wald und sonst gar nichts. In diesen Wald hinein wurden diese Baracken gebaut, wohin dann der Hochsicherheitstrakt kam und wo die Gefangenen ganz besonders grausam behandelt wurden. Das ist etwas Einmaliges. Wieso das nicht gezeigt werden kann, ist für uns absolut unverständlich.

Es wird ja sogar ein Tor gebaut, das in diesen Bereich führt. Aber das Tor soll nicht von der Zone 1 ausgehen, wo es vorher war und wo vielleicht auch Besucher hineingehen könnten, um sich das anzusehen, sondern es soll ein Tor zwischen den zwei Teilen der Zone 2, zwischen dem West-Lager und dem Ost-Lager, gebaut werden. Durch dieses Tor soll man dann gehen; das soll für uns, für die Häftlinge, die Überlebenden, sein. Wie viele Überlebende gibt es denn noch, die dort überhaupt hineingehen könnten? Es werden leider immer weniger. Unsere Zeitzeugen haben ein Alter erreicht, wo man jeden Tag mit dem Schlimmsten rechnen muss. Es sind nicht mehr viele, die leben. Das kann nicht der Sinn sein, den die Landesregierung verfolgt hat, indem sie die Mittel dafür zur Verfügung stellte.

Was uns sehr stört, ist Folgendes: Es wird in Sachsenhausen nach dem dezentralen Prinzip erinnert. Das dezentrale Prinzip dient eigentlich dem Verdrängen einer richtigen Darstellung. So wird zum Beispiel im Barackentrakt des Lazaretts, in den Sanitätsbaracken, und zwar in einem kleinen Raum von vielen Räumen, die es da gibt, etwas über das Speziallager, über die Nachkriegszeit gesagt. Ich bin einige Male durchgegangen und habe es nicht gefunden. Man hat mir gesagt, ich müsse nur genau gucken, irgendwo fände ich es. Ich habe dann tatsächlich diesen Raum gefunden. Nun frage ich mich, wie viele Menschen diesen Raum finden werden. – Das ist „dezentrales Gedenken“.

Auch in anderen Baracken sind die Hinweise teilweise nicht sehr gut sichtbar. Früher war das Prinzip dort, das Sichtbare zu zeigen. Das ist bisher immer durchgeführt worden, aber jetzt soll einmal etwas Unsichtbares gezeigt werden, und schon stehen wir vor einer Mauer, die wir nicht überwinden können. Auf den Flyern wurde schon wieder ein Unterschied gemacht. Für die Nachkriegsgefangenen wurden auf den Flyern nur die Baracken gezeigt, die in der Natur vorhanden, also nicht mehr zu verstecken waren, während im Lagerdreieck alle Baracken gezeigt wurden, die früher da waren und jetzt nicht mehr da sind. Es stehen ja nur noch wenige Baracken in der Zone 1. Aber die anderen, die nicht mehr stehen, wurden dort schön sichtbar ge-

macht, aber nicht in der Zone 2. Die Zone 2 wurde, weil dies, wie mir gesagt wurde, nicht mehr zur Gedenkstätte gehört, nur zu einem kleinen Teil gezeigt, nämlich nur für den kleinen Teil des West-Lagers, aber nicht für den Mittelbau, der sich Kommandantenhof nannte, und nicht für das Ost-Lager. Jetzt wäre dazu eine Gelegenheit gewesen, und wie es scheint, wird die Gelegenheit nicht wahrgenommen. Das ist etwas, was wir nicht akzeptieren und nicht verstehen können und wofür es keine Entschuldigung gibt.

Das zugemauerte Tor soll ja ein Denkmal sein. Deshalb, weil es ein Denkmal ist, muss es da bleiben. Denkmale darf man ja nicht zerstören. Wir haben gesagt: Bringt doch dort wenigstens ein Schild an, um den Besuchern zu zeigen, dass dies ein Denkmal ist; denn das erkennt doch niemand. Da muss man schon ganz genau hingucken und sich fragen: War da vielleicht irgendetwas? Das sieht man nicht. Das ist also ein Denkmal, das sich nicht zeigt und das sich auch nicht selbst erklärt. Aber da wird gesagt: Das können wir nicht machen, denn dann hätten wir bald einen Schilderwald. – Dabei geht es nicht darum, die Nutzung einzelner Teile des Lagers zu zeigen, sondern ein Denkmal, das wichtig ist, zu zeigen.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Es ist deutlich geworden, dass Sie zumindest organisatorisch-inhaltliche Defizite ausmachen. Darum wird man sich mehr kümmern müssen – ich auf jeden Fall.

Ansonsten noch ein Hinweis zu den 950.000 Euro aus dem PMO-Vermögen (Mittel des ehemaligen Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR): Meine Information aus dem Kulturministerium vom letzten Montag ist – es ist bekannt, dass dort Mittel so nicht verwandt wurden – jedenfalls die, dass die Gedenkstättenstiftung über diese 950.000 Euro in diesem Jahr frei verfügen kann. Das hat der Abteilungsleiter am Montag erklärt. Von daher müssten Sie vielleicht noch einmal mit Herrn Morsch ins Gespräch kommen.

Meine Damen und Herren, gibt zu den Ausführungen der beiden Angehörten noch Nachfragen oder Hinweise?

**Prof. Dr. Klaus Schroeder:**

Ich würde der Aussage von Herrn Morsch widersprechen, dass vorhin aneinander vorbeigeredet wurde. Das sehe ich anders. Ich meine, dass die unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Sichtweisen auf die DDR deutlich wurden.

Sie haben über den Umgang mit Zeitzeugen geredet, und ich möchte Ihnen einen Satz vorlesen, den eine Zeitzeugeninitiative Leistikowstraße verfasst hat, wo es eine Initiative gibt, die jetzige Leiterin abzulösen, weil Sie nicht einverstanden sind mit der Politik, die dort betrieben wird. Ich lese Ihnen einmal den Satz vor und möchte Sie fragen, wie Sie dazu stehen – ich zitiere –:

„Unerträglich für die heute über 80-Jährigen ist, dass das Gedenken in der ehemals gut angenommenen Gedenkstätte Leistikowstraße seit fast drei Jahren systematisch von der Gedenkstättenleitung (Dr. Reich) unterbunden wird und unter der Oberhoheit von Professor Morsch (Sachsenhausen) eine Geschichtspolitik mit angeblich wissenschaftlicher Ausrichtung betrieben wird, die die kommunistischen Verbrechen relativiert, deren Opfer nicht einbezieht und eine Ausstellungseröffnung immer wieder verschoben wird.“

Ich hätte gern Ihre Stellungnahme dazu, ob dies berechtigt oder unberechtigt ist.

**Abg. Frau Melior (SPD):**

Zur Leistikowstraße kommen wir noch. Deswegen sollten wir dies jetzt zurückstellen, bevor wir nicht die Anhörung zu diesem Punkt hatten.

**Abg. Teuteberg (FDP):**

Herr Professor Morsch, ich habe eine Nachfrage zur Geschichte des Speziallagers in Sachsenhausen. Sie sagten, dass das Teil des Standardrepertoires sei, sagten dann aber zu den Führungen, dass es einen Hinweis auf diese Geschichte und ansonsten Sonderführungen gebe. Daraus habe ich geschlossen, dass das offenbar nicht integraler gleichberechtigter Bestandteil der Standardführung ist. Ist es so, dass man extra den Wunsch auf eine Sonderführung äußern muss, wenn man über das Speziallager ausführlicher informiert werden will, oder ist das gleichberechtigter Bestandteil der allgemeinen Führung?

**Prof. Dr. Günter Morsch (Anzuhörender):**

Das muss ein Missverständnis sein. Natürlich ist das in der Standardführung regelmäßig Thema. Es gibt zusätzliche Führungen zu bestimmten Themen. Eines dieser Themen ist das Speziallager. Das ist also ein zusätzliches Angebot über das hinaus, was ohnehin existiert.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski (CDU):**

Wir setzen die Anhörung der Sachverständigen fort. Bitte, Frau Gisela Kurze, Ansprechpartnerin für das ehemalige KGB-Gefängnis.

**Frau Kurze (Anzuhörende):**

Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass wir hier Stellung nehmen können, dass ich also gebeten worden bin, eine Reihe von Fragen zu beantworten. Es sind mir dankenswerterweise einige Orientierungspunkte genannt worden, auf die ich eingehen will: möglichst zügig, aber sehr konkret.

Die erste Frage – es geht immer nur um die Leistikowstraße 1 und die Gedenkstätte

dort –: Was waren Ihre damaligen Ziele, also Ziele von MEMORIAL und allen anderen ehrenamtlichen Mitarbeitern, und wie sind sie in der bisherigen Arbeit der Gedenkstätte innerhalb der Stiftung umgesetzt worden?

Unsere Ziele waren sehr einfach und eindeutig. Das Haus sollte einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und durch eine Ausstellung und Führungen erklärt werden. In seinem authentischen Zustand sollte es erhalten bleiben, ehemalige Häftlinge waren zu betreuen, und ihre Berichte sollten aufgenommen werden und wurden aufgenommen. Das ist die historische Aufarbeitung der Geschichte des Hauses, die die Basis für die möglichen Aussagen erbrachte, die wir tätigen konnten, Aussagen zur Nachkriegszeit in der SBZ und DDR, zu Repressionen, zu Terror und Angst, wie es sich im Haus dokumentiert, zum Gulag und zum Kontext Stalinismus und Sowjetisierung. Zur Institutionalisierung als Gedenkstätte wird nun die Frage nach der Umsetzung gestellt.

Erstens – positiv –: Die Erhaltung des Hauses ist gesichert – Denkmalschutz und Errichtung der Gedenk- und Begegnungsstätte Potsdam, Leistikowstraße, durch Bund, Land und den evangelisch-kirchlichen Hilfsverein als Eigentümer.

Zweitens: Die Zugänglichkeit ist nur partiell, einmal sachlich, also eigentliche Gedenkstättenarbeit, Veranstaltungen, öffentliche Zeitzeugengespräche, Literatur der ehemaligen Häftlinge usw., und die zeitliche Zugänglichkeit ist auch nur partiell; Führungen finden nur samstags/sonntags statt, so wie vor 2006, Interimsbetrieb seit März 2009 bis zur voraussichtlichen Eröffnung der neuen Ausstellung 2012. Das ist das Partielle, und das ist auch das, was uns eben nicht befriedigt.

Die zweite Frage: Wie wurde die erste Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“ angenommen; warum wurde sie abgebaut, bevor eine neue Ausstellung erarbeitet worden ist? Reaktionen gab es sowohl in der Presse als besonders auch im Besucherbuch, das von Anfang an, und zwar von 1996/97 an, bis zur Schließung für die Restaurierung des Hauses vom 29. Oktober 2006 geführt wurde. Seitdem ist das Haus nicht mehr als Gedenkstätte zu benutzen oder zu betrachten. Natürlich haben wir auch ein Übergabebuch geführt, um festzuhalten, wie viele Besucher da waren usw. Diese Besucherbucheinträge machen besonders deutlich, dass die Ausstellung, die von MEMORIAL in Zusammenarbeit mit MEMORIAL St. Petersburg erstellt worden ist, sehr gut angenommen wurde, die eine selbstführende Ausstellung war. Das heißt, man ging hinein und konnte sich in allen Räumen so lange, wie man wollte, aufhalten und bekam dort Informationen nach Themen gegliedert.

Warum wurde sie abgebaut? Es ist ganz einfach: Die Restaurierung des Gefängnisbaus erlaubte natürlich nicht, dass sie hängen blieb. Außerdem haben wir sie in den letzten Jahren ohnehin den Winter über abbauen müssen, weil die klimatischen Verhältnisse die Ausstellung beschädigten.

Wir haben aus Spendenkosten, die wir in unseren Kaffeebüchsen gesammelt haben, einzelne Ausstellungsfahnen erneuern lassen oder neue Erkenntnisse, die durch Berichte von Häftlingen hereinkamen, wurden eingearbeitet, natürlich auch wissen-

schaftliche Erkenntnisse, was zum Beispiel die Entwicklung des sowjetischen Geheimdienstes oder SMERSCH oder Personen oder so anbelangte, konnte eingearbeitet werden, so dass sie bis zum Ende 2006 voll und gut erhalten gezeigt werden konnte. Seit dem ist sie eingelagert, und vorhanden.

Seit dem 29.03.2009 fehlt diese Interimsöffnung dieses Hauses. Die Führungen werden durch Honorarkräfte, die ausgebildet wurden und denen ein Leitfaden, der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Auftrag gegeben wurde, ausgeben. Diese Honorarkräfte sind, so viel ich weiß, auch heute noch tätig, immer samstags und sonntags. Die bewährte MEMORIAL-Ausstellung wurde in die Interimslösung nicht einbezogen, weder durch Teil- oder Ganzübernahme noch durch audiovisuelle Möglichkeiten, nämlich einen Screen für den Eingangsbereich. Es sollte eben eine absolut neue Ausstellung sein. Die Argumentation gegen die alte ist mir unverständlich. Es gab auch keine triftigen Argumente. Trotzdem wurde sie, obwohl es immer wieder verlangt wurde, nicht mit einbezogen. Auf ständige Angebote durch den Gedenkstättenverein und durch MEMORIAL, nämlich die alte Arbeitsgemeinschaft, dass ist das, wie ich dem Kreis der ehrenamtlichen Mitarbeiter seit 1997/1999 Ausstellungseröffnung, Großausstellung im Jahr, die kleine Ausstellung war schon drei Jahre vorher eröffnet worden, also die Ausstellung, um die es immer geht, ist im Jahr 2000 eröffnet und ehrenamtlich geleitet worden. Also auf Angebote aus diesem Kreis der Mitarbeiter, die sich nicht nur MEMORIAL und Gedenkstättenverein, sondern eben ehemaligen Häftlingen und einfachen individuellen Bürgern aus der Mark Brandenburg, aus Potsdam und Berlin konstituierte, auf die ist man eben nicht eingegangen.

Daraus resultieren dann eben auch doch sehr betroffene und verletzte Äußerungen der Häftlinge, die das alles mit erlebt und mit gestaltet haben, nicht nur als Opfer dorthin gekommen sind, angenommen worden sind, man sie befragt hat, sondern auch mitgearbeitet haben und nicht nur, indem sie ihre Erinnerungen aufschrieben, die dann von uns ediert wurden. Von gut 65 deutschen ehemaligen Häftlingen sind immerhin acht Erinnerungen aufgeschrieben worden. Das ist ein Prozentsatz, der enorm hoch ist, wenn man bedenkt, dass das alles Menschen sind, die älter als 80 Jahre sind. Unsere jüngsten Häftlinge sind in dem Jahr 1931 geboren worden. Die anderen sind über 80 Jahre und haben sich dieser Mühe, aufzuschreiben, was sie erlebt haben und in Interviews zu berichten, unterzogen.

Dann werde ich gefragt nach den Gründen, die Gedenkstätte Leistikowstraße von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten treuhänderisch verwalten zu lassen. Das war sicherlich ein Entscheidung der politischen Seite. Das ist meine Meinung; denn Einzelheiten wurden uns natürlich nicht mitgeteilt. Administrativ war, die Gedenkstätte Leistikowstraße bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten in Übereinstimmung mit dem Evangelisch-kirchlichen-Hilfsverein als größtmögliche Arbeitsentlastung eingestuft worden, was auch verständlich ist. Der gesamte Apparat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten stand zur Verfügung, um der Gedenkstätte Leistikowstraße auf die Sprünge zu helfen, in der Verwaltung und in der Gestaltung. Eine andere Möglichkeit, zum Beispiel die naheliegende Zusammenlegung

mit der Lindenstraße, die wir eigentlich sehr früh schon immer im Auge hatten, wurde leider nicht ins Auge gefasst. Ob da ein Zusammenhang mit der Finanzierung besteht, liegt uns nicht vor. Das war bald klar, es kommt nicht in Frage. Gut, dann leben wir auch so weiter. Aber ich möchte es erwähnen, weil es uns sinnvoll erschien.

Dann werde ich gefragt nach den Mitwirkungsmöglichkeiten an der Konzeption und an der Arbeit der Gedenkstätte und neuen Ausstellung. Da war, wie ich es schon erwähnte, die Ausbildung von Honorarkräften für Führungen, die Erstellung des Leitfadens, die Überlassung der Adressenliste der ehemaligen Häftlinge durch mich, also durch MEMORIAL, an die neue Gedenkstättenleitung, Exponate aus dem MEMORIAL-Archiv und solche, die wir gesichert hatten kurz vor der Restaurierung des Hauses und das Literaturangebot. Es finden sich lediglich zwei Lebenserinnerungen oder Berichte, die von Bodo Platt und Schwollius in der Landesbeauftragtenstelle erschienen sind. Die, die von der Arbeitsgemeinschaft erarbeitet worden sind, gehören nicht dazu. Dazu kann ich sehr viele sagen. Das ist auch etwas, was uns alle sehr betroffen gemacht hat und auch heute noch niemand so akzeptiert in der Form, wie es abgelehnt worden ist.

Mitwirkungsmöglichkeiten gab es im Gutachterverfahren zur Auswahl der Gestalterfirmen für die neue Ausstellung. Daran nahmen sowohl der Gedenkstättenverein als auch MEMORIAL teil.

Die Konzeption wurde dem Beirat der Stiftung vorgelegt von der Gedenkstättenleitung. Sie ist noch nicht abschließend diskutiert. Wir denken, Widerstand usw. sind noch offen. Die Vermutung liegt nahe, dass Leistikow 1 mehr Spionage/KGB-Museum wird, als primär eine Gedenk- und Begegnungsstätte. Als solche ist sie von Bund und Land errichtet; wie das Haus in der Zeit 2006 stets verstanden und von der Arbeitsgemeinschaft geführt wurde.

Frage, werden die ehemaligen Häftlinge einbezogen, beantworte ich mit ja, aber; denn das geschieht nur teilweise. Wer im einzelnen weiß ich nicht bis auf Günter Martins, Peter Seele, Bodo Platt und Herrmann Schlüter. Aber ein großer Teil, der mit uns in Kontakt stehenden ehemaligen Häftlinge wird wohl nicht mit einbezogen. Viele fühlen sich ausgegrenzt, Zeitzeugengespräche werden nicht in der Gedenkstätte abgehalten, sondern entweder in der Quandt-Villa oder beim Pflingstbergverein. Es finden keine Führungen durch ehemalige Häftlinge statt. Unbekannt ist auch, bis auf Günter Martins, von dem ich erst kürzlich erfuhr, wer zum Interview gebeten wurde für die neue Dauerausstellung und wer zusagte. Wünsche und Vorstellungen der ehemaligen Häftlinge bezüglich der elenden Kellerfensterverdunklungen, die Literatur, wenigstens teilweise Aufstellung der Steelen, die zur der alten Ausstellung gehören, also nicht die Wände zu behängen, sondern einfach Stehlen aufzustellen und vor allen Dingen die Häftlingsschicksale als zentrale Aufgabe dieser Gedenkstätte darzustellen, werden hinten angestellt. Bei einigen der ehemaligen Häftlinge hat sich natürlich eine Verweigerungshaltung breit gemacht, die äußerst bedauerlich ist und die auch schwer für uns alle ist, die wir, und das sind doch von den Arbeitsgemeinschaften und von MEMORIAL und Gedenkstättenverein, es sind ja viele, die sich

nach wie vor um diese ehemaligen Häftlinge kümmern. Aber wir verstehen ihre Verweigerung, und wir bedauern sie zutiefst.

Was gibt es für Einflussmöglichkeiten? Wir können eigene Veranstaltungen machen. Wir haben viermal seit 2009 Zeitzeugengespräche durchgeführt, die sehr gastfreundlich in der Quandt-Villa im Brandenburgischen Literaturbüro oder im Pflingstbergverein durchgeführt werden konnten. Wir hatten eine Gedenkveranstaltung, die ganz bewusst als Gedenkveranstaltung bezeichnet wurde, nämlich im Mai im Jahr 2000, als die alte Ausstellung eröffnet wurde. Seitdem haben wir immer an der Kippe zwischen April und Mai eine Eröffnungsfeier gemacht, weil ja im Winter geschlossen war, und mit der beginnenden Sommersaison gab es immer eine Gedenkveranstaltung. Da das nun zehn Jahre her war, im Jahr 2000 die alte Ausstellung eröffnet und seit dem sehr gut angenommen worden war, haben wir eine Gedenkveranstaltung unter diesem Namen gemacht.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski:**

Frau Kurze, können Sie bitte enden?

#### **Frau Kurze (Anzuhörende):**

Ja, ich bin gleich fertig. - Es geht mir nur darum, die Fragen, die mir gestellt wurden, auch zu beantworten.

Die Videointerviews mit ehemaligen Häftlingen, die 2008/2009 geführt wurden, sind auch da und würden natürlich zu den Einflussmöglichkeiten zu zählen sein.

Einflussmöglichkeiten waren auch die Mahnwachen im Jahr 2009 und 2011 und anschließende Diskussion mit dem Staatssekretär und im Jahr davor mit weiteren Betroffenen der Gedenkstättenleitungen, mit denen man auch die Presse erreicht hat. Das sind unsere Einflussmöglichkeiten. Briefe, schriftliche Klagen, Anregungen, Wünsche, Forderungen an das Bundesministerium für Kultur und Medien, an das Ministerium, an die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, an Frau Reich wurden mit unterschiedlicher Resonanz ausgenutzt.

Der Stellenwert von Widerstand und Opposition, das ist aber der Punkt, der mir besonders am Herzen liegt. Ich will ihn nicht weit ausbreiten. Ich habe nur durch die lange Arbeit mit den vielen Häftlingen und deren Erinnerungen beobachtet, dass Leistikowstraße 1 zweifellos zu einem wichtigen Mittelpunkt oder Sammelpunkt, man mag es nennen, wie man will, für widerständiges Verhalten in der SBZ und in der DDR gewesen ist. Vertreten sind dort die Meuselwitzer-Gruppe mit Aurich, Kilger, Wirth und Tisch. Fritz Rumprecht ist erschossen worden 1952, Hans Eisfeldt und Helmut Teichert das gleiche. Dann gibt es die Erdner-Gruppe, eine Gruppe, zu der zum Beispiel das Ehepaar Hübe gehört, auch Ramlow, Sauer, Erdler, Gliese, das sind alle, die wir im einzelnen gesammelt und festgestellt haben. Auf die Erdler-Gruppe hat mich ein Häftling schon im Jahr 2002 aufmerksam gemacht. Ich will damit nur

zeigen, wie unsere wissenschaftliche Arbeit voran ging. Wenn sie jemals etwas von einer Erdler-Gruppe hören, passen sie doch einmal auf, wenn andere Häftlinge kommen oder so, da muss es eine Gruppe im Haus gegeben haben. So haben wir uns voran gearbeitet, weil es andere Möglichkeiten gar nicht gab.

Die Teschner-Gruppe ist vertreten mit ungefähr neun Personen, und eine Fülle von einzelnen, die verschiedenste Kontakte nicht nur untereinander, sondern eben auch teilweise zur KGU und zum Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen hatte, das ist nichts Neues, oder zum Ostbüro der SPD usw. All diese Dinge, die sind so wichtig, dass ich vehement dafür eintrete, dass sie als ein tragender Bestandteil der Ausstellung erkennbar sein müssen. Das ist bisher nicht der Fall. Ich weiß aber nicht, wie sich mein Hinweis, den ich im Beirat gegeben habe, ausgewirkt hat. Befragt worden danach bin ich im Anschluss nicht und widerständige Personen usw., wie ich sie erkannt und recherchiert habe, sind praktisch nach meinem Eindruck noch nicht einbezogen worden. Jedenfalls Informationslosigkeit. Trotzdem: Ich bleibe bei dieser Forderung, die wahnsinnig wichtig ist, weil dieser eigene Themenbereich gerade in diesem Haus, Themenbereich Widerstand und Opposition, ein besonderes Merkmal..., und dieses Alleinstellungsmerkmal war nicht dieses, sondern das gesamte Alleinstellungsmerkmal des Ortes Leistikowstraße, war die Begründung, damit es überhaupt als Gedenk- und Begegnungsstätte aufgenommen wurde in die Liste durch Bund und Land.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski:**

Frau Kurze, Sie müssen jetzt zum Ende kommen. Es sind bereits 20 Minuten vergangen, so wichtig das alles ist.

**Frau Kurze (Anzuhörende):**

Dann weise ich nur darauf hin, dass ich für meinen Teil und im Auftrag all derer, die wir uns sehen, kennen und treffen und die das wissen, dass einmal Widerstand und Opposition als wichtiger Punkt der Gedenkstätte aufgenommen wird und wir vielleicht dort auch lernen und das zweitens konzeptionell ein Ort des Gedenkens im Hause stattfindet. Es kann Ort des Gedenkens oder Ort der Besinnung oder Ort der Ruhe sein. Das ist wichtig; denn es ist eine Gedenkstätte und kein Museum gegründet worden. Damit möchte ich dann schließen.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski:**

Vielen Dank, Frau Kurze. Aus Ihrem Beitrag, aber auch aus dem Beitrag von Frau Heydecke, ist zumindest für mich deutlich geworden, dass Sie hier erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Stiftung sehen.

**Frau Kurze (Anzuhörende):**

Ja.

**Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski:**

Wenn das als Botschaft so gemeint war, dann ist es angekommen. Danke. - Ich würde jetzt fortfahren, wenn nicht dringende Nachfragen sind. Ich würde es so machen, um 14.00 Uhr schließt die Kantine, dass wir jetzt noch zehn Minuten die beiden Damen, die jetzt kommen...; Frau Schönemann und Frau Schnell, sie teilen sich die Zeit, sodass die Mitglieder der Enquete-Kommission dann noch die Möglichkeit haben, in die Kantine zu gehen. Bitteschön, Frau Schnell.

**Frau Gabriele Schnell (Anzuhörende):**

Die Frage, ob die Würdigung und die Anerkennung des erlittenen Unrechts über fast zwei Jahrzehnte im Land Brandenburg in ausreichendem Maße erfolgte, muss ich aus meiner Sicht mit einem klaren Nein beantworten. Der Grund dafür liegt in dem Fehlen von Rahmenbedingungen. Damit meine ich zum einen die Institution Stasi-Landesbeauftragter. Wir haben schon mehr davon gehört und darüber gesprochen. Ich möchte aber trotzdem noch einmal betonen, wie wichtig diese Einrichtung in den anderen neuen Bundesländern gewesen ist in all den Jahren; denn ihr kommt eine bedeutende Funktion im Sinne von Würdigung, im Sinne von Aufarbeitung zu, und die Institution ist der wichtigste Ansprechpartner für die Betroffenen. Wir haben nun diesen Missstand inzwischen nun endlich behoben. Allerdings ist dieses Defizit, was sich jetzt über fast zwei Jahrzehnte angehäuft hat, natürlich nicht von Heute auf Morgen zu kompensieren. Das geht überhaupt gar nicht. Ich denke, Sie alle sind über das Arbeitspensum, das Frau Poppe und ihr Team haben, sicherlich informiert.

Vielleicht noch eine Bemerkung dazu: Bevor die Diktaturbeauftragte hier im Land installiert worden ist, haben sich natürlich bestimmte Einrichtungen bemüht, um Betroffene. Ich möchte dabei die BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) nennen und die BStU-Außenstelle Potsdam. Ihre ehemalige Leiterin, Frau Gisela Rüdiger, sitzt auch hier. Also Menschen wie sie, wie ich haben versucht, dieses Defizit einer nicht vorhandenen Landesbeauftragtenstelle nach unseren Möglichkeiten ein bisschen auszufüllen. Das konnte natürlich nicht ausreichen. Das, denke ich, verstehen alle.

Auch Betroffene haben sich häufig selbst um Würdigung und um Anerkennung bemüht. Beispielsweise Horst Kerkow, heute über 80 Jahre alt, der hat sich lange Zeit für eine Gedenktafel in einem Gebäude in Eberswalde eingesetzt, in dem er 1949 zusammen mit vielen anderen Jugendlichen grundlos inhaftiert war. Oder Heiz Grünhagen, das ist heute auch schon angeklungen, der sein Engagement für Freiheit und Demokratie am 17. Juni 1953 mit einem langen Zuchthausaufenthalt büßte und der sich seit Jahren um das Gedenken an den 17. Juni in Strausberg, um die Einrichtung einer Straße des 17. Juni in Strausberg bemüht. Diese Menschen fühlten sich mit ihren Bemühungen zumeist völlig allein gelassen, und sie sind heute, wenn sie denn noch leben, zumeist zutiefst verbittert über die Ignoranz und über das Unverständnis, auf das sie gestoßen sind. Die Beispiele ließen sich weiter fortführen.

Ich denke, ein weiterer Grund für die unzureichende Würdigung und Anerkennung

hängt mit dem Stellenwert zusammen der Gedenkstätten im Land Brandenburg. Die Aktivitäten in der jüngsten Zeit in Cottbus und Brandenburg sind sehr zu begrüßen, ebenso wie die Erhebung der Potsdamer Gedenkstätte Leistikowstraße in den Rang einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung. Das ist großartig. Doch was bis dahin die Entwicklung der Gedenkstätten betraf, da musste man lange Zeit den Eindruck haben, im Land Brandenburg wird in gebotener Weise der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur gedacht, hingegen das Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur vernachlässigt.

Eine dieser vernachlässigten Gedenkstätten ist die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße. Im Erinnerungskonzept des Landes Brandenburg wird der Gedenkstätte Lindenstraße eine ganz besondere Bedeutung zugewiesen. Sie ist nämlich der einzige authentische Erinnerungsort im Land Brandenburg an die gesamte Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts und an die Überwindung der Diktatur. Wir haben vorhin schon Fachbegriffe gehört. Es ist also ein Ort mit Mehrfachvergangenheit. Die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße steht für die nationalsozialistische Diktatur. In dieser Zeit waren dort im Gefängnis Zwangsarbeiter und politisch Verfolgte inhaftiert. Von diesen politisch Verfolgten und Mitgliedern von Widerstandsgruppen wurde eine ganze Reihe zum Tode verurteilt, in Brandenburg hingerichtet. In der Nazizeit hat in der Lindenstraße ein Erbgesundheitsgericht seinen Sitz gehabt. Das hatte im Verlauf von zehn Jahren mehr als 4000 Frauen und Männer zur Zwangssterilisation verurteilt. Es ist also für diese Epoche ein authentischer Ort. Von 1945 bis 1952 befand sich an diesem das zentrale sowjetische Landesgeheimdienstuntersuchungsgefängnis der Sowjets. Die Zahl der Häftlinge, die in dieser Zeit dort inhaftiert waren, das sind sehr vorsichtige Schätzungen, mit denen man im Augenblick arbeiten kann, aber 10.000, denke ich, muss man da in Angriff nehmen.

Von 1952 bis 1989 befand sich an diesem Ort das Potsdamer Stasiuntersuchungsgefängnis. Diese Epoche ist weithin bekannt, während die zurückliegenden leider noch zu wenig bekannt sind. 1990 zog das Potsdamer Haus der Demokratie in diese Einrichtung ein. Also die Lindenstraße ist auch der Ort, wo die ersten freien Wahlen vorbereitet worden sind und wo der Weg eingeschlagen wurde, der letztlich in die deutsche Wiedervereinigung führte.

Dieser herausragenden oder einzigartigen Bedeutung im Land Brandenburg steht gegenüber, dass die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße bis heute überhaupt kein Personal hat, keine personelle Ausstattung hat. Wie so etwas anders geht, das zeigt sich in Sachsen-Anhalt. Die Gedenkstätte 'Roter Ochse' in Halle weist eine ähnliche zeitgeschichtliche Bedeutung auf wie die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße, und ich hoffe, es ist jedem bekannt, dass es dort schon seit vielen Jahren einen richtigen Gedenkstättenunterbau gibt. Ich glaube, André Gursky in Halle hat sieben oder acht Mitarbeiter.

Dabei kann die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße durch persönliches Engagement und durch die großartige Unterstützung, das muss ich stark betonen, des Zentrums für Zeithistorische Forschung beachtliche Erfolge aufweisen. In den letzten

Jahren ist es gelungen, mehrere Forschungs-, Dokumentations- und Ausstellungsprojekt mithilfe fast ausschließlich eingeworbener Drittmittel zu realisieren. Das war vor allem Dank der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur möglich, und das erstreckt sich in diesem Jahr durch eine investive und auch eine projektbezogene Förderung durch das MWFK und das BKM.

Es ist auch schon angeklungen: Gedenkorte, wie die Potsdamer Lindenstraße sind einzigartig als Lernorte für Demokratie. In der Gedenkstätte Lindenstraße funktioniert dies sehr gut schon, trotz dieser entsetzlichen Bedingungen. Die Schülerprojektwerkstatt des Landes Brandenburg ist dort angesiedelt. Das Bildungsministerium des Landes finanziert das Gehalt einer Gedenkstättenlehrerin. Die macht seit Jahren dort gute Arbeit. Allerdings ist sie auch schon an ihre Kapazitätsgrenze gestoßen und kann nicht alle Nachfragen bedienen. Es werden auch über diese Schülerprojektwerkstatt direkt an die Gedenkstätte Wünsche geäußert im Sinne von Projekten. Das ließ sich in der Vergangenheit nur punktuell mit Einzelprojekten bedienen oder erfüllen; denn ohne Personal können sie nicht alle diese Wünsche befriedigen.

Gedenkstätten sind, wie ihr Name sagt, auch Orte des Gedenkens. Auch das findet in der Gedenkstätte Lindenstraße seit Jahren statt. Dafür ist bürgerschaftliches Engagement verantwortlich. Durch die Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ wird das initiiert.

Doch Gedenkstätten wie die Lindenstraße müssen auch Orte sein, die Frauen und Männern, die dort inhaftiert waren, Anerkennung gibt. Das finden sie nicht in missachteten Gedenkstätten, sondern nur in gut aufgestellten. Für die Gedenkstätte Lindenstraße fordern Betroffene schon seit Jahren und vehement ein, dass sich die Situation der Gedenkstätte ändert. Sie fordern auch zugleich ein, dass die Zerstörung von Zeugnissen der Diktatur, ich nenne nur Fenstergitter, neobarocke Fassade, nicht weitergeführt wird, sondern sofort beendet wird.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski:**

Frau Schnell, wenn Frau Schönemann noch zu Wort kommen soll, dann müssten Sie zum Ende kommen.

#### **Frau Schnell (Anzuhörende):**

Ja, ich höre auf. Ich will nur noch einen Satz sagen. - Vielleicht ist der heutige Tag ja dazu angetan, dass den zahlreichen Lippenbekenntnissen der vergangenen Jahre vielleicht tatsächlich nun Taten folgen. Man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben. - Dankeschön.

#### **Stellvertretender Vorsitzender Dombrowski:**

Dankeschön. - Bitte, Frau Schönemann.

**Frau Sibylle Schönemann (Anzuhörende):**

Ich habe 1984 bis 1985 auch in der Lindenstraße gesessen in der Untersuchungshaft bei der Stasi. Ich bin gemeinsam mit meinem Mann damals verurteilt worden wegen eines Satzes im Ausreiseantrag. Der wurde so ausgelegt, dass § 214, „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit durch Drohung“, angewendet werden konnte und wir, weil wir gemeinschaftlich gehandelt haben, noch schärfer bestraft werden mussten. Wir sind drei Monate in der Lindenstraße gewesen. Das war die schlimmste Zeit in meinem Leben überhaupt. Von da aus bin ich dann in ein anderes Gefängnis in Hohenleuben gekommen und von da aus dann an die Bundesrepublik verkauft worden. Ich habe 20 Jahre in Hamburg gelebt und bin jetzt seit fünf Jahren wieder hier in Potsdam. Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Es ist auch ein schwerer Weg, wieder hier in Potsdam zu sein. Ganz vieles ist hier gesagt worden zu der Unverhältnismäßigkeit, wie wenig hier aufgearbeitet wurde in Potsdam, in Brandenburg im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern. Darüber will ich mich jetzt nicht weiter auslassen.

Die Frage ist einfach: Warum ist das so? Wenn jetzt gesagt wird, Frau Poppe sei erst so spät eingesetzt worden, stellt sich auch wieder die Frage nach dem Warum. Warum, wie und von wem sind denn all diese Entscheidungen getroffen worden? Es war doch ein Prozess, der uns dahin gebracht hat, wo wir jetzt mit der Aufarbeitung sind. Es fehlt ein wenig der Raum, dieses wahrzunehmen, zu thematisieren und auch für die Zukunft zu bedenken.

Was die Vergangenheit angeht, so gibt es ja nicht nur Opfer, die Verfolgten, sondern auch die Verfolger. Die Verfolgten hatten ihre Familien, Ehepartner, Kinder und Eltern. Die Verfolger hatten ihre Helfer. Es gibt also um die Verfolger- und um die Verfolgtengruppe jeweils viele mitbetroffene und beteiligte Personen.

Für mich war Folgendes wirklich schlimm: Ich habe beim Versorgungsamt einen Antrag auf Beschädigtenversorgung gestellt; der ist abgelehnt worden. Ich habe daraufhin Widerspruch eingelegt; auch dieser wurde abgelehnt. Es gab dazu einen Gutachter. Er fragte mich in einer Situation, die einem Verhör einschließlich grellem Licht ähnelte - es gibt bestimmte Dinge, die uns, die eine Inhaftierung erlebt haben, beeinträchtigen und krank machen, die jemand anders nicht nachvollziehen kann -, als erstes: Aber Sie haben doch nicht an Scheinerschießungen teilgenommen, oder? - Damit war klar, welchen Stellenwert er dem Ganzen gibt. Er hat dann festgestellt, dass meine Beschädigung nicht in Zusammenhang mit der Inhaftierung steht.

Zu den Gedenkstätten und den Ausstellungsräumen: Die derzeit erfolgende „Verschönerung“ ist grauenvoll. Warum müssen die Türen grau gestrichen, warum die Gitter vor den Fenstern demontiert werden? Warum müssen solche Dinge geschehen, die viel Geld kosten, wenn es doch Vorschläge gibt, wie man solch einen Ort erhalten kann, ohne sein Aussehen zu verändern? Man muss die Türen nicht grau streichen, sondern kann sie mit einem bestimmten Lack erhalten. Man muss nicht Vernehmungsräume, in denen Unglaubliches passiert ist, für eine Ausstellung nut-

zen. Es muss ein Vernehmungsraum erhalten bleiben, damit Besucher nachfühlen können, was dort passiert ist!

Es gibt in Potsdam zu wenige Hinweise auf die Gedenkstätte. Hinweise müsste es bereits am Bahnhof geben; die Menschen müssten direkt hingeführt werden. In die Gedenkstätte „verirren“ sich Menschen nur, weil sie über ein kleines Papierschild auf der Brandenburger Straße stolpern.

Ich schlage vor, dass das Potenzial der Zeitzeugen besser genutzt wird, dass ihre Ideen und Vorschläge - es gibt so viele Menschen, die etwas dazu beisteuern können, wie man das Geschehene nachhaltig und nicht nur über Gespräche vermitteln könnte - berücksichtigt werden.

Ich fand den Vorschlag gut, die Möglichkeit des stillen Gedenkens einzuräumen, so dass man diesen Ort nicht nur mit Führung besichtigen, sondern auch in Stille für sich selbst begreifen kann.

Nochmals zur Nachhaltigkeit: Wie soll ich verstehen, was passiert ist, wenn ich durch Potsdams Straßen gehe und weiß, dass ein ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter der Stasi mein Bürgermeister werden will? Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal in der Lindenstraße war und sich die Zellen angeschaut hat - wirklich angeschaut hat. Ist jemand von Ihnen da gewesen?

(Einige Anwesende bejahen.)

Haben Sie sich auch allein, ohne Führung, einfach einmal in solch eine Zelle gestellt und die Tür zugemacht, um zu spüren, was dann in Ihnen passiert? Da sind Möglichkeiten, glaube ich, noch ungenutzt.

Herr Scharfenberg hat gesagt, dass seine Mitarbeit bei der Stasi das Dümme sei, was er je getan habe. Aber ich glaube, er hat nicht begriffen, was er getan hat. Frau Kaiser in solch einer Kommission anzutreffen, erschreckt mich ebenso. Diese beiden sind nicht die einzigen, die meinen, sie hätten verstanden, was damals passiert ist, und die sich dafür entschuldigen. Für mich wäre es eine großartige Geste und wirklich überzeugend, wenn sie sich bereiterklärten, eine Woche im Gefängnis zu verbringen, um zumindest zu versuchen nachzufühlen, was das bedeutet. Dann würde ich ihnen auch zutrauen, bei dem Thema mitzureden. Aber es wird immer nur gesagt: War doch nicht so schlimm! - Und: Ich habe doch nicht wirklich was gemacht. - Das ist in Brandenburg besonders bemerkenswert und auch besonders schlimm für die, die Sie als Opfer bezeichnen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.42 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 14.13 Uhr)

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Wir nehmen uns noch ein wenig Zeit für Diskussionen, bevor wir thematisch in das zweite Gutachten einsteigen. Einige der Anzuhörenden sind noch anwesend, die Fragen können also direkt an sie gerichtet werden. - Wer hat Fragen oder Anmerkungen, Interpretationen, Kritik?

**Abg. Vogel (GRÜNE/B90):**

Ich will mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass Herr Morsch uns schon verlassen hat, denn wir müssen uns gemeinsam mit ihm über die Beiträge der Anzuhörenden und aus dem Umfeld der brandenburgischen Gedenkstättenstiftung Gedanken machen.

Meine wohlwollende Interpretation: Ich denke, es ist zum Ausdruck gekommen, dass zumindest strukturelle Defizite und Kommunikationsprobleme vorhanden sind, die man als politisch motivierte Ausgrenzung missdeuten kann. „Missdeuten“ ist die wohlwollende Interpretation. Von daher sehe ich die Notwendigkeit, diese Defizite und Probleme zu beheben. Das ist ohne Herrn Morsch jedoch nicht möglich. Wir sollten eine Möglichkeit finden, mit Herrn Morsch selbst zu sprechen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur muss ich sagen: Es gibt so viele zu besprechende Themen, die auch der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur, zu dem die Gedenkstätten des Landes gehören, aufgreifen und politisch vermitteln sollte. Das wird auf jeden Fall geschehen.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Ich unterstütze das. Ich habe gegenüber Prof. Morsch die Ansicht vertreten - hier geht es auch um organisatorische Dinge -, dass diese Angelegenheit in den Kulturausschuss gehört. Das würde weiteren Anzuhörenden sehr entgegenkommen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Da sind wir fraktionsübergreifend einig.

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Ich habe zwei Fragen an Gabriele Schnell. Erstens: Können Sie mir bitte erklären, warum wir diese Sitzung nicht im „Lindenhotel“ abhalten?

Zweitens: Würden Sie denken, dass diese Enquetekommission nicht erfolgreich war, wenn an ihrem Ende nicht die Entscheidung fiele, dass eine institutionelle Förderung

des „Lindenhotels“ stattfinden muss?

**Gabriele Schnell (Anzuhörende):**

Warum die heutige Sitzung nicht in der Gedenkstätte stattfindet, kann ich nicht beantworten. Dort wäre genügend Platz. Auch wenn ich als Honorarkraft des Potsdam Museums nicht die Befugnis dazu habe, erlaube ich mir, Sie herzlich einzuladen. Vielleicht mögen Sie eine Ihrer nächsten Sitzungen dort abhalten. Wie lautete die zweite Frage?

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Die Enquetekommission muss der Landesregierung konkrete Vorschläge anbieten, und ein Vorschlag könnte eine institutionelle Förderung des „Lindenhotels“ sein.

**Gabriele Schnell (Anzuhörende):**

Sollte das nicht geschehen, würde ich das nicht richtig finden und sehr bedauern.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Eine Empfehlung ist noch einmal verstärkt worden. Dazu sage ich ausdrücklich: Herr Müller-Enbergs, das ist nicht nur Ihre Idee; wir sind in der Runde schon ziemlich weit.

Die Sitzungen außerhalb des Landtags stattfinden zu lassen stößt an gewisse Grenzen: Die Eingeladenen kommen teilweise nur schlecht damit zurecht. Außerdem stehen uns andernorts weder der Stenografische Dienst noch womöglich Mikrofone und sonstige technische Ausstattung zur Verfügung. Das soll keine Entschuldigung sein, aber es gab in dieser Richtung auch keinen Vorschlag.

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Doch.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das ist nicht bei mir angekommen. Schreiben Sie das nächste Mal bitte eine E-Mail.

**Dr. Reinhard Stolze:**

Ich habe eine Frage an Frau Schönemann; wenn Sie sie nicht beantworten, habe ich dafür Verständnis: Unter welchen Umständen würden Sie denen, die in der DDR in den Apparaten mitgewirkt und -gearbeitet haben, vergeben? Ich gehe davon aus, dass Vergebung Bestandteil unserer Kultur ist.

**Sibylle Schönemann (Anzuhörende):**

Die Sache mit der Vergebung ist psychologisch schwierig; denn man kann sich dazu ja nicht entscheiden - oder vielleicht kann man das. Ich bringe jetzt einen Vergleich, der hinkt: Ich habe in der letzten Zeit immer wieder Deutsche sagen gehört: Jetzt ist doch endlich einmal genug mit dem Holocaust. Was wollen die Israelis immer noch? Seht doch mal, was die mit den Palästinensern machen usw. - Bezüglich der sozialistischen Diktatur wird oft gesagt: Nun muss doch langsam einmal gut sein, es ist doch nun schon 20 Jahre her. Es kann doch nicht sein, dass es immer noch wehtut. Was müssen wir denn noch machen? - Was fehlt, ist die Aufarbeitung, ist das Verständnis der Verfolger für das, was die Verfolgten erlebt haben, und das Zeigen von Reue. Es reicht nicht aus, zu sagen: Aber ich habe mich doch schon entschuldigt. - Oder: Jetzt muss doch einmal gut sein. - Oder: Ja, es tut mir leid. - Das ist nicht das, was ich meine.

In einem Fernsehbericht wurde ein alter Richter gezeigt, der von einem ehemaligen Häftling aufgesucht wurde. Der Richter hat versucht, sich zu verstecken und zu winden, hat aber am Ende eingestanden: Sie wissen gar nicht, wie leid mir tut, was damals alles passiert ist. - Und der war glaubwürdig. Wenn jemand glaubwürdig ist, kann man vergeben, weil man weiß, dass er es verstanden hat. Denn er sagt nicht nur: Ich respektiere das. Ich kann mir schon vorstellen, es muss damals schlimm gewesen sein für Sie. Es ist bestimmt nicht schön gewesen. - Das ist etwas anderes. Verstehen Sie den Unterschied? - Gut.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Robert Leicht hat das neulich in einem Artikel sehr schön ausgedrückt: Die Zerknirschung des Herzens gehört dazu. - Das ist nach der katholischen Lehre interpretiert, aber so viel ist deutlich geworden. Vielen Dank für die Antwort. - Frau Poppe.

**Ulrike Poppe (LAKD):**

Ich bedauere ebenfalls, dass Herr Morsch nicht mehr anwesend ist. Er war aufgefordert, zu etlichen Themenbereichen Stellung zu nehmen. Ich habe heute eher durch Zufall von Herrn Dombrowski erfahren, dass die PMO-Mittel der Brandenburger Gedenkstätten zur freien Verfügung gestellt wurden, was mich verwundert, vor allem angesichts der Tatsache, dass kein nach 1945 Verfolgter Mitglied des Stiftungsrats ist, um seinem Anliegen Gewicht zu geben. So ist zu befürchten, dass sich keine Veränderung der Gedenkstättenlandschaft vollzieht, zumindest nicht so, wie es in dem von Petra Haustein verfassten Gedenkstättenkonzept, das sehr gute Handlungsempfehlungen enthält, vorgesehen ist. Es ist bedauerlich, dass die Frage, was mit diesen Handlungsempfehlungen geschieht, im Gutachten nicht aufgeworfen wurde.

Wir sollten darauf hinwirken, dass Vertreter der nach 1945 Verfolgten einen Platz im Stiftungsrat erhalten. Es gibt eine politische Verantwortung, was die Verwendung der PMO-Mittel betrifft. Da geht es immerhin nicht um Kleinbeträge. Es ist auch sehr

deutlich geworden, dass die Konstellation Lindenstraße als Appendix des Stadtmuseums nicht die beste Möglichkeit darstellt, eine kontinuierliche und sinnvolle Arbeit zu gewährleisten. Man sollte über die Selbstständigkeit der Gedenkstätte in der Lindenstraße und eine institutionelle Förderung des „Lindenhotels“ mit festen Planstellen nachdenken. Die Sanierungsfrage gehört noch einmal auf die Tagesordnung. Das Authentische, das noch erhalten ist, weiter abzureißen oder zu überstreichen ist kaum im Sinne eines verantwortlichen Sanierungskonzepts.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Prof. Morsch hat bestätigt: Von 950 000 Euro PMO-Mitteln sind 233 000 Euro gebunden. Über den Rest kann die Stiftung frei verfügen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht endgültig klären, da müssen wir die Fakten noch einmal prüfen.

**Victoria Heydecke (Anzuhörende):**

Noch einmal zur Vergebung: Dass wir ständig und immer wieder auf die Verfolgten des Nationalsozialismus als Gegner stoßen, belastet uns als Arbeitsgemeinschaft sehr. Immer, wenn wir einmal in den Medien gezeigt werden sollen, stehen sie da wie eine Mauer und sagen: Nein, ihr könnt nicht gezeigt werden. - Das ist sehr schwierig.

Irgendeinen Sinn müssen Gedenkstätten haben. Der Sinn kann nicht sein, dass eine Verfolgtengruppe nie aufhört, auf eine andere einzuschlagen. Der Sinn kann nur sein, dass letztendlich Frieden geschlossen wird, und das setzt natürlich Anerkennung der Taten und Vergebung voraus. Ich glaube, wir Deutschen haben anerkannt, dass im Dritten Reich schreckliche Verbrechen begangen wurden - ich weiß nicht, was man nun noch tun könnte. Es müsste doch irgendwann einmal Vergebung möglich sein.

Denn ohne diese Rücksichtnahme auf- und Verständnis füreinander wird es nie Frieden geben. Wir können noch Jahrzehnte immer wieder darstellen, wie schlimm die eine und wie schlimm die andere Diktatur gewütet hat. Dadurch wird keine Besserung eintreten. Wir streben an: Frieden über den Gräbern. Wir sind es leid, bekämpft und befeindet zu werden. Auf dem Gedenkstein steht ein schöner Spruch von Max Frisch aus dem Stück „Nun singen sie wieder“ aus dem Frühjahr 1945. Er lautet in etwa: Es wird noch lange dauern, bis alles vergangen ist von diesem Schrecklichen, es wird noch lange dauern. Selbst die Toten in den Gräbern sinnen noch auf Rache. Es wird noch lange dauern, bis alles vorbei ist. - Der Hass, der darin überhöht und gepriesen wird, bezieht sich auf den Hass von Opfern der Nationalsozialisten. Manche sagen, das hätte mit den Nachkriegsgefangenen nichts zu tun. Es hat insofern mit uns etwas zu tun, als es uns immer wieder vor Augen führt, womit wir zu tun ha-

ben und was uns immer wieder von Neuem verletzt.

**Prof. Dr. Jürgen Angelow (Gutachter):**

Ich verstehe nicht, warum die Beiräte in der Gedenkstätte Sachsenhausen getrennt sind, warum man die Verfolgtengruppen separiert, warum man so ein Kommunikationsproblem schafft. Meines Erachtens gehören diese Beiräte vereinigt, denn damit wäre ein Aufrechnen von Leid und Leiderfahrungen von verschiedenen Verfolgtengruppen nicht mehr so relevant.

**Victoria Heydecke (Anzuhörende):**

Von den anderen ist gesagt worden: Wir wollen mit unseren Henkern und Mördern nicht an einem Tisch sitzen, wir wollen nicht mit ihnen sprechen. - Diese „Henker und Mörder“ sind in diesem Fall Menschen, die zu der Zeit, als der Nationalsozialismus 1933 über Deutschland kam, noch Kinder waren. Die damaligen Verbrecher sind längst tot. Diejenigen, die 1933 Kinder waren und heute noch leben, können nichts verbrochen haben. Insofern müsste die Zeit reif sein, aber all meine bisherigen Versuche, in der Hinsicht etwas zu erreichen, sind gescheitert.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Ich möchte das Wort an Frau Schönemann zum Thema Vergebung oder Entschuldigen richten. Es geht um zwei verschiedene Dinge. Das eine ist eine sehr persönliche Angelegenheit. Wenn jemand als IM tätig war, weiß man, mit wem man es zu tun hatte. Das kann man eigentlich direkt regeln.

Das andere ist die kollektive Schuld und auch das kollektive Schweigen. Darauf bezog sich auch die Frage von Dr. Stolze. Diejenigen, die im Apparat, in der Diktatur mitgewirkt haben, taten das nicht aus reiner Bosheit, um anderen zu schaden, sondern auch, weil die Verhältnisse eben so waren. Daher ist die Versuchung groß, zu sagen: Naja, es war eben so, und man hat sich da irgendwie eingepasst. - Dadurch, dass in Brandenburg aufgrund von kollektivem Versagen und politischen Fehlentscheidungen zum Thema DDR nichts oder nur sehr wenig aufgearbeitet wurde, ist einigen, Dr. Stolze und tausenden Anderen, gar nicht bekannt, welche unerhörten Dinge in der DDR im Namen des Rechts geschehen sind, weil es im Grunde genommen kaum zu glauben ist - damals hat es nicht in der Zeitung gestanden und heute, 20 Jahre danach, auch nicht. Daher gibt es gar kein Bewusstsein dafür und ist nicht etwa böse Absicht.

Meine drei Schwestern saßen im Frauenzuchthaus Hoheneck ein. Dort wurden teilweise völlig unschuldige Frauen inhaftiert. Sie haben sich neben Kindsmörderinnen und ehemaligen KZ-Aufseherinnen wiedergefunden und wurden auf diese Art kriminalisiert. Frauen haben es ohnehin schwerer. Hier in Brandenburg hat das im Grunde niemanden außer die Betroffenen interessiert. Dieses Versäumnis müssen sich Viele ans Revers heften. Ich habe das „kollektives Versagen“ genannt. Die einen tragen

mehr Schuld, die anderen weniger.

**Zu TOP 4: Diskussion des Gutachtens von Prof. Dr. Johannes Weberling zum Thema „Umgang öffentlicher Stellen, gesellschaftlicher Organisationen und politisch Verantwortlicher mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten im Land Brandenburg“**

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das Gutachten liegt Ihnen erst seit gestern vor, und das hat Gründe. Frau Poppe und ich haben uns verständigt, wie wir mit dem Gutachten umgehen. Herr Weberling hat den Auftrag zu dem Gutachten kurz vor Weihnachten erhalten. Dann ist ein Fragenkatalog erstellt worden, der erst am 22. Dezember verschickt werden konnte. Die Antworten kamen dementsprechend spät. Also haben wir uns verständigt, dass es keinen Zwischenbericht geben soll, und den Abgabetermin für das Gutachten verschoben, um Prof. Weberling mehr Zeit zu geben.

Wir haben beim Gespräch im Vorfeld festgestellt, dass nicht all unsere Wünsche durch das Gutachten erfüllt werden konnten. Das mag mit der kurzen Zeit und vielen anderen Rahmenbedingungen zusammenhängen. Wir haben uns deswegen geeinigt, den Wert des Gutachtens auf 4 000 Euro zu minimieren. Das bedarf des Beschlusses der Enquetekommission. Bevor wir in die Diskussion zum Gutachten einsteigen, bitte ich die Enquetekommission, darüber abzustimmen.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Für mich hört das sich so an, als würde man das Gehalt im Nachhinein kürzen. Ich verstehe nicht, wie die Absprache zustande gekommen ist. Hat Herr Weberling vorgeschlagen, sich mit weniger Einkünften zufrieden zu geben, weil er weniger gearbeitet hat?

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Nein, wir haben uns darauf verständigt, weil das Gutachten eben nicht in dem von uns erwarteten Umfang vorgelegt werden konnte. Herr Weberling ist damit einverstanden. Bei Herrn Thönelt hatten wir keine Möglichkeit, im Nachhinein noch etwas zu ändern.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Wie hoch lag die Summe für das Gutachten von Herrn Thönelt?

**Vorsitzende Melior (SPD):**

5 000 Euro.

**Dr. Jörg Kürschner:**

Es sollte nicht vom Umfang, sondern von der Qualität abhängen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Genau das habe ich eben zu sagen versucht. Zur Qualität gehört auch, dass umfangreich gearbeitet wurde, und aus verschiedenen Gründen konnte das nicht geschehen.

Ich lasse darüber abstimmen. - Herr Weberling, Sie wollten etwas dazu sagen? - Lassen Sie es uns tun; Sie waren ja einverstanden, was ich eben auch verdeutlicht habe.

**Prof. Dr. Johannes Weberling (Gutachter):**

Ich wollte nur zum Ausdruck bringen: Wir haben darüber gesprochen. Der Werksvertrag ist nicht geändert worden. Frau Melior und ich haben im Einvernehmen darüber gesprochen, dass ich in Anbetracht der Dinge, die wir diskutiert haben, darauf verzichte. Der Verzicht ist unwiderruflich.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Ich lasse darüber abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zum Gutachten. - Herr Stolze, Sie haben einen Geschäftsordnungsantrag?

**Dr. Reinhard Stolze:**

Wie lange tagen wir heute?

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Sie stellen mir Fragen, die ich nicht beantworten kann. - Das liegt an uns allen gemeinsam. Wir haben noch etwas abzarbeiten, und wir wollen dieses Gutachten diskutieren.

Nun erhält Herr Weberling das Wort.

**Prof. Dr. Johannes Weberling (Gutachter):**

Gutachtenauftrag war der Umgang öffentlicher Stellen, gesellschaftlicher Organisationen und politisch Verantwortlicher mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten in Brandenburg.

Entsprechend dem Wunsch der Enquete-Kommission hat sich das Gutachten auf drei Schwerpunkte konzentriert, konzentrieren müssen: erstens auf die konkrete Umsetzung des Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes und die Praktikabilität und Geeignetheit der Umsetzung in Brandenburg, zweitens auf die Angemessenheit des Beratungs- und Betreuungsangebots für ehemals politisch Verfolgte und drittens auf die Auswirkungen von Defiziten im politischen und gesellschaftlichen Umgang auf die Lebenssituation politisch Verfolgter und ihrer Angehörigen.

Formaljuristisch seien die Dinge kurz folgendermaßen dargestellt: Das Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, die strafrechtliche Rehabilitierung betreffend, ist in Brandenburg - anders als in anderen Ländern - so umgesetzt worden, dass die ehemaligen Bezirksgerichte - die jetzigen Landgerichte Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam - zunächst für die Rehabilitierungsentscheidung als solche und dann auf dem Justizverwaltungswege für die Entschädigungsverfahren zuständig waren.

Das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz - die verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung betreffend - ist in Brandenburg so umgesetzt worden, dass beim Ministerium des Innern 1994 eine Rehabilitierungsbehörde eingerichtet worden ist, die für das Rehabilitierungsverfahren als solches zuständig war. Die Folgeansprüche sind von den einschlägigen Landesämtern, Institutionen bearbeitet worden, unter anderem vom Landesamt für Soziales und Versorgung oder den Landkreisen.

Zur Praktikabilität und Geeignetheit des Gesetzes: Hier muss man sich - das rückt in der Diskussion viel zu wenig ins Bewusstsein - darüber im klaren sein, dass sich der Bundesgesetzgeber aus Gründen der Rechtssicherheit dafür entschieden hatte, das Recht der DDR weitgehend unabhängig von der Frage anzuerkennen, inwieweit das staatliche Unrecht das gesamte Rechtssystem beeinflusst hatte, es sich also um ein Unrechtssystem handelte. Das war damals Konsens im Bundestag, über den man zweifellos diskutieren kann.

Nur schwere - in der Regel ideologisch motivierte - Verletzungen der Menschenrechte, an denen sich der Unrechtscharakter des SED-Regimes offenbarte, wurden ausgenommen. Rehabilitierungsgesetze und Rehabilitierungspraxis beschränkten sich deshalb auf schwere Menschenrechtsverletzungen.

Politisch Verfolgten sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich vom Makel persönlicher Diskriminierung zu befreien. Einbußen an Freiheit, Bildung und Eigentum, die zwangsläufig - also für jedermann - mit dem System der DDR verbunden waren, sind danach ebenso wenig rehabilitierungsfähig wie verhinderte Karrieren im beruflichen Bereich.

Entschädigungsleistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen sind kein Schadensersatz, sondern lediglich ein Ausgleich für möglicherweise fortwirkende Folgen einstiger Verfolgung in Form individuell zu gewährender sozialer Ausgleichsleistungen. Diese Beschränkung ist naturgemäß zum einen nicht einfach zu handhaben, zum anderen - das kann ich nur wiederholen und deutlich herausheben - für Opfer schwer

zu verstehen und nachzuvollziehen.

Was war denn der prozentuale Anteil der systembedingten Nachteile der Haft, die man hatte, die nicht rehabilitierungsfähig ist? Beispiel: Machen sie einmal einem zehnjährigen politischen Häftling klar: „Sie waren laut erstinstanzlicher Entscheidung wegen Fahnenflucht verurteilt. Zugegebenermaßen sind zehn Jahre ein bisschen viel, aber vier Jahre ist völlig in Ordnung, denn auch in der Bundesrepublik Deutschland (alt) ist Fahnenflucht strafbar.“ Am Rande: Dass er wegen des versuchten Gedankenverbrechens der Fahnenflucht verurteilt worden ist - das ist ein Musterprozess aus dem Jahre 2000, dem ein von Mielke persönlich abgezeichnetes Urteil zugrunde lag -, hatten sowohl die Richter als auch der Anwalt, der meinen Mandanten dann betreut hat, in der ersten Instanz völlig übersehen. Trotzdem bleibt: Erklären Sie mal einem Opfer bestimmte strukturelle Teile seiner Haft, seiner Benachteiligung. Das ist eine Sache, die ein Opfer schwerlich nachvollziehen kann.

Das soll aber nicht vom brandenburgischen Weg in der ersten Dekade des Landes Brandenburg ablenken. Brandenburg hat sich in der ersten Dekade - ich würde es auf die ersten drei Wahlperioden eingrenzen - auf die Umsetzung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, auf das absolute Muss beschränkt, hat nicht mehr getan. Der Schwerpunkt der politischen Diskussion lag auf der Art der Aufarbeitung der Vergangenheit, des Umgangs mit politischen Systemträgern, des Umgangs mit inoffiziellen und auch hauptamtlichen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes. Signifikantes Merkmal, was hier schon mehrfach diskutiert worden ist und auch den mangelhaften Stellenwert der Aufarbeitung in Brandenburg dokumentiert, ist die Nichteinsetzung eines Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Liest man die Landtagsunterlagen, muss man fragen: Warum war in der dritten Wahlperiode die DVU die einzige, die diese Frage gestellt hat?

In der zweiten Dekade der vierten Wahlperiode hat sich das zu ändern begonnen. Dieser besondere brandenburgische Weg - das heißt, die ersten drei Wahlperioden des Brandenburgischen Landtages - gibt aber noch keine Antwort auf die Frage, ob die verwaltungsseitige Umsetzung in Brandenburg Defizite aufweist, ob Opfer, politisch Verfolgte und Benachteiligte also wirklich benachteiligt worden sind.

Es ist kritisiert worden, dass auf der einen Seite die Landgerichte in Brandenburg für die Rehabilitierungsverfahren zuständig waren und die Rehabilitierungsbehörde auf der anderen Seite für verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung zuständig war. Das kann man so sehen. Es gibt andererseits auch von Opferverbänden klare Aussagen und Hinweise, dass beispielsweise die Auszahlung der Opferrente 2007 in einer sehr zügigen, sehr vorbildlichen Weise in Brandenburg - im Gegensatz zu anderen Bundesländern - gelaufen ist, weil eben die dezentrale Aufteilung im Bereich der strafrechtlichen Rehabilitierung gelaufen ist.

Zu den Konsequenzen für die ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten: Aufgrund der fiskalpolitischen Restriktionen des Rehabilitierungsgesetzes und der damit

verbundenen Verständnisprobleme bei den Benachteiligten selbst auf der einen Seite und die Konzentration der Debatte auf die Bewertung der Vergangenheit auf der anderen Seite - ich zitiere aus einem Landtagsantrag: „mit menschlichem Maß“ - und damit verbunden der Verbleib bisher politisch Verantwortlicher im politischen Alltag - gerade auch im Verwaltungsalltag - hat bei ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten das Bild gezeichnet, zum zweiten Mal Verlierer der Geschichte zu sein.

Wie sieht der tatsächliche - nicht der gefühlte - Umgang mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten in Brandenburg aus? Bei der strafrechtlichen Rehabilitierung gibt es eine Erfolgsquote von 61 Prozent bei den Rehabilitierungsanträgen. Das sind bis Ende 2003 17 274 Rehabilitierungen gewesen. Politische Delikte sind nahezu ausnahmslos, also fast zu 100 Prozent rehabilitiert worden, Delikte, die unter anderem mit „normalem“ DDR-Recht kollidierten, in Teilen.

Auffällig ist, dass bis Ende 2003 statt von 17 274 Rehabilitierungen nur 14 747 Personen Entschädigungen beantragt haben. Die aktuellen Daten habe ich nicht bekommen. Leider ist es nicht möglich gewesen, dass die zuständige Justiz dieses Landes die Daten, die da sind - ich weiß von den zuständigen Richtern, dass sie vorhanden sind - herausgegeben hat. Es wurde mir aber versichert, dass sich diese Differenz nicht unterscheidet. Diese Lücke ist nicht erklärbar. Ich habe zwei Erklärungen dafür, die zutreffen können. Erste Erklärung: Betroffene sind in dieser Sache hilflos gewesen. Zweite Erklärung - das will ich aus eigener Erfahrung auch mit Mandanten in diesem Bereich sagen -: Es ist schlicht der Neid - der Nachbarn, der Bekannten -, dass jemand Geld für eine Haft bekommt, die „doch so schlimm gar nicht gewesen ist“.

Kommen wir zur verwaltungsrechtlichen beruflichen Rehabilitierung: Hier haben wir eine Erfolgsquote von 44 Prozent. Bei 20 423 Anträgen Stand Ende 2010 ist Brandenburg zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das Schlusslicht unter den Ländern. Es gab Gründe dafür, die diskutiert worden sind und die ich hier nicht weiter vertiefen möchte. Für mich als Juristen ist jedoch auffällig, dass von den 56 Prozent von den 20.423 nur 965 Klagen erhoben worden sind. Dafür gibt es aus meiner Sicht zwei Erklärungen, zum einen das Kostenrisiko. Es geht um wirtschaftlich in vielfältiger Form benachteiligte Personen. Oder - die zweite Möglichkeit -: schlechte Beratung. Von den 965 Klagen waren 27 erfolgreich, 200 bis 300 wurden abgewiesen, bei 556 gab es andere Erledigungen. Auf der letzten Sitzung ist ausführlich diskutiert worden, dass es hier von der Gesetzeslage her einfach nicht möglich war, den Klagen stattzugeben, und man deswegen die Klage zurückgezogen hat. Das weist wieder darauf hin, dass die Betroffenen möglicherweise falsch beraten waren, die Klage, die sie entsprechend Geld gekostet hat, einzulegen. Das hätten ihnen diejenigen, die sie vertreten haben, sagen können.

Das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg war freundlicherweise bereit, seine Entscheidung, obwohl das Justizministerium nicht zwischengeschaltet war, direkt zu liefern. Schaut man sich diese Entscheidung an, erlebt man in den Streitgegenständen und dem, was die Klägerinnen und Kläger dort gemacht haben, eine absolute

Hilflosigkeit, Verzweiflung darüber, dass die Rehabilitierungsgesetze einerseits nicht verstanden werden, man sich auf der anderen Seite in dem System, das hier gerade abläuft, nicht wiederfindet. Die Verwaltungsmaschinerie und die Rechtsmaschinerie ist eine Angelegenheit, die von den Parteien - den Antragstellerinnen und Antragstellern - nicht verstanden worden ist. Ich bitte um Verzeihung für meine lockere Sprache, aber das deutet auf eine lausige Qualität vonseiten der betreuenden Kolleginnen und Kollegen der Anwaltschaft hin.

Das nächste Thema ist die Beratung und Betreuung der ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten in Brandenburg. Aus einem Schreiben des Staatssekretärs des Ministeriums des Innern aus dem Jahre 2001 an den Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen: Darin freut man sich, dass der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen Berlins das Beratungsangebot erweitert und das dichte Netz an Opferberatung in Brandenburg verstärkt wird. Ich frage mich: Welches Netz meinte denn Herr Lancelle seinerzeit? Ich habe keines gefunden. Es gibt in Brandenburg natürlich Einrichtungen, die sich darum kümmern, aber sind sie bekannt und dicht? Schauen Sie sich die Internetseite der Opferhilfe Brandenburg an, wo der Kernträger der Opferberatung in Brandenburg sein soll. Wo findet sich irgendein Hinweis auf die Frage ehemals politischer Verfolgter oder Benachteiligter, damit sie sich an diese Einrichtung wenden können? Kein einziger Satz! Obwohl das wohlgerne das Rückgrat der Opferhilfe in Brandenburg sein soll.

Seit 2001 hat sich die Situation hier in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten in Berlin und mit der Stiftung Aufarbeitung (akustisch unverständlich) zweifellos verbessert. Der große Bedarf, den die Beratungsoffensiven, die seinerzeit Herr Gutzeit und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeschoben haben, zeigt, dass hier erheblicher Nachholbedarf bestand. Die Einsetzung von Frau Poppe und die Arbeitsaufnahme ihrer Behörde und das, was sich in dieser kurzen Zeit an Beratungsabfragen zeigte, verdeutlicht, dass hier ein erheblicher Bedarf vorhanden ist, der bisher nicht gedeckt worden ist.

Was sind die Auswirkungen dieser Defizite? Die ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten sagen: Wir sind zum zweiten Mal Verlierer der Geschichte und sind bei der Bewältigung unseres Schicksals weitgehend allein gelassen. Das kann man nach all dem, was ich zusammentragen konnte und was mir meine allgemeine politische und gesellschaftliche Bildung sagt, nicht aufrechterhalten. Seit der vierten Wahlperiode hat sich in Brandenburg schon etwas verändert. Es gibt im Brandenburger Landtag zunehmend Konsens, dass hier etwas getan werden muss. Es gibt zahlreiche Initiativen, unzählige Veranstaltungen. Beim „Kulturland Brandenburg 2009“ ist eine Menge zu diesem Thema getan worden, beispielsweise die Publikationen der Landeszentrale für Politische Bildung. Das möchte ich ausdrücklich auch aus diesem Grunde hervorheben. Das ist eine Fülle und im Bereich der politischen Bildung sehr gut zu verwenden. Es gibt zahlreiche bildungspolitische Initiativen vonseiten der zuständigen Kulturverwaltung/Schulverwaltung.

Die Zielperspektive - das konnte man dem Redebeitrag von Frau Geywitz im Bran-

denburger Landtag entnehmen - ist, dass man ein Brandenburg ohne weiße Flecken der Erinnerung, ohne Kultur des Schweigens und ohne desinteressiertes Achselzucken haben will.

Die ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten registrieren - das ist in den Antworten auf unsere Aussendung klar geworden - diese Änderung durchaus. Es gibt aber ein nachhaltiges Misstrauen gegenüber der Verlässlichkeit dieser Änderungen, ein nachhaltiges Misstrauen, ob das eine nachhaltige Änderung der brandenburgischen Politik oder nur ein Feigenblatt ist, um sie angesichts der neuen politischen Konstellation in Brandenburg ruhigzustellen.

Aus diesen Resultaten habe ich mir einige Empfehlungen an die Enquetekommission zu formulieren erlaubt. Insofern passt es gut, dass Kollege Angelow heute zum Thema „Würdigung von Opfern“ vorgetragen hat, weil manche Ideen, die ich dem entnommen habe, insofern in eine ähnliche Richtung zielen.

Kulturministerin Münch hat am 04. September 2009 etwas Vorbildliches getan, nämlich einen Gedenktag in Sachsenhausen genutzt, die eine wie die andere Seite und gerade auch die ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten öffentlich zu würdigen, ihnen einen Orden zu verleihen. Das sind sichtbare Zeichen, dass die politisch Verantwortlichen dieses Landes und damit letztendlich auch die Repräsentanten der Menschen in Brandenburg bereit sind, die Vergangenheit zu bewältigen und das gemeinnützige Engagement der dort ausgezeichneten Menschen sichtbar zu würdigen. Solche Signale sollten die Regel werden.

Um das offensichtliche Defizit bei der qualifizierten rechtlichen Beratung zu beheben, sollte eine Anlaufstelle für ehemals politisch Verfolgte oder Benachteiligte geschaffen werden, die von sachgerecht zu schulenden, aber - das ist wichtig - von den gesetzlichen Gebühren abgesehen ehrenamtlich arbeitenden Rechtsanwälte besetzt werden. Diese Beratungstätigkeit - ich sage das aus eigener Erfahrung, weil ich meine juristische Laufbahn mit Rehabilitierungsverfahren begonnen habe - ist keine vergnügungssteuerverpflichtige Angelegenheit. Damit kann man kein Geld verdienen. Bei dieser Sache muss der Anwalt sagen: Gut, ich bin eben auch Teil dieser Gesellschaft, Teil der Rechtspflege, und für mich ist das Ehrensache. - Wenn die Ehrensache nicht zu häufig wird, sondern man das auf Viele verteilt, lässt sich das machen. Es ist aber nicht möglich, dass in Privatinitiative zu organisieren. Ich weiß aus Gesprächen mit vielen Kolleginnen und Kollegen, dass sie bereit sind, bei einem solchen Projekt „pro bono“ mitzuwirken.

Die Anlaufstelle kann - das wird bei der praktischen Abwicklung von Entschädigungsverfahren helfen - bei Zweifelsfragen unmittelbar Kontakt mit zuständigen Behörden aufnehmen, um Problemfälle unbürokratisch und vor allem schnell zu lösen.

Vielfach sind es Missverständnisse, kleine Informationsdefizite. Dazu braucht es einen Sachkundigen auf der Benachteiligten-, auf der Verfolgenseite. Dann kann man den Verwaltungsmitarbeiter - der ja nichts Böses will - darauf hinweisen, dass

eine Rehabilitation im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten respektive entsprechende Folgeleistung möglich ist.

Eine dritte Empfehlung: Das Informationsangebot der Opferhilfe Brandenburg sollte unverzüglich um entsprechende Hinweise für ehemals politisch Verfolgte und Benachteiligte ergänzt werden. Das wird für einen Programmierer sicherlich leicht zu bewältigen sein.

Das Zweite ist, wir haben die Kirchen, evangelisch und katholisch, abgefragt und von denen sehr viele Informationen bekommen, dass sich Hilfesuchende auch an sie gewendet haben, auch Rat bekommen haben, aber dass man nicht wollte, dass man von dort aus tätig wird. Ich denke, es wäre sinnvoll, die Kirchen in das Beratungsnetzwerk einzubeziehen, um eine möglichst ortsnahe Beratung für Betroffene zu garantieren.

Um Defizite bei der fachlichen Begutachtung von Gesundheitsschäden zu verringern, sollte an einem zentralen Ort in Brandenburg ein Zentrum mit entsprechend qualifizierten Spezialisten geschaffen werden, die auch die nötige Sensibilität und Kenntnis haben. Ich glaube, dass die bis dorthin anfallenden und nach meiner Überzeugung als Selbstverständlichkeit vom Land zu übernehmenden Reisekosten erheblich geringer sein dürften, volkswirtschaftlich jedenfalls, als die möglichen Folgekosten - ich möchte es freundlich ausdrücken - nicht optimaler Begutachtung Betroffener.

Frau Schönemann hat in ihrem Statement über ihre Erfahrungen mit ihrem Gutachter berichtet. Ich habe in meinem Gutachten eine zentrale Entscheidung unter vielen des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg als Beispiel ausgewertet. Dort ist die Problematik: Ist die gesundheitliche Schädigung wirklich kausal verbunden mit der Haft, mit den entsprechenden Dingen, die den Betroffenen passiert sind? Bei Wissenschaftlern ist es vielleicht nicht ganz so schlimm wie bei Juristen; bei drei Juristen gibt es sieben Meinungen. Bei Wissenschaftlern ist es aber auch so, dass man sich natürlich in vielen Dingen nicht einig ist. Ich kann aus meiner rudimentären, laienhaften Sicht - jedenfalls in diesem Bereich - sagen, die wird allerdings von vielen Fachleuten, beispielsweise der Beratungsstelle „Gegenwind“, bestätigt, dass ein Kausalzusammenhang häufig vielfältig ist, das heißt, man hat viele Gründe für eine Gesundheitsschädigung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales lässt bei diesem Gesetz Dinge, die nicht genau feststellbar sind, über die man sich wissenschaftlich nicht völlig einig ist, ob sie beispielsweise mit den Haftbedingungen zusammenhängen, zu, dass sie generell als entsprechende Gesundheitsstörung anerkannt werden und dann zu entsprechenden Entschädigungsleistungen führen können. Das bedarf lediglich einer Anfrage beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Diese Anfrage nach § 3 Abs. 5 Satz 2 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ist analog dem § 23 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes. Das sollte als Regel im Rahmen eines Verwaltungshinweises eingefügt werden. Damit kann man vielen ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten konkret helfen.

Meine Damen und Herren, ich bekenne freimütig, dass ich mir erlaubt habe, meinen

Auftrag als Gutachter ein klein wenig auszulegen hinsichtlich der Empfehlungen der Enquetekommission. Ich weiß natürlich, dass Sie hier im Landtag auch schon einmal einen Geschichtswettbewerb gemacht haben. Aber ich bin, was Sie vielleicht nicht wissen, erfreulicherweise Vater von drei Kindern. Die Kinder gehen auch zur Schule, wie sich das für Kinder gehört. Beide Töchter haben an den Geschichtswettbewerben des Bundespräsidenten teilgenommen. Beide haben dort Motivation für sich selbst bekommen und in ihre Schule hinein wirken können mit dieser Teilnahme am Geschichtswettbewerb. Deshalb stelle ich die Frage: Warum ist es nicht möglich, um eine nachhaltige Vermittlung der Ergebnisse von Wissenschaft in Schule und ein nachhaltiges Engagement im Bereich der schulischen Bildung zu gewährleisten, vom Landtag des Landes Brandenburg einen jährlichen, immer zu wiederholenden Geschichtswettbewerb für Schülerinnen und Schüler sowie - wohlgemerkt - auch für Schulen, die sich dafür engagieren, beispielsweise zum Thema „Brandenburg zwischen Diktatur und Demokratie“ mit attraktiven Preisen auszuschreiben? Das kann durch ein systematisches Angebot von Zeitzeugengesprächen unterstützt werden. Deren Akteure müssen natürlich - das habe ich, bevor ich das Gutachten von Herrn Angelow gelesen habe, festgestellt - geschult werden. Ich stehe völlig dazu, dass man diese Akteure - nicht seine subjektiven Wahrnehmungen - ein klein wenig auf Schüler vorbereiten muss. Das ist jedenfalls meine Erfahrung mit Zeitzeugengesprächen, von denen ich schon viele geführt habe. Ich denke, es ist für Schülerinnen und Schüler wichtig, handgreiflich, persönlich Geschichte zu erleben. Die normale Sicht der Dinge bekommt man überall mit. Die bekommt man vielleicht im Elternhaus erzählt. Aber ehemals politisch Verfolgte und Benachteiligte sind aus meiner Sicht Vorbilder - die natürlich auch ihre Schwächen haben, wer Opfer berät weiß das - für Courage, für aktives Eintreten für Demokratie. Bei allem Verständnis für Vergebung und Nachsicht für diejenigen, die in einem System gewesen sind. Aber diejenigen, die Courage gezeigt haben, die Rückgrat gezeigt haben, das sind die Personen, die man Schülerinnen und Schülern als Gesprächspartner entgegensetzen sollte. Dann tun Sie etwas für die nachhaltige Sicherung von Demokratie in Brandenburg. - Vielen Dank.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Vielen Dank, Herr Prof. Weberling. - Ich gebe die Runde frei für Statements oder Fragen. - Ist alles umfänglich geschrieben und geschildert worden?

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Herr Küschner hat vorhin angefangen mit der Frage nach dem militärischen Rang. Ich will das nicht tun und nicht nach einem militärischen Rang und auch nicht nach einem Rang in einer schlagenden Burschenschaft fragen.

**Prof. Dr. Weberling (Gutachter):**

Herr Jürgens, ich bin Obergefreiter der Reserve der deutschen Bundeswehr, wenn Sie das wissen wollen, das ist wirklich eine harte Sache.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Ich habe gesagt, dass ich nicht danach fragen will, weil es für das Gutachten, das Sie vorgelegt haben, keine Relevanz hat. Ich bin Ihnen dankbar für diesen Vortrag, der sich aus meiner Sicht ein bisschen, zumindest von der Tonalität her, von dem Gutachten abhebt. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück, wo ich diesen Unterschied sehe.

Ich will ein paar Bemerkungen machen, die sich auf die Methodik des Gutachtens beziehen. Sie haben 182 Briefe an verschiedenste Einrichtungen und Institutionen geschickt. Der Rücklauf - das wird ja geschildert - ist ein bisschen spärlich. Sie haben nicht 182 Antworten bekommen, Sie haben, wenn ich das überschlage, nicht einmal auf knapp die Hälfte der Briefe Antworten bekommen. Viele sagen auch, dass sie nicht zuständig sind, geben also qualitativ keine Äußerung zum Sachverhalt ab. Bei einigen Sachen bin ich ein bisschen durcheinander geraten. Zum Beispiel: Haben Sie die Parteien angeschrieben oder die Fraktionen? Bei der CDU zum Beispiel zitieren Sie die Antwort der Fraktion, aber sagen, dass es die CDU war. Es gibt immer noch einen Unterschied zwischen Partei und Fraktion in diesem Land. Insofern bin ich da von der Methodik her ab und zu ein bisschen durcheinander gekommen.

Ich habe einige Fragen. Die erste wäre - da komme ich zu der Tonalität, die ich am Anfang angesprochen habe -: Der erste Satz Ihres Gutachtens, der leider auch schon in der Presse zu lesen war und offensichtlich durch Vorabveröffentlichung des Gutachtens dorthin gekommen ist, lautet, dass es beim Umgang mit Verfolgten durch die öffentlichen Stellen und gesellschaftlichen Organisationen Anfang der 90er Jahre und in der erste Dekade vor allem Lippenbekenntnisse waren. Das ist eine sehr starke Behauptung, vor allem, wenn man sieht, wie wenig Rücklauf zu Ihren Fragen von den Angeschriebenen kam. Ich frage, wie Sie zu dieser Bewertung kommen, wenn Sie einen solch geringen Rücklauf und so wenige Wortäußerungen bekommen haben.

Die zweite Frage: Sie haben am Anfang auch im Vortrag noch einmal dargestellt, dass es in den ersten drei Wahlperioden keine Landesbeauftragte gab und die Umsetzung der Rehabilitierungsgesetze sozusagen nur nach einem Muss vollzogen wurde. Nun haben in den ersten drei Wahlperioden die verschiedensten Parteien an der Regierung teilgenommen, CDU, SPD, GRÜNE, FDP, BÜNDNIS 90. Ich würde Sie um Ihre Meinung bitten, wie es angesichts dieser breiten politischen Einbeziehung in Landesregierungen trotzdem zu diesen beiden Erkenntnissen kam.

Eine dritte Frage bezieht sich auf eine Empfehlung von Ihnen. Sie sagen, dass der Stoff SED-Diktatur stärker berücksichtigt und vor allem auch im Abitur abgefragt werden müsste, um das zu manifestieren. Die Kollegin Teuteberg hat vorhin gesagt: Ganz im Gegenteil, man müsse es in der 10. Klasse berücksichtigen. Ich möchte gerne wissen, ob sich das widerspricht, ob man das insgesamt machen müsste.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Herr Prof. Weberling, Sie haben die Möglichkeit, darauf zu antworten.

**Prof. Dr. Weberling (Gutachter):**

Ich habe kein Problem mit meiner Biografie, das sage ich ganz offen, dazu stehe ich, mit allen Brüchen. Sie können mich auch gerne dazu befragen. Ich bin zweifellos auch Angehöriger einer schlagenden Verbindung, wenn Sie das wissen wollen. Ich bin ganz nebenbei Angehöriger einer Verbindung, die wegen der leider nicht wegzu-kriegenden Rechtstendenz vor vielen Jahren aus der Deutschen Burschenschaft ausgetreten ist. Ich erlaube mir, einer der Akteure dazu gewesen zu sein. Ich denke, das sagt dazu genug. Ich darf auch in obskuren Vereinigungen sein, die sich mit dem Säbel auf dem Kopf herumhauen. Aber wie Sie sehen, hat es bei mir nichts geschadet.

Zur Methodik: Ich habe mich natürlich - ich denke, das ist klar, sonst wäre das Gutachten nicht abgabefähig gewesen - nicht auf den Fragebogen beschränkt. Wenn wir nur den Fragebogen genommen hätten, der in einer relativ kurzen Zeitspanne erstellt worden ist, mit dem auch versucht worden ist, alle drei Fragenkomplexe einzufangen, und der zwangsläufig an alle gegangen ist, obwohl es drei Fragenkomplexe gab, für die nicht alle gleichermaßen zuständig waren, wäre das Gutachten nicht vorlegbar gewesen. Aber ich bin nicht nur Jurist, sondern auch Historiker und kann mich an den Quellen orientieren. Dankenswerterweise haben wir in der modernen Zeit relativ viel veröffentlicht. Von daher zunächst einmal zu der Antwort: Keine Zuständigkeit. Ich will den Ball gerne aufgreifen und darauf hinweisen, dass wir aus dem Bereich des Sportes, es war ja nach gesellschaftlichen Organisationen gefragt, unisono die Antwort bekommen haben: Keine Zuständigkeit. Da frage ich mich, wenn ich jetzt ein Standardwerk zu Stasi und Doping und darin die Verpflichtungen von ehemaligen Sportbereichen in Brandenburg anschau, deren Nachfolger teilweise die Schulen sind, ob da wirklich keine Zuständigkeit zur Frage des Umgangs mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten ist. Auf der einen Seite bekommen wir die Mitteilung: Keine Zuständigkeit. Ein prominentes Opfer schreibt mir jedoch umfassend, dass er als Vorsitzender einer Landessportvereinigung vergeblich versucht hat, sich in Brandenburg mit diesem Thema zu beschäftigen, und dass er regelrecht abgeblitzt ist. Von daher gesehen ist die Antwort „keine Zuständigkeit“ auf dem Fragebogen unverständlich, vielleicht auch ein Schutz der einen oder anderen Organisation, weil man aus gutem Grunde keine Antworten geben wollte.

Warum wir Fragen an Institutionen, Parteien und Organisationen gerichtet und dann aus unterschiedlichen Bereichen Antworten bekommen haben, sei dahingestellt. Ich kann Ihnen nicht beantworten, warum wir solche Antworten bekommen haben. Ich war - offen gesagt - froh, überhaupt Antworten bekommen zu haben. Lieber Herr Jürgen, ich hätte mich gefreut, wenn ich von der PDS auch eine Antwort bekommen hätte. Ich habe nämlich keine bekommen. Das finde ich schade. Das hätte nicht sein müssen. Aber das schadet nichts, weil man zu der Frage der Lippenbekenntnisse

eine ganze Menge sagen kann.

(Jürgens [DIE LINKE]: Von der PDS konnten Sie keine bekommen!)

- Ich weiß, jetzt DIE LINKE; ist in Ordnung. Im Gutachten werden Sie das von der Nomenklatur her entsprechend richtig finden. Man ist manchmal im Jargon noch nicht so ganz bei der aktuellen Bezeichnung.

Zurück zu den Lippenbekenntnissen, das war die Frage von Herrn Jürgens. Interne Diskussionen in Parteien und Organisationen interessieren mich offen gesagt weniger, weil sie die Bevölkerung nicht interessieren und weil sie bei der Bevölkerung nicht ankommen. Man sollte sich letztendlich auf das konzentrieren, was in Brandenburg das Zentrale sein sollte, das ist die Vertretung des Souveräns, der Landtag, das Parlament. Wenn Sie sich in die Landtagsdokumentation einklinken und bei den Parlamentsdrucksachen über Protokolle die Fragen Aufarbeitung, Stasi, SED, Opfer eingeben und das miteinander verknüpfen, wenn Sie das Thema Opfer und SED eingeben, werden Sie fast eine Fehlanzeige erhalten. - Sie finden das im Gutachten. - Sie werden zum Thema Rehabilitation ebenfalls ganz wenig finden. Sie finden aber jede Menge, jedenfalls in den ersten drei Legislaturperioden, über die Frage des Umgangs mit ehemaligen Stasitätern. Die Frage, inwieweit man verlässliche Aussagen aus Stasiunterlagen kriegen kann, inwieweit man Herrn Stolpe den einen oder anderen Vorwurf machen konnte oder auch nicht, das hat diesen Landtag - das ist meine Wahrnehmung, meine Überzeugung, ich lebe seit 1992 in Berlin - schlicht, jedenfalls in dieser politischen Frage, paralyisiert. Das ist das Ergebnis, das man aus diesen Unterlagen ziemlich klar herausziehen kann. Das betrifft, ganz nebenbei, alle politisch Verantwortlichen.

Ich bin beim Denken nicht einspurig vorgegangen. Es ist so, dass aus allen Parteien kritische Fragen zum Umgang mit ehemaligen politisch Verfolgten und Benachteiligten kommen. Beispielsweise die PDS - in diesem Fall ist der Begriff richtig - hat sehr nachhaltig gefragt: Wieso passiert im Bereich der Hochschulen so wenig Rehabilitation? Das war mehrfach eine Anfrage von Herrn Petzold, wenn ich das einmal so mit Namen sagen darf. Das ist dokumentiert, das kann man entsprechend nachlesen. Der Namensschutz ist hier deswegen unkritisch.

Dann kommt die nächste Anfrage von Herrn Lunacek in der 2. Wahlperiode: Warum gibt es keinen Landesbeauftragten? Darauf die lakonische Antwort von der Landesregierung, damals hatte die SPD die Alleinherrschaft: Ja, es muss ja nicht sein, es ist eine Option. Die Antwort ist sogar noch falsch, weil sie nämlich den Aspekt der Opferberatung, der psychologischen und sozialen Betreuung von Benachteiligten völlig ausklammert. Das ist nämlich einer der beiden Gründe gewesen, warum es Landesbeauftragte geben sollte. Das hat Brandenburg eben nicht gemacht. Dann wird darauf hingewiesen, dass drei Politiker eine Rede gehalten und darin auch etwas zu den Opfern gesagt haben. Und dann wird noch darauf hingewiesen, dass die Landeszentrale für politische Bildung zwei Bücher herausgebracht hat und bei der Universität Potsdam einen Forschungsauftrag auslösen will. Das ist die entsprechende Behand-

lung mit diesem Thema in Brandenburg in der 2. Wahlperiode gewesen. Mehr finden Sie dazu nicht. Deswegen sage ich: Lippenbekenntnisse.

In der 3. Wahlperiode - das ist für mich erschreckend - gab es zu dem Thema fünf Anfragen, ausgerechnet und nur von der DVU, nichts anderes. Da müssen sich alle politischen Parteien fragen, warum sie das nicht gemacht haben. Wohlgermerkt, CDU über SPD bis Linkspartei.

Die nächste Frage war die nach dem Abiturstoff. Das mit dem Abiturstoff ist einfach der Situation geschuldet, dass dieser an Schulen - dies ist in Fürstenwalde sehr signifikant herausgestellt worden, das hat Herr Rupprecht seinerzeit auch eingestanden - eine Garantie dafür ist, dass das, was an guten Lehrplänen gemacht und an guten Materialien vorhanden ist - das will ich in keiner Weise in Abrede stellen -, wirklich im Unterricht verwendet wird. Leider hängt es nur zu oft davon ab, ob es für das Abitur relevant ist oder nicht. Man kann darüber streiten, ob das gut oder richtig ist. Es ist aber Realität. Deswegen habe ich mir den Vorschlag erlaubt, um auch einen gewissen Nachholbedarf zu decken, das ganz offiziell zum Abiturstoff zu machen. Dann muss darüber berichtet werden.

Ich finde es andererseits - das sage ich aus Überzeugung - auch ziemlich abwegig, so ein Thema mit Zwang durchzusetzen. Das muss eigentlich vom Engagement der Schülerinnen und Schüler und von den Lehrern selbst kommen.

Um diese Sache einzufangen, die Idee mit dem Geschichtswettbewerb, den man ausschreiben kann. Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten ist ein gutes Beispiel dafür, egal, wer gerade Bundespräsident ist. Er ist zu einer Institution geworden, wo sich Schüler engagieren können. Ich habe bei meinen beiden Töchtern gesehen - die eine hat etwas in puncto Nationalsozialismus gearbeitet, die andere in puncto SED-Vergangenheit -, was da an tollen Ergebnissen herausgekommen ist. Das hat nicht nur auf die beiden und uns in der Familie Auswirkungen gehabt, sondern auch in der Schule. Die gesamte Schule hat das entsprechend berücksichtigt, insbesondere natürlich dann, wenn eine von den beiden den Sonderpreis bekommt. Aber das ist ein anderes Thema.

#### **Vorsitzende Melior (SPD):**

Vielen Dank, für die Antworten. Ich habe weitere Wortmeldungen, unter anderem von Thomas Günther. Ich selbst habe auch noch eine Frage, die werde ich im Anschluss stellen.

#### **Abg. Günther (SPD):**

Herr Weberling, ich würde Sie ausdrücklich und ausschließlich in Ihrer Funktion als Anwalt und als Jurist fragen, alle anderen Funktionen sind mir relativ egal. Die Fragen, die ich hier ganz oft hörte, waren: Was können Rechtsverfahren, Rehabilitation? Welche Ansprüche hat man in welcher Lebenssituation? Wofür ist das da? Was kann

das und was kann es nicht? Es kann - haben wir gelernt - weniger als viele Betroffene immer denken. Insofern muss es leider oft einen ablehnenden Bescheid geben. Es wurde oft, auch heute hier in der Runde, gesagt: Wenn der ablehnende Bescheid kommt, dann ist er in einer Art verfasst, dass ich mich betroffen fühle. Sagen Sie mir mal als Jurist, ob es eine Möglichkeit, einen Weg gibt, das anders zu formulieren; denn es ist eine Sache, die mit Emotionen zu tun hat, die eine Zeit von vor Jahrzehnten wieder hochbringt, in der man sehr gelitten hat. Kann man zum einen den Rechtscharakter, den es hat, und zum anderen die Formulierung in einem solchen Bescheid so miteinander vereinbaren, dass er nicht noch einmal verletzt?

**Prof. Dr. Weberling (Gutachter):**

Zunächst einmal ist es wichtig, dass ehemals politisch Verfolgte und Benachteiligte, die einen Antrag stellen, dabei begleitet werden. Ihnen ist aufgrund der schwierigen Gesetzeslage nicht klar, was an Rehabilitierung überhaupt möglich ist. Wenn man sich im Vorfeld, gerade bei der verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung, keine Illusionen macht, dann ist das zunächst einmal schon ein ganz wichtiger Faktor. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Rehabilitation ist als solche für Opfer - das kann ich auch aus den Erfahrungen mit meinen Mandanten sagen - ein wichtiger Faktor. Wenn eine Rehabilitation erklärt wird, gibt es, ich denke an diejenigen mit den zehn Jahren Fahnenflucht, ihm die zehn Jahre nicht zurück. Aber es verschafft ihm menschliche Genugtuung, unabhängig von den Euros, die er vielleicht im Entschädigungsverfahren noch bekommen kann. Gut, das Recht ist das Recht, und wir haben die Gesetze so wie sie sind, und Brandenburg muss sich an die Gesetze halten. Selbst wenn man Gesetze noch so freundlich auslegt, können manchmal Rehabilitierungen nicht ausgesprochen werden. Ich denke, auch Juristen müssen sich befleißigen, halbwegs in vernünftigen Deutsch zu schreiben. Die Rechtssprache der Verwaltung, gerade in der Verwaltungsjuristerei, ist eine sehr formalistische Sprache und oft schwer nachzuvollziehen. Ich denke, dass man die Formulierung, dass der Antrag abgelehnt worden ist, damit einleiten könnte, dass das keine Missachtung von erlittenem Unrecht ist, sondern dass man lediglich aufgrund der geltenden Rechtslage zu keiner anderen Entscheidung in der Lage ist. Das würde wahrscheinlich Vielen helfen. Das Unverständnis wird trotzdem bleiben, aber die Rechtslage haben Sie in Brandenburg nicht gemacht. Ich halte die Rechtslage in Brandenburg, das sage ich in aller Deutlichkeit, für unwürdig, wenn man bedenkt, dass sich das Land ja in einem Kulturstaat wie Deutschland befindet.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Sie haben auch die Parteien angeschrieben und den Fragebogen zugeschickt. Nun gehört zur Wahrheit dazu, dass in der DDR durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD auch ziemlich viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bedrängnis geraten sind, inhaftiert waren, zu Opfern wurden, auf jeden Fall Benachteiligte waren. Die Antwort, die im Gutachten zu finden ist, die Partei war immer am Re-

gieren, kann nicht die Antwort darauf sein; denn die Partei besteht aus 8 000 Mitgliedern, die nicht alle am Regieren waren. Es gab zu Anfang der 90er Jahre eine Bürgerberatung bei der SPD in Brandenburg. Wie viele da nach Möglichkeiten der Rehabilitierung gefragt haben, das hätte mich schon interessiert. Warum haben Sie es nicht gemacht, Herr Weberling?

**Prof. Dr. Weberling (Gutachter):**

Das ist insofern vielleicht dem methodischen Umstand geschuldet, dass wir uns auf die gesellschaftlichen Organisationen konzentriert haben, die eine DDR-Vergangenheit haben. Die hat die SPD in Brandenburg zweifellos nicht, auch wenn natürlich aufgrund der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED seinerzeit sehr viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SED aufgegangen sind. Aber die SPD ist die einzige Partei, neben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN natürlich, die in Brandenburg schlicht keine Altlasten hat. Das ist vielleicht das einzige Defizit, das ich auch selbst an der Recherche sehe. Man hätte den SPD-Mitgliedern, die da engagiert gewesen sind, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Da gab es schon einiges. Aber, Frau Melior, bei allem Respekt, ich habe mir natürlich die SPD-Homepages und die Archive, soweit ich sie erschließen konnte, angeschaut. Das Thema SED-Aufarbeitung war in der Anfangszeit da, aber unter der Ägide von Herrn Stolpe ist dazu nicht viel gewesen. Das heißt nicht, dass nicht vor Ort vielleicht eine ganze Menge passiert ist. Jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung, das ist das für mich Entscheidende, hat die SPD leider keine aktive Rolle gespielt, obwohl sie dazu berufen gewesen wäre; denn sie hatte nach 1990 keine entsprechende Belastung übernommen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Wenn Sie noch weiter recherchieren wollen, dann empfehle ich Ihnen das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, weil die SPD kein eigenes hat, sondern nur darüber archiviert wird. - Frau Teuteberg, bitte.

**Abg. Teuteberg (FDP):**

Ich wollte Prof. Weberling noch einmal danken für das, wie ich finde, sehr aufschlussreiche Gutachten und zu der Frage Abiturstoff und Bildung sagen: Da muss man ja keinen künstlichen Gegensatz aufmachen. Ich finde das einen guten zusätzlichen Vorschlag, ein Thema zum Abiturthema zu machen, damit es im Geschichtsunterricht mehr Bedeutung bekommt. Aber das heißt ja nicht wie bei anderen geschichtlichen Epochen - Herr Jürgens, da haben Sie mich missverstanden -, dass man nicht auch bis zur 10. Klasse ein gewisses Mindestwissen hat. Jeder, der von der Schule in Brandenburg abgeht, sollte das haben. Die Oberstufe bietet die Möglichkeit, manches differenzierter darzustellen und zu vertiefen. Aber trotzdem muss auch ein bestimmter Kanon definiert werden, der jedem Schüler in Brandenburg bis zur 10. Klasse nahegebracht wird. Der Geschichtswettbewerb kann ebenso wie die Aufnahme in den Abiturstoff ein zusätzlicher Anreiz sein, das Engagement vor Ort zu verstärken.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das nehme ich als Anregung. - Herr Dombrowski hat das Wort.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Herr Prof. Weberling, ich möchte mich auch bedanken, auch für das sehr emotionale Vortragen des Gutachtens. Aber das ist bei solch einem Thema völlig in Ordnung, finde ich.

Ihre Feststellung, warum die Parteien nicht vorher schon entschiedener gehandelt haben, um Geschichtsaufarbeitung für 40 Jahre DDR voranzutreiben, trifft natürlich auch die CDU. Das betrifft jede Partei, das ist völlig klar, das sehe ich auch so. Das kann ich auch aus der eigenen Partei bestätigen. Das wollte am Anfang niemand hören. Ich habe 1995 so die Schnauze voll gehabt im Landesvorstand, dass ich austreten wollte, weil das keiner hören wollte. Es hat sich dann verbessert.

Aber in welchem Klima bildet man sich eine Meinung oder nimmt dazu Stellung? Wenn Sie sich in einem gesellschaftlichen und politischen Klima befinden, wo jeder, der etwas nach rückwärts sagt, zu hören bekommt, dass er als Partei gar nichts für die Zukunft oder die Gegenwart tut, sondern sich nur mit der Vergangenheit beschäftigt - das hören wir im Landtag des Öfteren -, dann ist das ganz schwierig, dann ist da eine Hemmung, sich mit Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dass man dem nicht widerstanden hat, das mag ein Fehler sein. Ich bin eigentlich Umweltpolitiker. Als solcher werde ich gar nicht mehr wahrgenommen, weil, egal aus welchen Gründen, die Dinge jetzt anders laufen. Ich bin in Deutschland nicht einmal ein Unwichtiger, ich bin Sprecher der 16 Landtagsfraktionen von CDU und CSU für die Fragen Umwelt und Naturschutz. Aber das spielt im Grunde genommen gar keine Rolle, weil andere Dinge überwiegen. Und schon hat Sie die Vergangenheit eingeholt, und Sie sind an ein Thema gebunden und bemühen sich um zehn andere ergebnislos. Von daher: Das kollektive Versagen auch der Parteien in Brandenburg muss man einfach feststellen. Da zieht sich die CDU die Jacke durchaus auch an.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das war auch mehr ein Statement als eine Frage. - Frau Niels noch zum Schluss. Dann würde ich gerne übergehen wollen zu den Punkten, die auf der Tagesordnung noch offen sind.

**Abg. Niels (GRÜNE/B 90):**

Auch von mir wird eher ein Statement kommen, und zwar rein organisatorisch. Herr Prof. Dr. Weberling, ich habe erst gestern Ihr Gutachten erhalten. Ich nehme an, dass ein Großteil der Mitglieder der Enquetekommission erst am gestrigen Tag das Gutachten bekam. Aufgrund des Umfangs fällt es mir jetzt sehr schwer, darüber zu diskutieren.

Ich möchte auch noch einmal etwas zu dem Verfahren sagen, das wir vorhin hatten. Wir haben uns sehr auseinandersetzen können mit dem Gutachten von Herrn Angelow und hatten auch da Lücken bemerkt, besonders, was Brandenburger Gedenkstätten angeht, die überhaupt keine Erwähnung gefunden haben. Axel Vogel hatte schon vorgetragen, dass von der Beantwortung her einiges untergegangen zu sein schien.

Ich möchte gern zu Protokoll geben, dass wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein riesengroßes Problem damit haben, bei einem sehr kurzfristig zugestellten Gutachten überhaupt eine Debatte zu führen. Ich denke, das ist dem Sachverhalt nicht angemessen und wird auch dem Anspruch, den wir selbst haben, nicht gerecht.

Ich habe auch ein Problem - selbst wenn Sie, Herr Weberling, sagen, das sei ein Aushandlungsprozess gewesen - mit den Kosten von jetzt 4 000 Euro. Ich finde das unangemessen, unwürdig und bin der Meinung, das hätte man vorher bilateral ansprechen müssen, anstatt hier urplötzlich eine Abstimmung in der Enquetekommission hervorzurufen. Das wollte ich nur zu Protokoll gegeben haben, es muss überhaupt nicht weiter diskutiert werden.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Frau Niels, darauf muss ich antworten, das haben Sie eben provoziert. Die Entscheidung, wie viel für ein Gutachten gezahlt wird, trifft die gesamte Kommission. Und dass es bilateral ausgehandelt wurde, haben wir eindeutig gesagt. Ich finde es, mit Verlaub, auch ein bisschen komisch, wenn man eine halbe Stunde nach einer Abstimmung diese Diskussion führen will. Aber das ist jetzt eine persönliche Bemerkung. Ich will diesen Punkt jetzt beenden und keinen Dialog führen. Auch Frau Hildebrandt erhält jetzt nicht das Wort, sondern es geht an die Mitglieder der Enquetekommission. Gibt es zum Gutachten weitere Wortmeldungen?

**Frau Dr. Hildebrandt :**

Ich habe eine formale Anmerkung.

**Vorsitzende Melior (SPD) :**

Ich war noch beim Gutachten, Frau Niels hat den Übergang dann einfach vollzogen. Gibt es noch weitere Meldungen zum Gutachten? - Das sehe ich nicht. Dann können wir zum formalen Teil kommen. Wenn Sie da eingangs eine Bemerkung machen wollen, gerne.

**Frau Dr. Hildebrandt:**

Wenn die inhaltliche Diskussion des Gutachtens von Herrn Prof. Weberling abgeschlossen ist, möchte ich gern eine kurze Stellungnahme der Staatskanzlei zur Erstellung des Gutachtens zu Protokoll geben. Die Darstellung unter B I.3, das ist Sei-

te 9 des Gutachtens, wonach die Staatskanzlei einem Richter beim OLG (Oberlandesgericht) untersagt habe, die Enquetekommission oder dem Gutachter unmittelbar zu antworten, ist unzutreffend. Es hat zu keinem Zeitpunkt Kommunikationen zwischen Mitarbeitern der Staatskanzlei und Richtern beim OLG zu den Anfragen des Gutachters Herr Prof. Weberling gegeben. Mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, dass der Gutachter die wiedergegebene Aussage des Richters für wahrheitsgemäß hielt und nicht mit der Staatskanzlei in Kontakt getreten ist.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das wird so ins Protokoll aufgenommen, obwohl ich eben erfahren habe, dass ich Ihnen das Wort nicht hätte erteilen dürfen. Vertreter der Staatskanzlei haben hier kein formales Rederecht, sondern nur den Status des Zuhörers.

**Prof. Dr. Johannes Weberling (Gutachter):**

Ich nehme nichts davon zurück, Frau Dr. Hildebrandt - bei allem Respekt. Wenn Sie sich Ihre Korrespondenz - nicht Ihre persönliche, sondern die Korrespondenz, die Sie mir geschickt haben - anschauen, werden Sie die Mail finden, die an die Gerichte geschickt worden ist und in der Ihnen eine direkte Antwort untersagt wurde.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Ich bitte die Vorsitzende, den Vorgang für die Enquetekommission zu prüfen und bei der nächsten Sitzung das Ergebnis mitzuteilen. Wer Recht hat, werden wir dann sehen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Wir werden das überprüfen. Ich bitte, die Mitarbeiter, das entsprechend abzugleichen.

**Zu TOP 5: Diskussion und Beschluss der noch ausstehenden bzw. überarbeiteten Arbeitspapiere**

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Wir haben noch ein paar Verabredungen miteinander zu treffen. Davor will ich Herrn Professor Angelow und Herrn Professor Weberling danken für ihre Gutachten und die spannende Diskussion dazu.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Ich möchte noch einmal Bezug nehmen auf die Anmerkung des zeitlichen Eingangs. Wir wollen uns ja sehr gerne mit den Gutachten befassen, vielleicht können wir eine

Einigung finden, dass die Besprechung eines Gutachtens nur dann auf der Tagesordnung verbleibt, wenn wir drei Werkzeuge vorher das Gutachten bekommen. Wir hatten am Anfang überlegt, das Weberling-Gutachten von der Tagesordnung herunter zu nehmen wegen der kurzfristigen Befassung. Das haben wir nicht getan aufgrund unseres Gesamtzeitplanes in der Enquete-Kommission – nur mit Rücksicht darauf. Aber um hier wirklich fachlich fundiert Extrakte ziehen zu können für die parlamentarische Arbeit halte ich es für sinnvoll, dass wir uns vorher auf ein Verfahren einig, was es uns möglich macht, uns vor der Sitzung damit zu beschäftigen.

### **Vorsitzende Melior (SPD):**

Das nehmen wir so zu Protokoll. Ich denke, drei Tage vorher ist wirklich das minimale, was sein sollte. Es gab ein paar Probleme in diesem Zusammenhang. Ich hatte vorhin schon darauf hingewiesen. Das sollte dann auch möglichst nicht mehr so passieren, sondern ihnen allen dann auch entsprechend die Unterlagen zur Verfügung stehen.

### *Antrag GRÜNE/B90 – Veröffentlichung von Gutachten für die Medien*

Ich bleibe einmal bei Gutachten, weil wir hierzu auch noch einen Antrag von GRÜNE/B90 vorliegen haben. Den würde ich jetzt vorziehen. Der Antrag liegt ihnen allen vor auf den Tischen verteilt. Da wird darum gebeten, dass die Gutachtentexte der Presse drei Tage vor Sitzungstermin mit Sperrfristvermerk zur Verfügung gestellt werden und dass die der Enquete-Kommission vorgelegten Gutachtentexte am Tag der Sitzung auf der Internetpräsenz der Kommission eingestellt werden. Drittens wird gewünscht, dass zu den Sitzungen für interessierte Öffentlichkeit eine ausreichende Anzahl der Gutachten ausliegt. Ausreichende Anzahl ist ein bisschen schwierig definiert. Aber einige Exemplare liegen immer hier bereit, sodass die, die interessiert sind, sich die mitnehmen können. Den Punkt halte ich für abgearbeitet – das läuft auch jetzt schon so. Der Punkt zwei, dass die Enquete-Kommission die Texte am Tag der Sitzung einstellt ist, glaube ich, auch unstrittig. Das können wir miteinander so verabreden. Dass am Sitzungstag selbst die Gutachten auch im Internet auf der offiziellen Homepage – also nicht nur auf dem Circa-Server, sondern auf der Internetpräsenz – eingestellt werden, ist, glaube ich, auch unstrittig. Bei dem Punkt eins bin ich ein bisschen skeptisch. Wenn die Gutachten drei Tage vorher an die Presse gehen läuft eine Diskussion, ohne dass hier in der Runde diskutiert wurde. Wir haben ausdrücklich verabredet, dass beides zusammen gehört. Ich sehe aber ein, dass die Pressevertreter auch ein bisschen Zeitvorlauf haben müssen, um lesen zu können. Ich würde Ihnen an dieser Stelle vorschlagen, dass wir einen Tag vorher die raus geben, damit eben nicht dieses Spielchen läuft, Kommunikation darüber. Wir sollten uns auch ein bisschen selbst ernst nehmen und die Diskussion hier entsprechend miteinander gestalten und von Presseöffentlichkeit begleitet stattfinden lassen. Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass sonst vorher alles abgegessen ist. Ich hab mit Axel Vogel schon gesprochen und wir waren schon einig. Gibt es noch eine ergänzende Bemerkung?

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Er hatte mich noch einmal darauf hingewiesen, dass wenn wir das jetzt ändern auf einen Tag vorher, ob wir uns dann vielleicht auf Donnerstag früh einigen können oder eine andere zeitliche Präzisierung, denn ansonsten kann es sein, dass die Redaktionen dann schon geschlossen haben.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Ich präzisiere noch einmal: nicht erst Donnerstag kurz vor Mitternacht, sondern im Laufe des Vormittags. Frau Anhoff ist um 07.00 Uhr immer schon da und wenn das dann eingestellt ist, können, glaube ich, alle damit leben. Ist das okay so? Also wir legen genügend aus, wir stellen einen Tag vorher für die Presse die Gutachten zur Verfügung und stellen sie auf die Internetpräsenz am gleichen Tag. Ich lasse das formal abstimmen. Wer da mitgeht, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann ist das einstimmig so verabredet!

*Besprechung der Themenschwerpunkte*

Wir steigen noch einmal ein in die thematische Arbeit, nämlich zu den Themenschwerpunkten. Da gibt es immer noch ein paar Dinge, die miteinander besprochen werden müssen.

*Zu Themenfeld III:*

Zum Themenfeld drei, das ist die Zuständigkeit von Herrn Müller-Enbergs und Peer Jürgens, liegt noch kein weiteres überarbeitetes Arbeitspapier vor. Bekommen wir noch eins? Herr Müller-Enbergs.

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Ich möchte hierzu eine persönliche Erklärung abgeben. Es liegt ein Diskussionspapier von Mitte Januar vor. Es harrt aber des Echos der LINKEN. Ich habe mehrfach gemahnt via Telefon, SMS, E-Mail. Ich bitte die LINKE zu prüfen, ob sie das aufrecht erhalten will und signalisiere, dass ich falls es kein Echo geben sollte – das war über viele Monate ja auch der Fall – auf der nächsten Sitzung ausschließlich eigene Vorschläge vorstellen werde.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Die Diskussion werden wir jetzt hier in der Runde nicht gemeinsam führen, sondern wir bitte Sie herzlich, sich zu einigen, uns den Vorschläge zu machen. Wenn nicht hat Herr Müller-Enbergs eben eine klare Ansage gemacht.

Es steht aber trotzdem noch aus zu diesem Thema ein Gutachten 'Personelle Kontinuität und Elitenwandel im Bereich der Polizei'. Da schlagen beide den Gutachter Dr.

Falco Werkentin vor.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Das ist das – so habe ich Herr Müller-Enbergs gerade verstanden -, was zur Diskussion steht. Er hat da von mir eine Antwort bekommen. Offensichtlich ist die E-Mail irgendwie untergegangen. Es gibt in dem Bereich 'Polizei' keine Einigung – das ist richtig. Da gibt es zwei gegeneinander stehende Vorschläge, was den Gutachtertext angeht. Das ist in der Tat so und deswegen haben wir da noch keine Einigung erzielt. Ich will aber zusätzlich informieren darüber, dass an der Universität Potsdam durch Herrn Dr. Ciesla – das ist ein Gutachter-Alternativvorschlag – derzeit eine wissenschaftliche Untersuchung ohnehin in Auftrag gegeben wird und wir derzeit prüfen, ob die Kommission diese Untersuchung mit nutzen kann. Sie bezieht sich auf denselben Themenkomplex. Das ist aber Bestandteil des Abstimmungsprozesses, insofern glaube ich nicht, dass wir jetzt zu dem Gutachten 'Polizei' hier heute eine Abstimmung herbeiführen sollten.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das ist, glaube ich, eine wissenschaftliche Arbeit, die auch ohne uns stattfindet, und da muss noch einmal geguckt werden, ob das hinreichend ist.

**Ulrike Poppe (LAKD):**

Die ist von Herrn Ciesla, soviel ich weiß, erst Ende nächsten Jahres fertig. Wann ist die denn fertig?

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Die Arbeit wird in zwei Schritten stattfinden. Der letzte Schritt ist, so wie Sie sagen, Ende 2012 fertig. Aber es wird einen ersten Schritt geben und der soll Ende Sommer diesen Jahres fertig sein.

**Ulrike Poppe (LAKD):**

Und reicht der erste Schritt aus, um eine veritable Aussage zu treffen?

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Ich habe mit Herrn Ciesla gesprochen. Er würde erst gerne das Okay seitens der Universität bekommen, dass er das mit verwenden kann, was uns angeht. Wenn diese Antwort da ist, dann würde ich mich mit ihm noch einmal genauer informieren, was der erste Schritt beinhaltet. Dann würde ich einen Vorschlag machen und gucken, ob das reicht oder nicht.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Da kommen wir jetzt, glaube ich, nicht weiter. Das muss noch einmal in gemeinsamer Abstimmung hinkommen werden. Oder, Herr Müller-Enbergs?

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Um da möglicherweise Missverständnisse auszuräumen: Ich habe ein Gesamtpapier mit einem vereinigten Polizei-Papier am 16. Januar ausgesandt – Durchschlag Enquete-Kommission, kann dort auch noch einmal überprüft werden – und es ist immer noch in Bearbeitung. Ich habe mehrfach gemahnt. Ich bitte die LINKE wirklich, die Sache anzufassen. Ich neige zunehmend mehr dazu – insbesondere wenn der Adrenalin Spiegel ansteigt – dies politisch zu deuten, aber ich will noch nicht heute so weit gehen. Ich schlage aber vor, da es einen Konsens gibt bei dem Erstgutachter Polizei, Falco Werkentin und der ja irgendwann einmal anfangen müsste, diesen heute abzustimmen. Da gibt es einen Konsens. Und falls der ablehnt, den Kollegen Ciesla mit den gleichen Fragestellungen zu übernehmen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Also ich habe verstanden, dass es den Konsens nicht gibt und erst noch einmal mit Herrn Ciesla abgeklärt werden soll, ob das jetzt ausreichend ist. Wir können hier nicht in der gesamten Kommission diese Dinge noch einmal diskutieren. Machen Sie einmal vorher den Versuch einer Einigung. Ich würde jetzt hier ungerne etwas abstimmen lassen, was nur die Hälfte sozusagen dann ist.

Ich versuche einmal hier weiter zugehen. Prof. Klaus Schroeder hatte vorgeschlagen ein Gutachten anfertigen zu lassen zu Machtstrukturen und Mechanismen in der Endphase der DDR auf zentraler und lokaler Ebene. Da hat Herr Schroeder auch schon Vorschläge gemacht, nämlich Dr. Stefan Wolle und Dr. Lutz Prieß. Herr Dombrowski.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Ich hatte mich vorher schon gemeldet. Sie waren nur darauf bedacht, den Tagesordnungspunkt unter Umgehung eines Antrages zu Ende zu bringen. Wenn ich das richtig verstanden habe, hat Herr Müller-Enbergs konkret einen Antrag gestellt. Habe ich das richtig verstanden? Dann müssten Sie als Vorsitzende auch darüber abstimmen lassen, dass es ärgerlich ist, dass zum wiederholten Mal offenbar irgendetwas nicht funktioniert. Wenn das so weiter geht, müssen wir uns vielleicht noch einmal ganz anders unterhalten, ob wir das so akzeptieren können, dass in einem Berichterstatkerkreis offenbar – egal aus welchen Gründen – entweder die Themen oder die Teilnehmer nicht zusammenpassen. Da muss man vielleicht noch einmal eingreifen. Ich habe keine Lust, hier jedes Mal über halbfertige Dinge zu diskutieren und was Kollege Jürgens vorgetragen hat, dass er nicht einmal weiß, wann das fertig wird, ob das mit der Uni überhaupt möglich wäre. Das ist eigentlich nicht so ganz die Arbeitssyste-

matik, die ich mir vorstelle. Auf jeden Fall: Wenn Herr Müller-Enbergs einen Antrag gestellt hat, dann sollten wir auch darüber – nicht nur hinweg gehen -, sondern auch abstimmen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Herr Dombrowski, wir sind bisher so verfahren, dass beide Berichterstatter für die Themenbereiche - bzw. die vier für den Bereich sieben - sich miteinander abgestimmt haben müssen. Ich gucke jetzt einmal zu beiden hinüber: Was ist mit Falco Werkentin? Ich mag hier auch nicht immer stellvertretend Ihre Entscheidungen treffen. Das werde ich auch nicht tun.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Das ist ja völlig richtig. Nur, einen Gutachter zu beschließen ohne einen Gutachtertext dazu zu beschließen ist einfach einmal nicht üblich. Es gibt dazu zwei Vorschläge, die bisher nicht in Übereinstimmung zu bringen waren, insofern wäre es, glaube ich, nicht hilfreich, hier heute ein Gutachter zu beschließen, ohne ihn mit einem Auftrag zu versehen. Insofern bringt der reine Beschluss zu Herrn Werkentin hier gar nichts.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das brächte uns zusätzlich noch in die Schwierigkeit, über die Höhe des Honorars usw. zu befinden. Außerdem habe ich jetzt hier auch keine Stellungnahme über das wissenschaftliche Renommee des Gutachters. Wir können auch keinen Werkvertrag aufsetzen, ohne den entsprechenden Text zu haben. Von daher können wir das hier heute wirklich nicht machen – das müssen wir verschieben.

**Ulrike Poppe (LAKD):**

Aber waren die Texte nicht alle schon beschlossen?

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Nein, eben nicht. Das steht immer noch aus. Das habe ich ja zu Anfang gesagt, dass der noch nicht beschlossen ist. Deswegen können wir hier auch nicht anders verfahren. Herr Dombrowski, der Antrag ist nicht zulässig, denn wir könnten keinen Werkvertrag machen.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Herr Müller-Enbergs hat eine Aussage getroffen. An diese Aussage werden wir uns halten.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Frau Niels.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Ich habe eine Verfahrensfrage: Auch wenn die Aussage sehr klar war, dass ansonsten beim nächsten Mal ein eigener Vorschlag vorliegt. Da Sie gerade sagten, dass eigentlich Ziel sei, dass die Berichterstatter einen Konsens treffen, bevor sie hierher kommen, ist dann das überhaupt eine Verfahrensweise, die im Rahmen der Enquete-Kommission ermöglicht, beim nächsten Mal ein eventuelles Solo-Papier abzustimmen mit einem Vertrag zum Gutachten?

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das ist durchaus möglich. Wir haben den Fall schon einmal gehabt auch im Zusammenhang mit beiden Gutachtern. Dann gehen wir eben durch den Text durch und stimmen den hier gemeinsam ab. Das hatten wir alles schon einmal und da gibt es auch ein Verfahren.

Ich komme noch einmal zurück zum nächsten Punkt: Professor Schroeder und seine Vorschläge, Stefan Wolle und Lutz Prieß. Gibt es da seitens der beiden Berichterstatter eine Meinungsäußerung zu? Gibt es eine Einigung zu einem oder beiden?

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Da hier offensichtlich öffentlich gesammelt wird – ich hätte nichts dagegen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Kann jemand etwas zu beiden Personen sagen?

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Stefan Wolle ist Mitbegründer des Unabhängigen Historikverbandes der DDR und hat seitdem eine Lastwagenlieferung voller Bücher gemacht, wobei das prominenteste zu Erich Mielkes Informationssammlungen 1991 erschienen ist. Sein vorletztes Buch hat den Titel – das ist jetzt etwas freihändig - „Die heile Welt der Diktatur“ - da könnten Nuancen sein. Das sind jeweils Buchtitel gewesen, die von Bundes- und Landeszentralen übernommen worden sind, sogar mittlerweile in einzelnen Geschichtsbüchern im Kanon aufgenommen. Wo der gute Mann gegenwärtig arbeitet weiß ich nicht.

**Ulrike Poppe (LAKD):**

Wissenschaftlicher Berater des Museums am Berliner Dom. Und er hatte auch eine

Ausstellung hier im Landtag gehabt: „Heile Welt der Diktatur“ und er hat ein wichtiges Buch geschrieben zu 1968 im Ostblock.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Jetzt haben wir wieder das Problem, dass der Text nicht abgestimmt ist und wir den Werkvertrag nicht aufsetzen können. Es ist auch noch die Runde der Anzuhörenden offen, auch da würde dann der Textbaustein fehlen. Herzliche Bitte an beide, das zu Ende zu bringen oder getrennt einzubringen und wir stimmen es hier in der Kommission ab. Dann würden wir auch alle Gutachten und die Anzuhörendenrunde auf den Weg bringen. Das ist auch ein bisschen schwierig für mich: Ich kriege hier Vorschläge, die dann so gar nicht umsetzbar sind.

*Zu Themenfeld IV:*

Dann sind wir bei dem Themenschwerpunkt IV – Bildung. Zuständig sind Frau Teuteberg und Herr Franzke. Herr Franzke kann leider heute nicht hier sein. Da gibt es einen mündlich geäußerten Vorschlag: Meinungsumfrage zum DDR-Bild an Schulen. Das wurde aber nur mündlich mitgeteilt. Da ist die herzliche Bitte an Sie, noch einmal zu qualifizieren. Da müsste ebenfalls ein Kostenrahmen auch mit beachtet werden. Und zu dem Gutachten Sport, das wir das letzte Mal hier hatten, gibt es vielleicht neue Vorschläge, Frau Teuteberg?

**Abg. Teuteberg (FDP):**

Wir wollen heute nur ein Gutachten zum Thema 'Sport' noch einmal vorschlagen – mit Herrn Professor Franzke gemeinsam, möchte ich Frau Dr. Jutta Braun als weitere Gutachterin vorschlagen. Wir hatten nach der Ablehnung von Herrn Prof. Spitzer als alleinigem Gutachter im Nachgang der letzten Sitzung Signale vernommen, dass es hier ein Kompromiss sein könnte, zwei Gutachter für dieses Themenfeld zu benennen. Von Frau Dr. Jutta Braun ist der Lebenslauf ausgeteilt worden. Sie arbeitet hier am Lehrstuhl für Zeitgeschichte des Sports an der Universität Potsdam. Sie hat unter anderem die kürzlich im Bundestag vorgestellte Ausstellung 'Sportfotografie im Kalten Krieg' mit kuratiert. Aber Sie sehen auch eine sehr ausführliche Publikationsliste in dem Lebenslauf. Als Ergänzung noch – was nicht in dem im Internet verfügbarem Lebenslauf steht -, Frau Dr. Braun hat von 2006 bis 2008 mit einem Willi-Daume-Stipendium des Deutschen Olympischen Sportbundes zur Aufarbeitung der Geschichte des NOK (Nationales Olympisches Komitee) der DDR gearbeitet und hat auch gemeinsam mit einem Kollegen, Rene Wiese, ein Bürgerpreis zur Deutschen Einheit bekommen für eine Ausstellung, die sich mit der deutschen Teilung aus Sicht des Fußballs und dem Einfluss des MfS beschäftigt. Ich möchte das hier ausdrücklich als Kompromissvorschlag – zwei Gutachten a 3.000 € zu beschließen – vorschlagen.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Einigen Sie sich dann mit den Gutachtern, ob sie beide zum selben Thema nur unter-

schiedliche Sichtweisen machen oder ob das irgendwie geteilt wird?

**Abg. Teuteberg (FDP):**

Ich denke, wir sollten zu viert ein Gespräch führen – beide Berichterstatter mit beiden Gutachtern. Wir hatten ja das letzte Mal auch nicht über eine besondere thematische Aufteilung gesprochen, ich kann mir aber gut vorstellen, dass beide vielleicht ein bisschen unterschiedliche Schwerpunkte setzen und dass wir die noch einmal abstimmen. Trotzdem haben wir aber den Text zum 'Sport' beschlossen mit den grundsätzlichen Fragestellungen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Ich lasse jetzt abstimmen über die beiden Gutachter – das ist einmal Herr Spitzer, darüber haben wir das letzte Mal schon ausführlich diskutiert und als zweite – weil Frau Teuteberg richtig darauf hingewiesen hat, dass hier ein Kompromiss angeboten wurde; habe ich ausdrücklich auch von meiner Seite aus angeboten – Frau Jutta Braun. Über beide Gutachter können wir zusammen abstimmen, weil sie zum gleichen Thema dann arbeiten werden. Wer ist damit einverstanden? Den bitte ich um ein Handzeichen. Dagegen? Enthaltungen? Dann ist das einstimmig! Und wir müssen über die Höhe der Honorare abstimmen. Das mache ich jetzt einmal einzeln: Für Herrn Spitzer 3.000 € - für beide hat Frau Teuteberg eben gesagt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Und für Frau Braun ebenfalls 3.000 €. Da bitte ich auch einmal um ein Handzeichen. Es war immer einstimmig, deswegen habe ich beides jetzt nicht mehr abgefragt Gegenstimmen und Enthaltungen. Dann ist dieser Themenschwerpunkt auch für heute erledigt.

*Zu Themenfeld V:*

Wir kommen zum Themenbereich V – Herr Stolze und Herr Vogel. Da ging es um ein Gutachten zu dem Oberthema 'Agrargeschichte'. Sie wollten klären, Herr Stolze, ob die drei Gutachter, Professor Müller, Professor Bayer und Christian Booß dieses Thema mit bearbeiten können.

**Dr. Reinhard Stolze:**

Ich glaube, das bezog sich auf die personelle Entwicklung im Bereich der Agrarwirtschaft. Die Gutachter haben darauf – das muss ich so eindeutig sagen – noch nicht geantwortet auf unsere Anfrage. Dieses Gutachten dafür ist offen. Wir haben auch überlegt, ob wir das Ministerium dazu befragen, aber wir müssen das abwarten.

*Zu Themenfeld VI:*

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Zum Themenbereich VI habe ich nur die Erinnerung: Die Gutachterin Professor

Schneider stand ja nicht zur Verfügung. Herr Dombrowski hatte mir mitgeteilt, dass eine andere Anfrage läuft und da muss dann entsprechend zugearbeitet werden, dass wir hier einen Beschluss fassen können.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Ich möchte dazu ganz kurz einen Sachstand geben: Es hat sich gezeigt, dass Professor Beate Schneider Angst vor der Aufgabe gekriegt hatte. Dann hatten wir Professor Kepplinger noch einmal angefragt – unseren Erstvorschlag. Dann gab es einen regen Informationsaustausch. Im Ergebnis muss man feststellen, dass das ursprünglich gefasste Thema zu weit gefasst und nicht leistbar ist mit unseren Möglichkeiten. Von daher haben wir jetzt gemeinsam – also Herr Dr. Kürschner und ich – einen Vorschlag entwickelt, der wohl machbar ist, nämlich das Thema Medien-Transformationsprozess nur fest zu machen an den drei großen Zeitungen und am rbb bzw. ORB. Und dann auch nicht für 20 Jahre, sondern in Zeitabschnitten, die in etwa mit den Wahlperioden zusammenhängen: einmal 1990/1991 zwei Jahre; 1996/1997 zwei Jahre; 2002/2003 zwei Jahre; 2009/2010 – sozusagen Momentaufnahmen. Alles andere ist so in dem Umfang nicht leistbar. Darüber haben wir jetzt Hinweise bekommen. Professor Kepplinger habe ich ansprechen können und da wollen wir jetzt erst einmal die Dinge vorklären.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Ich gehe davon aus, dass Sie uns sowohl für das Gutachten – das bleibt ja trotzdem, nur mit anderem Umfang – den Vorschlag machen. Und wir haben eine Anzuhörendenrunde beschlossen, aber nur einen bisher benannt, nämlich Herrn Dr. Bath. Da müssten auch noch Ergänzungen passieren. Und es sollte eine Gesprächsrunde mit Medienvertretern stattfinden – das ist das, was Sie eben geschildert haben, Herr Dombrowski? Dafür brauchen wir dann auch die Personalvorschläge.

*Zu Themenfeld VII:*

Dann bleibt der Bereich sieben. Da sind bereits sechs Gutachten und vier Anhörungen beschlossen worden. In drei Fällen sollten Berichterstatterthemen für die Gutachten stärker eingegrenzt werden, und zwar für das Thema: Analyse der Schlüsselentscheidungen im Bereich der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung auf die ökonomische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte. Ist das passiert? Gibt es da Aussagen zu?

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Ja, ist passiert. Wir haben mit den Gutachtern heute um 09.00 Uhr schon zusammengesessen. Die erste halbe Stunde waren auch die Enquete-Mitglieder dabei, danach haben die drei Herren Professoren und Gutachter sich untereinander beschäftigt, sodass sie sich dazu entschieden haben, dass sie versuchen wollen, sich gemeinsam auf ein Gutachten zu verständigen. So dass wir nicht drei haben, sondern

dass die drei mit den unterschiedlichen, abgegrenzten Aufgabenbereichen das in ein Werk tun.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das kriegt die Kommission auch noch schriftlich und dann können wir auch darüber auf einer der nächsten Sitzungen abstimmen.

Damit wäre ich jetzt durch die Themenbereiche durch.

**Zu TOP 6: Organisatorisches  
u.a. Beratung der Beschlussvorlage für die Umfrage und Besprechung von sich evtl. ändernden Sitzungsinhalten der kommenden Sitzungen**

*Zu den Sitzungsinhalten*

Wir müssten noch einmal gucken, was die Abläufe der nächsten Sitzungen angeht. Es liegt als Papier bei, aber es gibt eine Änderung: Am 15.04. haben wir eine Sitzung mit bisher einem Gutachten, das mehr eine systematische Übersicht ist. Das zweite für diesen Termin vorgesehene muss leider verschoben werden – da erreichte uns eine schriftliche Mitteilung, dass die Gutachter, Frau Gisela Rüdiger und Hanns-Christian Catenhusen um Zeitverlängerung bitten – für einen Teil zumindest. Herr Kruczek bat ebenfalls um Verlängerung und wir sind jetzt mit der Situation konfrontiert, dass wir entweder diesen Bereich teilen, was ich sehr schade finden würde, ich würde es lieber zusammen lassen in einer Sitzung. Dann bliebe aber nur ein Gutachten, was mehr eine systematische Übersicht ist für den 15.04. Eine Wortmeldung dazu, Peer Jürgens.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Was das Gutachten von Herrn Catenhusen und Frau Rüdiger angeht, würde ich auch dafür plädieren, dass wir das Gutachten im Gesamten vorgestellt bekommen. Es ist, glaube ich, auch so ein zentrales Gutachten, dass wir uns da durchaus die Zeit nehmen sollten, das - dann sicher sehr umfängliche Gutachten - in einer Sitzung zu bewerten. Es zu teilen und nur einen Teil erst vorzustellen, würde nicht wirklich sinnvoll sein. Und insofern würde ich auch darum bitten, dass wir das dann, wenn es komplett vorliegt, in einer Sitzung komplett machen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das war ja auch mein Vorschlag. Wir würden das ganze – da uns mitgeteilt wurde, dass es vor Juni nicht vorliegen kann – auf die Juni-Sitzung - 24.06. - verschieben und dann diesen Gesamtkomplex abhandeln. Damit würde am 15.04. wirklich nur die systematische Übersicht über bleiben. Da wollte ich Ihnen einen Vorschlag machen,

der bei Abgeordneten normalerweise auf großes Wohlwollen trifft, nämlich diese Sitzung ausfallen zu lassen. Jetzt gibt es einen Vorschlag, der weniger Wohlgefallen erregt, nämlich dass wir dann im August, am 26.08. einen zusätzlichen Termin haben. Brauchen wir nicht? Ich gebe jetzt einmal an Frau Dr. Trittel und sie kann jetzt sagen, was wann stattfindet.

**Dr. Christina Trittel (Kommissionsreferentin):**

Danke für das Wort. Der Vorschlag sieht so aus, wie man das jetzt auch mitlesen könnte am Beamer. Das ist die letzte aktuellste Version, weil heute im Laufe des Tages sich noch vieles geändert hat. Der 15.04. würde ausfallen – so wäre es im Augenblick. Dann hätten wir am 20.05. das Gutachten von Wunnicke, Neubert, Niemann sowie das Gutachten von Herrn Juchler; eventuell noch eine Anhörung dazu – da müssen wir noch einmal gucken. Dann wäre am 24.06. das Gutachten von Ariane Mohl, so wie wir das auch ursprünglich beschlossen hatten. Dazu käme das Gutachten von Frau Rüdiger und Herrn Catenhusen und auch das Gutachten von Herrn Kruczek. Das würde alles in den 24. Juni hineinfallen: also Ariane Mohl, Manfred Kruczek und das gemeinsame Gutachten von Frau Rüdiger und Herrn Catenhusen. Dann hätten wir den 01.07. Und zum 01.07. würde sich ändern, dass wir das Gutachten von Herrn Schröder im Bereich Eigentum am 01.07. hätten – bisher stand da immer noch das Gutachten von Ragnitz, Brenke, Ludwig, die sich heute unterhalten haben und die – so sagt es Richard Schröder heute – aber nicht zum 01.07. vortragen können. Das würde dann erst nach der Sommerpause stattfinden. Das heißt, wir würden auch am 26.08. frei haben und würden am 23.09. wieder einsteigen mit dem Gutachten von Herrn Alisch und dann weiter sehen. Das wäre das Szenario.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Vorschlag: Der 15.04. fällt aus. Und alles andere verschiebt sich, wie eben von Frau Dr. Trittel gesagt hat. Sie kriegen das auch noch einmal schriftlich zugeleitet. Erst Herr Jürgens, dann Herr Stolze.

**Abg. Jürgens (DIE LINKE):**

Ich will noch einmal meine Bitte von vorhin aufwerfen. Das Gutachten von Frau Rüdiger und Herrn Catenhusen ist eines der zentralsten Gutachten für diese Kommission, weil es um die Aufarbeitung der personellen Kontinuität im Landtag und in der Landesverwaltung geht. Zusammen mit Herrn Kruczek ist es die Beleuchtung der Stadtebene. Ich würde wirklich darum bitten, dass wir eine Sitzung nur zu diesen beiden Themen machen und es nicht noch mit Frau Mohl zu einem Gutachten zu einem anderen Themenbereich verknüpfen, sondern dass es wirklich eine zentrale Sitzung zu diesem Thema gibt.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Danke für die Klarstellung. Wir würden dann gucken, dass wir das Gutachten von

Frau Mohl auf einen anderen Zeitpunkt verschieben und wirklich nur im Juni über personelle Kontinuitäten im Land Brandenburg, Landesregierung, Landtag hier miteinander reden. Das trifft auch meine ausdrückliche Zustimmung. Wir verfahren dann so.

**Dr. Reinhard Stolze:**

Eine kleine Anfrage: Der Abgabetermin für das Gutachten von Herrn Schröder – 01.04.2011 – bleibt aber bestehen? Weil wir den Termin jetzt geändert haben – 15.04. wird ja später behandelt, aber der Abgabetermin ist so vertraglich vereinbart?

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Genau. Da gelten die Werkverträge und wir haben ja schon die Situation gehabt, dass wir verschieben mussten - aber möglichst bitte nicht.

**Dr. Reinhard Stolze:**

Das will ich auch nicht verschieben, weil das ein guter Vorlauf ist für die anderen Gutachter. Wir haben ja in dem Bereich noch weitere Gutachter und müssen auch darauf aufbauen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das bleibt alles so, wie im Werkvertrag verabredet.

Wir haben ja eben schon ganz schnell gucken können – Ariane Mohl würde sich gut zum 01.07. mit einfügen. Das Gutachten nehmen wir dann auf den 01.07. Sie kriegen alles schriftlich und haben dann auch noch einmal die Übersicht. Ich lasse einmal darüber abstimmen, ob wir jetzt so verfahren, denn ein bisschen Schwierigkeiten gibt es ja auch mit den Werkverträgen. Der Kruczek-Werkvertrag war ein anderer – der ist jetzt geändert. Von daher müssten wir jetzt noch einmal abstimmen, ob alle damit einverstanden sind, dass das so verschoben wird. Ich bitte um ein Handzeichen.

Jetzt muss ich auch noch extra abstimmen lassen, ob Frau Rüdiger und Herr Catenhusen bis zum 01.06. Zeit haben. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich auch um ein Handzeichen. Vielen Dank! Die Fassung geht Ihnen zu.

*Zu der Beschlussvorlage für die Umfrage*

Dann haben wir jetzt noch die Umfrage, die wir miteinander verabredet haben zum DDR-Bild der Brandenburger Bevölkerung. Da liegt Ihnen eine Beschlussvorlage vor. Diese Beschlussvorlage sagt nicht mehr und nicht weniger, als dass der Landtag eine Ausschreibung in Auftrag geben kann. Wir reden über eine Größenordnung finanzieller Art, wo Ausschreibungen unbedingt erforderlich sind. Wir müssten diese Ausschreibung jetzt auf den Weg bringen. Dann, wenn da ein Ergebnis vorliegt, kön-

nen wir mit dem Institut gemeinsam gucken, wie der Fragebogen aussehen kann. Auf jeden Fall sind ja schon die Themen vorgelegt worden und thematisch sind wir da schon miteinander verabredet. Und es bleibt auch bei der Verabredung, dass wenn der Fragenkatalog vom Institut, das ausgewählt wurde, bearbeitet ist, hier noch einmal allen zur Kenntnis gegeben wird und diskutiert werden kann. Das ist keine öffentliche Ausschreibung, aber eine begrenzte. Über die Beschlussvorlage müssen wir abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Noch eine Bemerkung, Thomas Günther?

**Abg. Günther (SPD):**

Weil es ja den Themenbereich von Herrn Schroeder und mir betrifft: Noch einmal erstens die Anmerkung: Gut, dass es so eine Umfrage gibt. Die Beschlussvorlage ist auch in Ordnung, bis auf eine Anmerkung, die auch Herr Schroeder mir gegenüber noch einmal gemacht hat. Wir sollten unbedingt, wenn wir jetzt eine Ausschreibung machen – und nur dafür dient es ja – nicht nur die Frage von 1000 zu Fragenden mit rein nehmen, sondern auch mit rein nehmen, dass uns das auszuwählende Institut Auskunft darüber gibt, wie viele Fragen wir denn für das Angebot, das wir bekommen, selber stellen können. Das ist für uns natürlich auch ein ganz wesentlicher Aspekt – wir wollen ja dann in einem späteren Verfahrensschritt auch unser Erkenntnisinteresse über alle Themenfelder da mit einbauen.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Ich habe mich gerade vergewissert: Das reicht, wenn wir das im Protokoll ausdrücklich festhalten. Dann bleibt es bei dieser Beschlussvorlage, die Ihnen vorliegt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. -Ich habe eben nachgefragt, ob es eine Wortmeldung war oder ein Handzeichen schon.

Aber jetzt sind wir schon in der Abstimmung, jetzt muss ich die erst einmal durchführen. Willst du eine persönliche Erklärung hinterher machen?

*[Abg. Niels (GRÜNE/B90) ohne Mikrofon: Nein, ich wollte noch etwas vortragen, was ich in die Beschlussvorlage –]*

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Bitte das Mikrofon nehmen und ganz kurz –

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Für mich ist die Frage, ob wir uns vorher schon darüber klar sind, dass wir eigentlich nicht nur Meinungen über die DDR, sondern auch über die Aufarbeitung rein nehmen wollen, weil wir eigentlich ja eine Aufarbeitungs-Enquete-Kommission sind. Das ist mir jetzt hier bei den Fragekomplexen ein bisschen zu kurz gekommen. Und die andere Frage ist die, ob grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, dass wenn wir das

dem Institut in Auftrag geben, dass wir tatsächlich auch die zu Befragenden – die 1000 – Fragen nach der Herkunft, was ich schon ganz erheblich finde, und sozio-ökonomische Situation mit abfragen. Also nicht nur Geschlecht und Alter, sondern dass eben weiter fassen. Ich finde, darüber sollten wir uns schon verständigen, bevor wir jetzt eine Ausschreibung für ein Institut haben.

**Dr. Christina Trittel (Kommissionsreferentin):**

Ich wollte kurz erklären: Wir würden noch eine zweite Runde in der Enquete-Kommission haben, wo wir uns inhaltlich genau vorbereitet haben und dann auch inhaltlich diskutieren. Es soll auch sichergestellt sein – so sieht es auch die Beschlussvorlage vor -, dass das Umfrageinstitut den Fragenkatalog zusammen mit der Enquete-Kommission entwirft. Da würden also auch inhaltliche Schwerpunktsetzungen für alle Beteiligten noch möglich sein.

*[Zwischenruf Dr. Reinhard Stolze ohne Mikrofon: - nicht verständlich -]*

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Genau, Herr Dr. Stolze: Erst diskutieren wir noch die Angebote, dann diskutieren wir den Fragenkatalog – klar ist die Überschrift, denn die ist miteinander verabredet. Übrigens: Ein sortieren der 1000 ist nicht möglich, denn es soll ja eine repräsentative Umfrage sein.

Da müssen ganz klare Regularien beachtet werden, deswegen wollen wir ein offizielles Meinungsforschungsinstitut haben.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Ich will ja nur danach fragen und nicht Leute sortieren. Ich will, dass mit abgefragt wird. Die Überschrift ist: Eine Umfrage zum DDR-Bild der Brandenburger Bevölkerung – deswegen ist ja meine Anmerkung: Es ist schon eine inhaltliche Entscheidung diese Beschlussvorlage. Dann würde man nur das DDR-Bild und nichts zur Aufarbeitung fragen.

**Abg. Dombrowski (CDU):**

Das steht doch drin: Über die Notwendigkeit der Aufarbeitung.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Ja, aber wir haben das bei den Fragekomplexen komischerweise auch wieder nicht.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Die Fragen sind noch nicht miteinander verabredet.

**Abg. Niels (GRÜNE/B90):**

Insofern passt die Überschrift auch gar nicht.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Das können wir jetzt nicht mehr diskutieren. Die haben wir das letzte Mal schon miteinander verabredet. Ich komme zurück zum Punkt Abstimmung und lasse darüber abstimmen: Wer mit der Beschlussvorlage so wie sie hier vorliegt – Anmerkung von Thomas Günther im Protokoll – einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Das war einstimmig!

**Zu TOP 7: Verschiedenes**

Jetzt bin ich bei dem Punkt Verschiedenes. Da gibt es eine Anmerkung zum CIRCA-Server: Die Arbeitspapiere, Protokolle usw. liegen ab sofort immer auf dem CIRCA-Server für Sie bereit. Protokollentwürfe und Gutachten werden nicht mehr per Mail verschickt. Sie müssen selbst herunter geladen werden. Einladungen und bestätigte Protokolle kommen weiterhin per Post. Die Kurzanleitung zur Benutzung vom CIRCA-Server liegt aus und wurde auch per Mail verschickt. Wer damit dennoch Probleme hat, sollte sich vertrauensvoll an die Mitarbeiter wenden, die können das auch noch einmal nachlegen.

**Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs:**

Ich stimme ausdrücklich zu, wenn hinzugefügt wird, dass für Müller-Enbergs eine Extrawurst gebraten wird: Ich möchte es zugeschickt bekommen, weil ich muss es dann von meinen eigenen Mitteln bezahlen – das ist wirklich teuer dieses Ausdrucken.

**Vorsitzende Melior (SPD):**

Ausdrucken der Gutachten, was sagen die anderen?

*[diverse Zwischenrufe ohne Mikrofon]*

Es kostet jetzt das gesamte Geld der Enquete-Kommission. Und es gibt nur ein Exemplar, Herr Müller-Enbergs. Und Sie sagen uns, wenn Sie wirklich keins brauchen, das kann ja auch einmal passieren. Dann sparen wir es, okay? Dann nehmen wir das jetzt so in das Protokoll.

Dann soll ich Sie aufmerksam machen und herzlich einladen zu einer Podiumsdiskussion im Stadtmuseum Brandenburg am 14.04. zu dem Thema „Wie umgehen mit der DDR-Geschichte?“. Das Museum würde sich freuen, wenn der eine / die andere daran teilnimmt.

Das war es von meiner Seite. Gibt es von Ihrer Seite noch Anmerkungen? Dann danke ich herzlich!

(Dieses Protokoll wurde durch Beschluss des Ausschusses gemäß § 83 Satz 3 GOLT in der 10. Sitzung am 20.05.2011 bestätigt und durch Beschluss des Ausschusses in der 11. Sitzung am 24.06.2011 geändert.)

### **Anlagen**

- aktualisierte Übersicht über die Inhalte der kommenden Sitzungen, Stand: 18.03.2011
- Beschlussvorlage in der am 18.03.2011 mit einer Ergänzung beschlossenen Fassung als Grundlage für eine Umfrage zum DDR-Bild der Brandenburger Bevölkerung

## Termin- und Themenplanung der Enquete-Kommission 5/ 1 für 2011

Stand: 18.03.2011

Termine	Thema	Sitzungsinhalte
15.04.2011	<i>Sitzung fällt aus</i>	
20.05.2011	<b>Themenfeld IV:</b> Bildung - Lehrer, Lernende und Lehren; Abg. Teuteberg, Prof. Franzke	<p><b>Gutachten:</b> „Inhalte des Schulunterrichts in Brandenburg bezüglich der DDR-Geschichte, der friedlichen Revolution sowie des Wiedervereinigungsprozesses“, <b>Prof. Dr. Ingo Juchler</b></p> <p><b>Diskussionsrunde</b> „Geschichtsbewußtsein in einer offenen Gesellschaft -Möglichkeiten und Grenzen des Umgangs mit der SED-Diktatur in der schulischen Bildung“ mit Sabine <b>Moller</b> (Institut für Geschichtswissenschaft, HU Berlin), Kathrin <b>Eich</b> (Gedenkstättenlehrerin, Lindenstr. 54 in Potsdam) und <b>Prof. Dr. Saskia Handro</b> (Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der historischen Lehr- &amp; Lernforschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster)</p> <p><b>Anhörung</b> <b>Dr. Günter Kolende</b> (Vorsitzender des Landesverbands Brandenburg des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e. V.) Dieter <b>Starke</b> (1. Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.) <b>Prof. Dr. Tilman Grammes</b> (Professor für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Didaktik sozialwissenschaftlicher Fächer an der Universität Hamburg)</p>
	Abgabetermin des Gutachtens:	Prof. Juchler: 01.05.2011
<b>U N D</b>		
	<b>Themenfeld III:</b> Personalpolitik zwischen Kontinuität und Elitenaustausch; Prof. Müller-Enbergs, Abg. Jürgens	<b>Gutachten</b> „Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien Brandenburgs“, Christoph <b>Wunnicke</b> (CDU/DBD/LDPD, NDPD sowie FDP); Dr. Ehrhart <b>Neubert</b> (SPD/DDR-Opposition, Bürgerbewegung sowie Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), <b>PD Dr. Mario Niemann</b> (SED – DIE LINKE)
	Abgabetermin des Gutachtens:	gemeinsames Gutachten Wunnicke/ Niemann/ Neubert: 06.05.2011
	Voraussichtliche Dauer	Insgesamt ca. 5 h
24.06.2011	<b>Themenfeld III:</b> Personalpolitik zwischen Kontinuität und Elitenaustausch; Prof. Müller-Enbergs, Abg. Jürgens	<p><b>Gutachten</b> „Personalpolitik im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg seit 1990, speziell die Überprüfung auf Kooperation mit Nachrichtendiensten unter Berücksichtigung der Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung Potsdam“, Manfred <b>Kruczek</b></p> <p><b>Gutachten</b> „Personelle Kontinuität und Elitenwandel in Landtag, Landesregierung und -verwaltung des Landes Brandenburg“, Gisela <b>Rüdiger</b> und <b>Dr.</b></p>

		Hanns-Christian <b>Catenhusen</b> (zusammen ein Gutachten)
	Vorschlag für neuen Abgabetermin:	Kurczek: 01.06.2011 Catenhusen/ Rüdiger: 01.06.2011
	Voraussichtliche <b>Dauer</b>	ca. 3 h
<b>01.07.2011</b>	<b>Themenfeld V:</b> Umgang mit Eigentum im Transformationsprozess in Brandenburg, insbesondere in der Landwirtschaft; Dr. Stolze, Abg. Vogel	<b>Gutachten</b> „Systematische Übersicht zur Eigentumstransformation vor/nach 1989 als Grundlage für die weitergehende Konkretisierung des Untersuchungsauftrages und für die Bedarfsermittlung eventuell zusätzlich benötigter Gutachtenvergaben“, <b>Prof. Dr. Rainer Schröder</b>
	Abgabetermin des Gutachtens:	Prof. Schröder: 01.04.2011
<b>U N D</b>		
	<b>Themenfeld VI:</b> Medienlandschaft und Meinungsvielfalt; Abg. Dombrowski, Dr. Kürschner	<b>Gutachten</b> „Das Gutachten soll personelle Kontinuitäten bei Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen beleuchten und auf Auswirkungen und mögliche Besonderheiten überprüfen. Als zweiter Aspekt soll untersucht werden, ob es Unterschiede bei der Privatisierung und Neugründung der öffentlichen Rundfunkanstalten in Brandenburg im Vergleich zu den anderen neuen Ländern gab.“, <b>Ariane Mohl</b>
	Abgabetermin des Gutachtens:	Mohl: 05.06.2011
	Voraussichtliche <b>Dauer</b>	ca. 2 h
<b>SOMMERPAUSE</b>		
<b>23.09.2011</b>	<b>Themenfeld I:</b> Geschichtsbild und allgemeine Aufarbeitung (Prof. Schroeder und Abg. Günter)	Vorstellung des Gutachtens „Das DDR-Bild politischer Parteien und aus gewählter Verbände (DGB und IHK) in Brandenburg von 1989/90 bis 2010. Darstellung und Einschätzung von Parteiprogrammen, Verlautbarungen von Parteien, Diskussionsprozessen usw.“ von <b>Dr. Steffen Alisch</b>
	Abgabetermin des Gutachtens:	Alisch: 01.07.2011
	Voraussichtliche <b>Dauer</b>	ca. 1 h

## Richtlinien für eine Umfrage zum DDR-Bild der Brandenburger Bevölkerung

beschlossen in der 9. Sitzung der Enquete-Kommission 5/1 (EK 5/1) am 18.03.2011

### **1. Ausgangspunkt**

In der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 5/1 am 18.02.2011 wurde entschieden, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, auf deren Grundlage eine Umfrage zum DDR-Bild der Brandenburger vorbereitet werden kann.

Folgende Eckpunkte hat die EK 5/1 mit ihrem Beschluss am 18.02.2011 bereits festgelegt:

- Befragung von mindestens 1000 Brandenburger Probanden (repräsentative Umfrage),
- quantitative Interviews,
- der von dem noch auszuwählenden Umfrageinstitut vorgeschlagene Fragenkatalog wird in der EK 5/1 besprochen
- inhaltliche Zuordnung zum Themenbereich I „Geschichtsbild und allgemeine Aufarbeitung“

### **2. Inhalte der Umfrage**

Die EK 5/1 verständigt sich, bevor Institute angeschrieben werden, über die Ziele der Umfrage. Auf dieser Grundlage wird der Fragebogen des Umfrageinstituts entwickelt. Folgende Fragekomplexe lassen sich auf der Grundlage der Diskussionen über die Umfrage, der im Arbeitspapier zum Themenfeld I formulierten Aspekte und der Ausführungen des Einsetzungsbeschlusses herausarbeiten:

#### Fragekomplexe der Umfrage :

- Meinungen über die DDR, über die Notwendigkeit von Aufarbeitung, den Verlauf der Transformation und die aktuelle Lebenssituation in Brandenburg

- Identifikation vs. Abgrenzung der Befragten gegenüber der DDR sowie Identifikation vs. Abgrenzung gegenüber dem Land Brandenburg im Verlauf des Transformationsprozesses und bis heute
- Suche nach Entstehungsursachen von DDR-Geschichtsbildern
- Prüfen von eventuellen Wirkungen von DDR-Geschichtsbildern auf das Selbstverständnis von Brandenburg(ern)
- Herausfiltern möglicher Spezifika von DDR-Geschichtsbildern in Brandenburg, insbesondere in Zusammenhang mit dem Prozess der Aufarbeitung und dem Transformationsprozess nach 1989

### **3. Methode**

Die Befragung von mindestens 1000 BrandenburgerInnen erfolgt in Form quantitativer Interviews. Basierend auf standardisierten Fragebögen, die überwiegend geschlossene Fragen enthalten und gegebenenfalls Mehrfachnennungen zulassen, werden die innerhalb der EK 5/1 abgestimmten Themenkomplexe abgefragt. Im Fragedesign können in ein oder zwei Fällen auch offene Fragen gestellt werden. Aufgrund der hohen Zahl der zu Befragenden sind Telefoninterviews zu empfehlen, die in CATI-Laboren (CATI = Computer Assisted Telephone Interview) durchgeführt werden sollen.

Bei einer Befragung von mindestens 1000 Brandenburgern ließen sich aus dem Ergebnis valide Auskünfte zu verschiedenen Gruppen wie "Männer und Frauen", "Jüngere und Ältere" oder "niedriges und höheres Einkommen" herausarbeiten.

### **4. Umsetzung**

Die Landtagsverwaltung wird eine freihändige Vergabe realisieren, da zu erwarten ist, dass eine Summe von netto 100.000 Euro nicht überschritten wird. Es wird vorgeschlagen, mehrere Meinungsforschungsinstitute (Vorschlag: 5) anzuschreiben. Die Enquete-Kommission kann auf der Basis der eingehenden Angebote die Auswahl eines Instituts empfehlen. Die Entscheidung über den Vertragsabschluss mit einem Institut

obliegt letztlich der Landtagsverwaltung. Daraufhin wird das ausgewählte Institut unter Zugrundelegung der inhaltlichen Vorgaben der EK 5/1 mit der Ausarbeitung der konkreten Fragedesigns und der Durchführung der Umfrage beauftragt.

Kriterien für die Auswahl eines Umfrageinstitutes:

- a) Die Auswahl richtet sich danach, ob ein Institut bereits zu früheren Zeitpunkten Befragungen in Brandenburg durchgeführt hat, denn es ist ein wichtiges Anliegen der EK 5/1, bereits vorhandene und ggf. kostenfrei erhältliche Datenbestände in die zu realisierende Umfrage einarbeiten zu können. Hier wäre auch eine verlässliche Basis für vergleichende Betrachtungen gegeben. Zudem ist es unbedingt notwendig, dass das zu beauftragende Umfrageinstitut einen guten Überblick über die Bevölkerungsstruktur des Landes hat, um über die Auswahl der Probanden zu einem validen Ergebnis zu gelangen. So können im Umfrageergebnis z.B. Aussagen über die Höhe der Einkommen der Befragten, ihre Berufstätigkeit, ihre Heimatregion, die Altersgruppen, die Ausprägung verschiedener Merkmale auf die Geschlechter, den Bildungsstand oder etwa die Kinderzahl der Probanden getroffen werden.
- Die Umfrageinstitute werden aufgefordert, in ihrem Angebot mitzuteilen, wie viele Fragen sie für ein bestimmtes Honorar stellen werden.
- b) Für die Auswahl ist wichtig, über welche personellen und technischen Kapazitäten die Umfrageinstitute verfügen, wobei eine ausreichende Zahl an CATI-Laborplätzen der raschen und effizienten Ausführung der geplanten Umfrage zuträglich sein wird.

Vor diesem Hintergrund werden die nachfolgend aufgeführten fünf vorausgewählten Umfrageinstitute für die Angebotseinholung vorgeschlagen:

- Infratest  
Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH  
Moosdorfstraße 7- 9  
12435 Berlin

Tel.: 030 53322110

Mail:indi@infratest-dimap.de

– forsa GmbH

Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

Max-Beer-Straße 24

10119 Berlin

Tel.: 030 628820

Mail: info@forsa.de

– USUMA GmbH

Berliner Allee 96

13088 Berlin

Tel. 030 92 70 28 10

Mail: kontakt@usuma.de

– Unabhängiges Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH

Schönholzer Straße 1 a

13187 Berlin

Tel: 030 490010

Mail: mail@infogmbh.de

– Institut für Demoskopie – Allensbach

Dachsberg 3

14193 Berlin

Tel. 030 89738623

Mail: info@ifd-allensbach.de

## **5. Sonstiges**

### Zeitraahmen:

Das Ergebnis der Umfrage soll im November oder Dezember des Jahres 2011 vorliegen.

### Finanzielle Grundlage der Meinungsumfrage:

Den Umfrageinstituten werden die inhaltlichen und sonstigen Vorgaben der EK 5/1 im Rahmen einer Leistungsbeschreibung mitgeteilt, sodass die Angebotserstellung auf dieser Grundlage zu einem Festpreis sichergestellt ist und erfolgen kann. Die Leistungsbeschreibung wird den Umfrageinstituten unter Beifügung eines Anschreibens, in dem zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert wird, übermittelt. Die Finanzierung der Umfrage erfolgt aus dem Titel 526 61.

### Aufgaben der Landtagsverwaltung:

#### Die Landtagsverwaltung

- fertigt einen Vermerk, aus dem die Gründe für eine freihändige Vergabe ersichtlich sind,
- fertigt eine Leistungsbeschreibung mit dem genauen Gegenstand der Ausschreibung an,
- fordert die Umfrageinstitute zur Angebotsabgabe auf,
- prüft die eingehenden Angebote,
- unterbreitet der Kommission einen Vorschlag, welches Umfrageinstitut den Zuschlag erhalten soll (wirtschaftlichstes Angebot),
- erteilt, wenn möglich unter Berücksichtigung der Empfehlung der EK 5/1, den Zuschlag
- wickelt das Weitere ab.